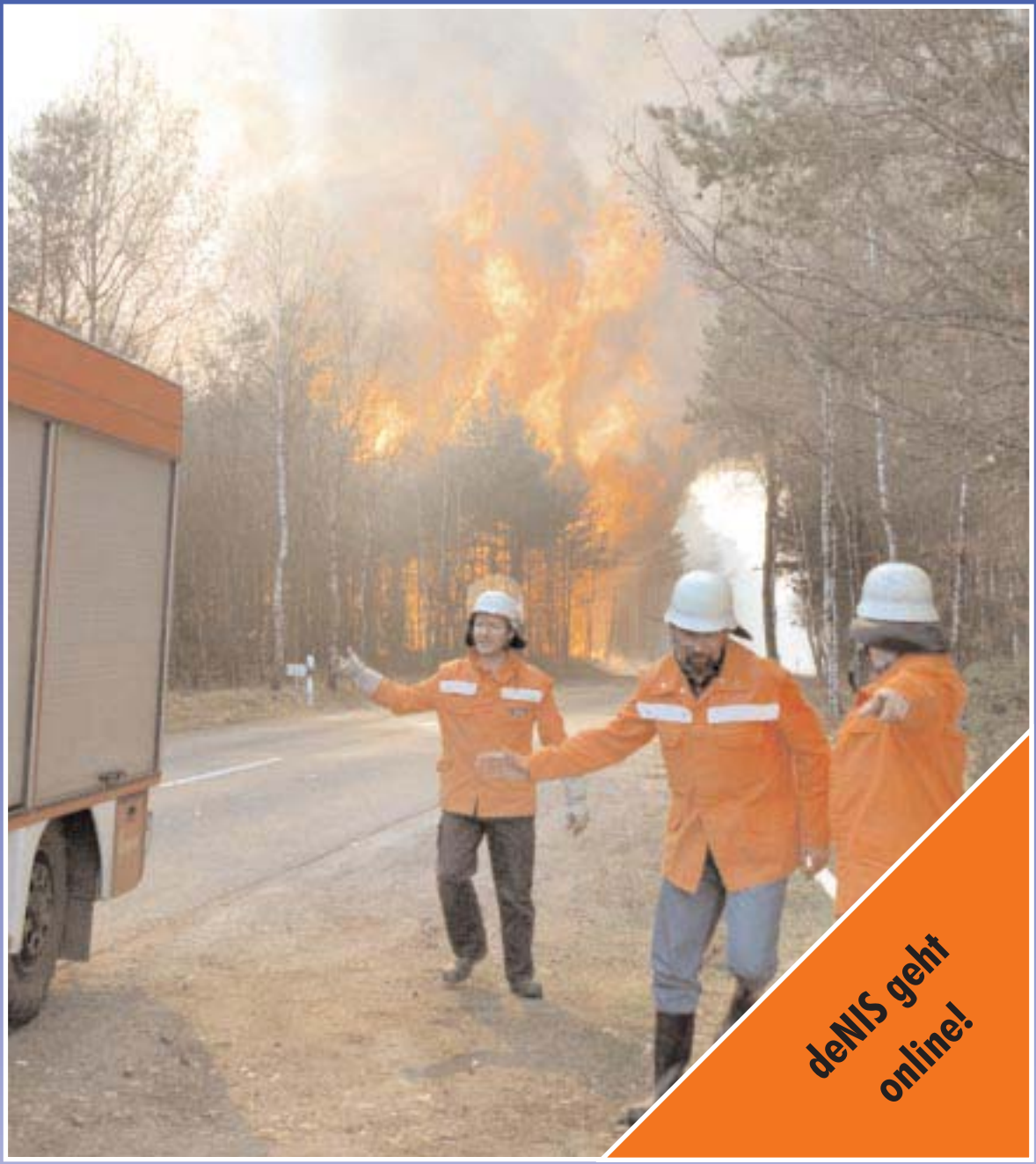
G 2766

Bevölkerungs-schutz

Magazin für Zivil- und Katastrophenschutz



2-02

BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

noch sind uns die Bilder der brennenden und in sich zusammenstürzenden Türme des World Trade Centers in realistischer Erinnerung, via Bildschirm erleben wir tagtäglich das unsägliche Leid einer Feindschaft zwischen zwei Nachbarn im Nahen Osten, da erreicht uns die Schreckensmeldung, dass sich unter den 18 Todesopfern eines Brandanschlages auf eine Synagoge in Tunesien 14 Deutsche befinden.
Das Erschreckende an diesen ohnehin schlimmen Ereignissen ist die Tatsache, dass dabei ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Der weltweit operierende Terror hat unser Land in seiner Perfidie nicht erst jetzt, sondern schon lange eingeholt. Vor wenigen Wochen wurden bei einer bundesweiten Razzia elf Mitglieder der Terrorbewegung Al-Tawhid festgenommen. Dadurch konnten offenbar geplante Anschläge in Deutschland verhindert werden.
In der Bundesrepublik hat das schnelle Handeln der politisch Verantwortlichen zur Bekämpfung des Terrorismus auch dem Zivil- und Katastrophenschutz den seit langem notwendigen Anschub verliehen.
Profitieren konnte durch diese Maßnahmen bereits die Akademie für Krisenmanagement, Notfallvorsorge und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler, die derzeit zur modernsten Einrichtung dieser Art ausgebaut wird.
Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe wird ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes getan sein: das Deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem des Bundes (deNIS) ist in der ersten Ausbaustufe im Internet erreichbar. (Bericht auf Seite 15)
Weitere Schwerpunktmaßnahmen des Bundes auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sind u.a. infrastrukturelle Verbesserungen der Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen, der Aufbau der Informationszentrale für Krisenfälle mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem sowie die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bürger.
Wie schon in der Vergangenheit wird das Magazin ***Bevölkerungsschutz*** *in Zukunft detailliert über die Entwicklungen und Veränderungen berichten.*

Ihr
Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

„Ich kann stur sein...“
Das Porträt eines ehrenamtlichen Feuerwehrmannes in Berlin 27

Politik und Gesellschaft

ABC-Erkunder für NRW
Minister Schily übergibt 13 Fahrzeuge 4

Incident Command System
Ein möglicher Weg hin zu einem integrierten Führungs- und Leitungsmanagement in Deutschland 5

Seit Mai 2002 im Netz: das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS.

INHALT 2-2002

Aus-und Weiterbildung

Waldbrandschutz: Herausforderung nicht nur für den Förster! 8

Waldbrandübung in Kassel 10

Aus der Praxis

deNIS geht online!
Deutsches Notfall-Informationssystem nimmt Wirkbetrieb auf 15

Bachs Handschriften und der Tintenfraß
Das BVA beteiligt sich an der Rettung eines Weltkulturerbes 17

Technik und Wissenschaft

Digitalfunk im Bereich der BOS
Sachstand der Einführung 20

Automatisierte Waldbrandüberwachungssysteme 24

Aus der Industrie
Aktuelle Produktinformationen 29

Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ 30

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund 34

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 37

Deutscher Feuerwehrverband 39

Deutsches Rotes Kreuz 43

Johanniter-Unfall-Hilfe 45

Malteser Hilfsdienst 47

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V 49

Technisches Hilfswerk 50

Rubriken

Rundblick 51

Für Sie gelesen 54

Kopfnuss 55

Termine 56

Zuletzt 57

Dr. Peter Hennes verabschiedet

Der Ausschuss „Rettungswesen“ des Arbeitskreises V der ständigen Konferenz der Länderinnenminister und -senatoren tagte im März in Mainz.

Der Ausschuss, der zweimal im Jahr zusammentritt, befasste sich auf seiner Mainzer Sitzung unter anderem mit organisatorischen Fragen des Rettungsdienstes und der Luftrettung.

Als Vertreter des Bundesinnenministeriums schilderte Ministerialrat Dr. Klaus-Georg Meyer-Teschendorf die aktuellen Schwerpunktmaßnahmen des Bundes auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie die neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland.

Der rheinland-pfälzische Innenminister, Walter Zuber, dankt dem scheidenden Vorsitzenden des Ausschusses "Rettungswesen" Dr. Peter Hennes.

Die anwesenden Vertreter des Bundes und der Bundesländer wurden zu Beginn der Ausschusssitzung vom gastgebenden Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, begrüßt. In seinem Grußwort würdigte Zuber die unverzichtbare Arbeit des Ausschusses. Außerdem hob der Innenminister die langjährige, verdienstvolle Tätigkeit des scheidenden Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Peter Hennes hervor.

Als einer der dienstältesten Rettungsdienstreferenten der Länder dankte Dr. Rudolf Müller (Brandenburg) dem bisherigen Vorsitzenden, Dr. Hennes, für dessen engagierten Einsatz im Namen des Ausschusses sehr herzlich. Dr. Peter Hennes legte sein Amt wegen seines bevorstehenden Ruhestandes nieder. *rs*

Bundesverdienstkreuz am Bande für Wolfgang Mahr

Für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement wurde Wolfgang Mahr an der Stätte seines langjährigen Wirkens geehrt. Die Festveranstaltung fand in der Komturei des Johanniter–Ordens, dem ehemaligen Johanniter-Krankenhaus in Nieder-Weisel, statt. Dieser Ort ist seit fast 40 Jahre die Wirkungsstätte des Geehrten, 11 Jahre davon leitete er hier die Bundesschule der JUH.

Die Verleihung wurde vom Ersten Kreisbeigeordneten Betram Huke auf Weisung des Bundespräsidenten in Würdigung der Verdienste Mahrs um Volk und Staat vorgenommen. Huke hob in seiner Festrede die besondere soziale Verantwortung für andere Menschen, für die sich Mahr seit jeher eingesetzt hat, hervor. Er gehöre zu den Menschen, die bereit sind auf viel Freizeit, Bequemlichkeit, freie Abende und Wochenenden zu verzichten, um für seine Mitbürger da zu sein. Dafür habe Mahr bereits als Wertschätzung seiner Tätigkeit das Ehrenzeichen am Bande des Johanniter-Ordens erhalten. Ebenso wurde ihm im vergangenen Jahr der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.

Geboren wurde Wolfgang Mahr 1945 in Kronberg am Taunus. Nach Abitur 1966 an der Augustinerschule in Friedberg, Studium der Psychologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und einem Erziehungswissenschaftlichen Studium legte er 1977 die erste Staatsprüfung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen ab. Danach belegte er ein berufsbegleitendes Kompaktstudium der Erwachsenenbildung zum Weiterbildungslehrer. Seit 1986 am Institut für Sozialarbeit in Frankfurt tätig, ist Wolfgang Mahr ab 1991 Leiter der Abteilung für „Gesetzliche Betreuung“.

Die Schwerpunkte der Ehrenamtlichkeit liegen im Bereich des Rettungswesens. Hier ist Mahr seit 1964 als Mitglied der JUH in verschiedenen Wirkungsbereichen tätig. So als Ortsbeauftragter für Friedberg und Bad Nauheim, Kreisbeauftragter, Landespressereferent, Landesausbildungsleiter für den Landesverband Hessen, Rheinland-Pfalz und Saar. Landesbeauftragter für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Sein Aufwand an ehrenamtlichen „Dienststunden“ wird bis jetzt auf mehr als 20.000 Stunden geschätzt.

In leitender Funktion auf Kreis- und Landesebene wurden unter seiner Verantwortung die Ausbildungsmaßstäbe für Führungskräfte im Einsatz neu konzipiert und weiterentwickelt. Seit über 30 Jahren wirkt er im Katastrophenschutz des Wetterau-Kreises mit, ist seit 26 Jahren im Katastrophenschutz-Stab und seit 1979 im Landes-Katastrophenschutz-Beirat des Hessischen Innenministeriums.

Das andere Betätigungsfeld im Rahmen seiner Tätigkeit im Rettungswesen ist seine Mitarbeit in der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Hier ist Wolfgang Mahr seit 14 Jahren als Rettungstaucher tätig. Seine Verbundenheit zu dieser Rettungsorganisation wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, dass der DLRG die Organisation und Ausrichtung der Veranstaltung übertragen wurde. Sein langjähriger Weggefährte im Wasser, ebenfalls Rettungstaucher und Vorsitzender der DLRG Orts-

gruppe Friedberg-Bad Nauheim, Walter Schwab, hatte die Moderation der Feierstunde übernommen.

Die zweite große Säule der Ehrenamtlichkeit ist die Kommunalpolitik. Von 1981 bis 2000 gehörte Mahr als Mitglied der CDU der Stadtverordnetenversammlung in Bad Nauheim an. In diese Zeit fiel seine Zugehörigkeit zur Betriebskommission Krankenhaus und dem Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft.

Das Foto zeigt links den Vizelandrat Bertram Huke, in der Mitte die Gattin Gudrun Mahr und rechts Wolfgang Mahr

Er war Ausschussvorsitzender, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Seit der Gründung des Partnerschaftsvereins im Jahre 1986 ist er dessen Vorsitzender.

Nach der Ordensverleihung überbrachten die Bürgermeister der Städte Bad Nauheim, Bernd Rohde, und Butzbach, Oswin Veith, die Glückwünsche der Bürgerschaft beider Städte. Rohde würdigte die absolute Sachlichkeit und die stets positive Ausstrahlung, die Mahr seinem jeweiligen Gegenüber darbringt. Veith freute sich, dass einer solchen Persönlichkeit wie Wolfgang Mahr, die auch ihn längere Zeit begleitet habe, gerade an diesem bedeutenden Ort des Johanniter-Ordens auf Butzbacher Boden diese Ehre zuteil wird.

Der Landesvorsitzende der Johanniter-Unfall-Hilfe und Hausherr, Werner Weber, erinnerte an fast 40 Jahre JUH-Tätigkeit und bezeichnete Mahr als „ hessisches Johanniter-Urgestein“, der ihm beim Aufbau der JUH in Thüringen im Jahre 1990 mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe.

Einen Einsatz über das übliche Maß hinaus bescheinigte ihm auch seine Vorgesetzte und stellvertretende Vorsitzende des Instituts für Sozialarbeit in Frankfurt, Frau Prof. Erika Fellner, MdL. Aus den Reihen seiner Mitarbeiter dankte, eigens von ihrem Einsatzort Tirana in Albanien angereist, Frau Dr. Judith Knieper.

Als Vertreter der Reservistenkameradschaft Wetterau überbrachte Oberstleutnant d.R. Uwe Szerator Grüße. Er stellte in einer sehr persönlich gehaltenen Rede den Werdegang der Uniformträger vom Großvater bis zu den Söhnen im Hause Mahr dar. Der Präsident der DLRG Hessen, Harald Blum bemerkte bei seiner Ausführung, dass es vielleicht kein Zufall sei, dass in der Sozialpädagogik Tätige häufig auch in Hilfsorganisationen tätig sind. Für ihn verkörpere Wolfgang Mahr mit seiner ganzen Person Tatenreichtum und Überzeugungskraft und damit auch Verlässlichkeit.

Nach weiteren Grußworten, so aus der belgischen Partnerstadt Oostkamp und von Vertretern der Städte Bad Langensalza und Bad Nauheim, ergriff der Geehrte schließlich selbst das Wort und bedankte sich bei allen Anwesenden für ihr Erscheinen.

Den Tag sehe er als gemeinsame Demonstration der Behörden und Organisationen der Hilfeleistung und der Gefahrenabwehr, die als Grundlage ihren Handelns auf familiären Zusammenhalt, freundschaftliche Verlässlichkeit und bürgerschaftliches Engagement vertrauten. Der Tag stehe unter dem von Huke zitierten Satz des Meister Gerhard vom Hospital in Jerusalem, der sagte: „Unsere Bruderschaft wird unvergänglich sein, weil der Boden auf dem diese Pflanze wurzelt, das Elend der Welt ist, und weil, so Gott will, es immer Menschen geben wird, die daran arbeiten wollen, dieses Leid geringer, dieses Elend erträglicher zu machen“.

Pressemitteilung der DLRG-Ortsgruppe Friedberg-Bad Nauheim

Neuer Präsident für THW

Seit 25. Februar 2002 wird das Technische Hilfswerk (THW) von einem Präsidenten geleitet. Dr. Georg Thiel, bisher Leiter des Organisationsreferats im Bundesinnenministerium, trat die Nachfolge des langjährigen Direktors des THW, Gerd Jürgen Henkel, an.

Die Amtseinführung erfolgte am 5. März durch Bundesinnenminister Otto Schily in Bonn. (Bericht in diesem Magazin S. 50). *nps*

Der neue Präsident im Kreise von Nachwuchskräften. (Foto: THW)

ABC-Erkunder für NRW

Minister Schily übergibt 13 Fahrzeuge

von Nikolaus Stein

Bundesinnenminister Otto Schily hat am 5. März dieses Jahres in Neuss 13 ABC-Erkundungskraftwagen an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens, übergeben; weitere 28 dieser Spezialfahrzeuge sind im Jahr 2002 für das Bundesland vorgesehen.

Der Bundesinnenminister bekannte sich in seiner Ansprache zur Verantwortung des Bundes für den Zivilschutz.

Mit der fortschreitenden Auslieferung der ABC-Erkundungskraftwagen an die Bundesländer werde erstmals in Deutschland ein flächendeckendes System zur Erkundung, Messung, Erfassung und Meldung radiologischer, chemischer und biologischer Stoffe zur Verfügung gestellt.

Schily dazu weiter: „Für den Katastrophen- und Zivilschutz gilt: Gefahrenherde müssen schnell lokalisiert und eingegrenzt werden, um eine Ausbreitung zu vermeiden. Die Katastrophen- und Zivilschützer in Deutschland werden mit den zusätzlichen ABC-Erkundungsfahrzeugen dafür in Zukunft noch besser ausgestattet sein.

Für die Beschaffung und Unterhaltung der Fahrzeuge stellt die Bundesregierung über 40 Millionen Euro und weitere 9 Millionen Euro für die Beschaffung weiterer ABC-Erkunder und Krankentransportwagen über das „Anti-Terror-Paket“ bereit.“

Der Minister betonte in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Aufklärung der Bevölkerung über die Gefährdung durch mögliche Angriffe mit chemischen und biologischen Kampfstoffen und wies darauf hin, dass die Bundesregierung den zuständigen Behörden wie auch den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern mit dem Robert-Koch-Institut einen kompetenten Ansprechpartner anbieten könne.

Auf Initiative des Bundesinnenministeriums sei eine „Koordinierungsgruppe Gesundheit“ ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, eine engere Vernetzung der Gesundheitsvorsorge mit dem Zivil- und Katastrophenschutz zu erreichen.

So würden beispielsweise derzeit durch die beteiligten Bundesministerien und die Innen- und Gesundheitsbehörden der Länder Planungen, Vorbereitungen und Versorgungskonzepte mit Arznei- und Sanitätsmitteln bei Gesundheits- und insbesondere ABC-Gefahren geprüft.

Aktuell stellt der Bund den Ländern 650 Zivilschutzfahrzeuge, darunter ABC-Erkundungskraftfahrzeuge, Dekontaminationslastkraftwagen und Krankentransportfahrzeuge, für den Zivil- und Katastrophenschutz zur Verfügung.

Das erforderliche Personal wird vornehmlich von Mitarbeitern der Landesfeuerwehrschulen ausgebildet, die ihrerseits vorher an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesverwaltungsamtes -Zentralstelle für Zivilschutz- in Bad Neuenahr-Ahrweiler entsprechend geschult werden.

Bundesinnenminister Otto Schily (links) und NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens (rechts) ließen sich auch die Atem- und Körperschutzausstattung der (vierköpfigen) Fahrzeugbesatzung vorführen. (Foto: Stein)

Incident Command System

Ein möglicher Weg hin zu einem integrierten Führungs- und Leitungsmanagement in Deutschland?

von Thomas Mitschke, Grafschaft und Karl-Heinz Frank, Frankfurt

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben – wie viele Katastrophen der Vergangenheit – neben dem unvorstellbaren Leid, das über die betroffenen Menschen gekommen ist, dennoch auch einen latent positiven Effekt:

Sie zwingen alle verantwortlich Handelnden die eigene „Preparedness“ auf der Basis der Folgen der Katastrophe erneut zu evaluieren.

Dieser Effekt ist derzeit verstärkt zu beobachten und bezieht alle Verantwortungsebenen im Sinne eines noch zu entwickelnden integrierten Hilfeleistungs- bzw. Gefahrenabwehrsystems in Deutschland ein. Zu hoffen ist, dass in diesem Prozess die Versäumnisse im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes der letzten Jahre einer positiven Entwicklung zugeführt werden und der Schritt zu einem länder- und organisationsübergreifenden Katastrophenschutz vollzogen wird.

Dabei stellt die klassische Trennung zwischen verteidigungsfallbezogenem Zivilschutz und friedensmäßigem Katastrophenschutz nicht erst seit dem 11. September einen zu überwindenden Anachronismus dar.

Als defizitär wird in der Geschichte des Katastrophenschutzes der Bereich Führung und Leitung bei Großschadenereignissen und Katastrophen kontrovers diskutiert und herausgestellt.

Seit dem 11. September 2001 wird nunmehr eine Thematik offen angesprochen, die angesichts der Komplexität solcher Ereignisse einen durchaus ernst zu nehmenden Lösungsansatz bezogen auf das Problemfeld „Krise der Krisenstäbe“ aufzeigt. Hierbei handelt es sich um sogenannte Task Forces oder Fliegende Stäbe auch für den Bereich der Führung und Leitung.

Der folgende Artikel will auf der Basis des sogenannten Incident Command Systems, das in den USA bei komplexen Lagen zur Anwendung kommt, den Gedanken von überregional operierenden professionellen Führungs- und Leitungsunterstützungsteams (FLeiT) im Sinne von fliegenden Stäben entwickeln.

Dabei ist klar, dass dieser Weg in der gerade auch rechtlich definierten Landschaft der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes geradezu eine Provokation örtlicher bzw. regionaler Zuständigkeiten darstellen kann und derzeit sicherlich zunächst als Gedankenspiel Realität gewinnen wird.

Dennoch sind die Autoren des Artikels von der Notwendigkeit und Sachdienlichkeit dieser Entwicklung zum Wohle eines effizienteren und Ressourcen schonenden Führungs- und Leitungsmanagements überzeugt und möchten in diesem Sinne gedankliche Anstöße liefern.

Incident Command System (ICS)

Der Gedankenanstoß zur Beschäftigung mit dem ICS ist auf den Besuch einer deutschen Delegation von Waldbrandexperten im September 2000 anlässlich der verheerenden Waldbrände in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, der im Rahmen von INSARAG (International Search and Rescue Adviser Group) organisiert wurde.

Im Reisegepäck brachte diese Delegation ein „National Training Curriculum“ für das ICS mit.

Bei einer Recherche im Internet stößt man u.a. unter *http://www.nysemo.state.ny.us/ICS/explain.htm* auf folgende Erläuterung zum ICS (Anm. der Redaktion: Der Originaltext der Website ist in englischer Sprache, abgedruckt wird hier die Übersetzung der Autoren dieses Beitrages):

Erfordernis eines einheitlichen Einsatzführungssystems

Die Komplexität der Einsatzführung, gekoppelt mit der zunehmenden Notwendigkeit eines organisationsübergreifenden und multifunktionellen Engagements, hat das Bedürfnis nach einem einzigen, standardisierten Einsatzführungssystem, das im gesamten Gefahrenabwehrspektrum Anwendung findet, deutlich gesteigert.

ICS schafft wichtige Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit sämtlicher Bereiche der verantwortlichen Gebietskörperschaften. Bei jeder Großschadenslage können viele örtliche, landes- und bundeseigene Stellen eingebunden sein. Die Herausforderung liegt darin, diese verschiedenen Bereiche möglichst effizient und effektiv zu integrieren.

Die Prinzipien des ICS ermöglichen staatlichen und lokalen Gefahrenabwehrbereichen die Verwendung einer

einheitlichen Terminologie, die Bildung eines „Führungsgespanns“, organisatorische Flexibilität, die Zuweisung persönlicher Führungsverantwortung sowie die Realisierung eines umfassenden Ressourcenmanagements, einheitlicher Führungsstrukturen und Einsatzablaufpläne.

Geschichtliche Entwicklung

ICS resultierte aus der offensichtlichen Erfordernis eines ganzheitlichen Lösungsansatzes bei der Bekämpfung von schnell expandierenden Waldbränden in den frühen 70er Jahren. Zu dieser Zeit sahen sich viele Notfallmanager einer ganzen Reihe von Problemen ausgesetzt.

Zu viele Leute berichten einem einzelnen Einsatzleiter.

Zu unterschiedliche Organisationsstrukturen der Gefahrenabwehrbehörden und –institutionen.

Fehlen von verlässlichen und zeitnahen Einsatzinformationen.

Ungeeignete und nicht kompatible Kommunikationsmittel

Strukturelle Mängel an koordinierter Planung im Zusammenspiel der Beteiligten.

Unklare Verantwortungsbereiche.

Keine einheitliche Terminologie.

Unklare oder nicht spezifizierte Einsatzziele.

Es dauerte mehrere Jahre und bedurfte umfassender Feldversuche, ein standardisiertes Führungssystem zu entwickeln, das die oben genannten Probleme in den Griff bekommen sollte. Das ICS wurde von einer interdisziplinären Task Force unter örtlicher, bundesstaatlicher sowie nationaler Beteiligung – FIRESCOPE (Kalifornische Brandschutzeinheiten für potentielle Schadensereignisse) genannt – entwickelt. In einer noch frühen Entwicklungsphase zeichneten sich vier grundlegende Anforderungen ab:

Das System muss organisatorisch flexibel sein, um den Erfordernissen von Einsätzen jeglicher Art und Größe gerecht zu werden.

Gefahrenabwehrorgane müssen in der Lage sein, das System sowohl auf einer täglichen Basis für Alltagssituationen als auch für Schadenereignisse anzuwenden.

Das System muss einen ausreichenden Standard darstellen, um es Personal von vielfältigen Organisationen und Behörden wie auch von unterschiedlicher geographischer Herkunft zu ermöglichen, in einer gemeinsamen Management-Struktur zu verschmelzen.

Anfängliche ICS-Ausprägungen orientierten sich an der Abwehr von Katastrophenwaldbränden. Es ist interessant festzustellen, dass die Charakteristika dieser Waldbrände denen von z.B. Strafverfolgungs-, Gefahrgut- und anderen Einsätzen ähneln:

Sie geschehen ohne vorherige Ankündigung.

Sie entwickeln sich sehr schnell.

Ohne Eingriff können sie an Größe und Komplexität zunehmen.

Das persönliche Risiko für das Einsatzpersonal kann hoch sein.

Es gibt vor Ort oft mehrere Gefahrenabwehrorgane mit unmittelbarer Verantwortlichkeit.

Sie können sehr leicht in vielfältigen, sich teils überschneidenden Zuständigkeiten münden.

Sie stehen oft im Mittelpunkt des Medieninteresses und damit einer breiten Öffentlichkeit.

Sie sind oft verbunden mit einer möglicherweise hohen Gefahr für Leben und Sachwerte.

Die Kosten für den Einsatz sind immer ein wichtiger Entscheidungsfaktor.

ICS wird mittlerweile quer durch die gesamten USA von Brandschutzorganisationen angewandt und findet zunehmend Verbreitung im Rahmen der Strafverfolgung, der öffentlichen Sicherheit, wie auch für das Notfall- und Veranstaltungsmanagement.

Unschwer zu erkennen ist, dass mit dem ICS in den Staaten der Weg hin zu einem einheitlichen und standardisierten integrierten Führungs- und Leitungsmanagement bei komplexen Lagen vollzogen wurde, und das bei komplexeren und föderaleren politischen Strukturen als in Deutschland.

Die Defizitanalyse liest sich wie eine Vorwegnahme der Erfahrungsberichte nach 1975 in der BRD in Folge der verheerenden Waldbrände in Niedersachsen und basiert – in einer schon erstaunlichen Duplizität der Ereignisse – auf dem gleichen auslösenden Schadensereignis einer Waldbrandkatastrophe.

Auseinander gehen allerdings die Entwicklungen, betrachtet man die Lehren, die beide Staaten aus diesen Katastrophen gezogen haben. Während in Deutschland nach wie vor grundsätzliche strukturelle Unterschiede in den Systemen der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes ein organisations- und länderübergreifendes Zusammenwirken bei entsprechend komplexen Lagen erschwert, hat man in den Staaten anscheinend die Lehren aus den Erfahrungen gezogen.

Im Rahmen des ICS wird in den USA insbesondere bei folgenden Lagetypen eine grundsätzlich einheitliche Aufbau- und Ablauforganisation in den Einsatz implementiert, auch bei Bundesstaaten übergreifenden Ereignissen:

„Brände, Gefahrguteinsätze und komplexe Schadenslagen, Katastrophen mit multiplen Zuständigkeiten und involvierten Organisationsbereichen, großflächige SAR-Einsätze, Schädlingsbekämpfungsprogramme, Ölpestabwehr und Bergungseinsätze, behördeninterne oder –übergreifende Strafverfolgung, Flug-, Eisenbahn-, Seenot- oder bodengebundene Transportunfälle,

Großveranstaltungen (z.B. Staatsfeiern, Paraden, Konzerte), privatrechtliche Notfallmanagement-Programme, Management von größeren Naturkatastrophen auf (bundes-) staatlicher und lokaler Ebene."

Die Organisationsstruktur des ICS weist dabei für die operativ-taktischen und technischen Komponenten der Führung und Leitung zumindest teilweise Analogien zu den Strukturen der neuen Feuerwehrdienstvorschrift 100 im Bereich des Aufbaus von Führungsstäben auf.

Bei komplexen sogenannten „Large Incidents" wird eine entsprechend lageangepasste flexible Aufbauorganisation angewandt.

Entscheidend ist dabei, dass die zentralen Funktionen und Aufgaben im Rahmen des ICS von überregional operierenden und professionellen Führungsstäben wahrgenommen werden.

Welche Lösungsansätze könnte dieses System für das Führungssystem in Deutschland beinhalten?

Die Antwort lässt sich auf folgende zentrale Erkenntnisse reduzieren: Notwendigkeit standardisierter und einheitlicher aufbau- und ablauforganisatorischer Festlegungen im Bereich der Führung und Leitung sowie frühzeitige Integration fester und professionell arbeitender Stäbe auf den einzelnen Führungsebenen.

Mit der neuen Feuerwehrdienstvorschrift 100 sind wir, zumindest was einen Großteil der Länder und die Organisationen anbetrifft, für den erstgenannten Punkt einen entscheidenden Schritt weitergekommen – zumindest von der Seite der theoretischen Grundlagen her.

Der Gedanke fester und professioneller Führungsstäbe ist in Deutschland zumindest für den Bereich des Katastrophenschutzes – anderes als im Bereich der Polizei beispielsweise – in dieser Offenheit derzeit noch völlig neu und dürfte mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung verbunden sein.

Nach wie vor herrscht vielerorts eine – drastisch und symbolisch gesagt – „Das ist mein Feuer" -Mentalität vor, die den Gedanken überregionaler fester und professioneller Führungsstäbe nur schwerlich aufkommen lässt.

Dennoch haben feste und professionelle Stäbe unbestreitbar u.a. folgende Vorteile:

Sie gewährleisten ein Höchstmaß an Routinen, da Sie sich ausschließlich mit der Bewältigung von komplexen Lagen auseinandersetzen,

sie bilden als homogene Gruppen eine ideale Voraussetzung für routiniertes und reibungsverlustfreies Arbeiten in Extremsituationen,

sie sind bei knappen Finanzmitteln ein ressourcenschonendes Führungsunterstützungsinstrument, da in geringerer Anzahl überregional einsetzbar.

Entscheidend bei der Umsetzung eines solchen professionellen Führungs- und Leitungsmanagementsystems sind u.a. jedoch folgende Aspekte:

die örtliche auch rechtlich verankerte Verantwortlichkeit darf faktisch durch das System nicht außer Kraft gesetzt werden,

die fliegenden Führungs- und Leitungsstäbe dürfen als Stäbe ausschließlich Beratungsfunktionen übernehmen,

das Defizit der fehlenden Kenntnisse über z.B. regionale Strukturen, Potentiale und örtliche Gegebenheiten muss im System durch entsprechende Fachberater aufgefangen werden,

es bedarf eines curricular Länder und Organisationen übergreifenden abgestimmten und sowohl qualitativ als auch quantitativ hochwertigen Ausbildungsganges für diese Art von Stäben,

es bedarf einer zentralen und qualitativ hochwertigen Ausbildungseinrichtung – wie beispielsweise der AKNZ –, die mit einem entsprechenden Abschluss die Qualifikation zur Mitwirkung in fliegenden Stäben bescheinigt und, ganz entscheidend

das System muss auf örtlicher Ebene akzeptiert werden und sollte daher primär auf Anforderung oder durch im Vorfeld standardisierte Alarm- und Ausrückeordnungen zum Einsatz gebracht werden.

Die Implementierung fester fliegender Stäbe in das Führungssystem ist dabei vorrangig für die operativ-taktische und je nach Lage technisch-taktische Komponente der Führung nach FwDV 100 denkbar und sinnvoll.

Professionalität der handelnden Führungspersonen schließt dabei grundsätzlich Ehrenamtlichkeit nicht aus. Bei entsprechender Schulung und Erfahrung können Funktionen in fliegenden Stäben durchaus auch von engagierten Ehrenamtlichen wahrgenommen werden.

Es ist offensichtlich, dass die Forderung nach professionellen Führungsstäben im Sinne von Fliegenden Stäben oder Task Forces derzeit noch an einer Vielzahl von Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung scheitern würde.

Dennoch ist dieser Weg angesichts der „neuen" Bedrohungslagen ein diskutabler und sollte in der Zukunft konsequent beschritten werden.

Abschließend sei ein positives praktisches Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit in unserem Lande aufgeführt, bei dem im Ansatz ein fester Stab überregional zur Unterstützung des örtlich zuständigen Einsatzleiters erfolgreich eingesetzt wurde. Hierbei handelt es sich um die ICE-Katastrophe in Eschede, bei der auf Anforderung des zuständigen Kreisbrandmeisters des Landkreises Celle die Technische Einsatzleitung des Kreises Hannover erfolgreich die Führungsunterstützungsleistung für diesen Kreisbrandmeister erbrachte.

Dieses Beispiel stimmt hoffnungsvoll!

Waldbrandschutz: Herausforderung nicht nur für den Förster!

von Rainer Schretzmann, aid

Risiko Waldbrand

Der Wald in Deutschland stellt ein dickes Plus auf der Habenseite unserer Landschaft dar. Doch in vielen Regionen werden die Wälder alljährlich durch Brände bedroht. Waldbrände spielen bei uns zwar nicht die gleiche Rolle wie im Mittelmeergebiet oder im Westen von Nordamerika. Aber auch bei uns kommt es besonders in Trockenperioden im Frühjahr und Sommer häufig zu Bränden. Allein im Jahr 2000 ereigneten sich in Deutschland über 1200 Waldbrände.

Je nach Situation werden durch Waldbrände Erholungssuchende und Anwohner gefährdet. Die materiellen Schäden an den Waldbeständen sind erheblich. Darüber hinaus entstehen durch Waldbrände auch große ökologische Schäden, die neben dem Baumbestand auch die gesamte Lebensgemeinschaft des Waldes betreffen und Luft, Wasser und Boden schädigen. Gerade bei sommerlichen Waldbränden nach langer Trockenheit kann die gesamte Humusdecke bis zum Mineralboden verbrennen. Langfristig wirksame Bodenstörungen und erhöhte Erosion sind dann die Folge. Es ist deshalb wichtig, Waldbrände möglichst zu verhindern bzw. frühzeitig und wirksam zu bekämpfen.

Auch in Deutschland ist die Gefahr von Waldbränden bei Trockenheit sehr hoch.

Waldbrandursachen

Natürliche Waldbrandursachen spielen in Deutschland nur eine geringe Rolle. Es handelt sich hierbei nahezu ausschließlich um Waldbrände in der Folge eines Blitzschlages, die meist nur eine geringe Flächenausdehnung erreichen. Eine große Zahl von Waldbränden entsteht dagegen durch Fahrlässigkeit, besonders durch unvorsichtigen Umgang mit entzündlichen oder brennenden Stoffen. Hier kommt es besonders darauf an, Waldbesucher, aber auch die Landwirte und die im Wald Tätigen zu informieren und durch gezielte Aufklärungsarbeit die Risiken zu vermindern.

Leider spielt die Brandstiftung heute als zweithäufigste Einzelursache eine nicht unerhebliche Rolle. Auch hier ist es besonders wichtig, durch entsprechende Aufklärung die Aufmerksamkeit zu schärfen und durch die Mithilfe aller diese Brände möglichst „im Keim zu ersticken“.

Wo treten Waldbrände häufig auf?

Besonders gefährdet sind Wälder mit einem hohen Anteil an Kiefern. Hier treffen mehrere Risikofaktoren zusammen, da die Kiefernwälder meist in Gebieten mit wenig Niederschlag und häufigen Trockenperioden zu finden sind und außerdem gerade auf sandigen Standorten wachsen, die zur Austrocknung neigen. Hierbei tragen Jungbestände, Bestände mit Gras oder mit trockenem Reisig am Boden ein zusätzliches besonders hohes Risiko, das bei südlicher oder südwestlicher Hanglage noch größer ist.

Waldbrandschutz: Übung macht den Meister

Es zeigt sich aber gerade in Gebieten mit hohem Risikopotential, z.B. in großen Teilen Brandenburgs, Sachsen-Anhalts oder Niedersachsens, dass sich durch waldbauliche und organisatorische Vorbeugungsmaßnahmen, durch in-

tensive Überwachung brandgefährdeter Wälder und durch eine optimale Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern, Forstverwaltung und Brandschutz-

Kiefernwälder sind besonders brandgefährdet.

verantwortlichen die Risiken durch Waldbrände deutlich verringern lassen. Regelmäßige Übungen zur Waldbrandbekämpfung und die Zusammenarbeit bei der Waldbrandvorbeugung tragen hier ihre Früchte.

Aufgabenstellungen in Ausbildung, Information, Kommunikation, Infrastruktur

Um für den Ernstfall gerüstet zu sein, ist eine gründliche Vorbereitung erforderlich.

Dazu gehört, im Vorfeld noch vorhandene Lücken in der Waldbrandprävention zu erkennen, mit allen Verantwortlichen gemeinsam aufzuarbeiten und Abhilfe zu schaffen.

Dazu gehört auch die Planung von Wasserspeichern, Zufahrtswegen mit Ausweichstellen, Sammelstellen usw. Aktuelles Kartenmaterial, aufbereitet als Waldbrandeinsatzkarte, ist dabei die Grundlage für eine schnelle und fehlerfreie Orientierung und Kommunikation. Darüber hinaus sind Kenntnisse über Struktur und Zusammensetzung der unterschiedlichen Fachdienste hilfreich, um in kritischen Situationen schnell und wirkungsvoll zusammenzuarbeiten, insbesondere bei Brandbekämpfung, Wassertransport, Räumung von Schneisen, aber auch Versorgung von Verletzten und logistischer Unterstützung der Einsatzkräfte.

Manche Probleme werden jedoch erst durch Übungen deutlich, besonders im Zusammenhang mit Kommunikations- und Führungsfragen. Übungen schaffen darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit, und durch den persönlichen Kontakt wird der Erfahrungsaustausch zwischen denjenigen, die im Einsatzfall aufeinander angewiesen sind, intensiviert.

Waldbrandschutz: auch in Zukunft von großer Bedeutung

Mit einer guten Aufklärungsarbeit und gezielter Vorbereitung auf den Ernstfall lassen sich die Gefahren und Schäden, die durch Waldbrände entstehen, auf ein Minimum reduzieren – und dies bleibt auch weiterhin eine wichtige Aufgabe: Denn in Mitteleuropa muss auch zukünftig immer wieder mit ausgeprägten Hitze- und Trockenperioden gerechnet werden, die nicht nur in den bekannten Waldbrand-Risikogebieten außerordentliche Waldbrandgefahren hervorrufen können. Deshalb gilt gerade auch in Regionen, in denen es seltener zu Waldbränden kommt: Durch richtige Vorbereitung kann viel Schaden verhindert werden.

Waldbrände verursachen nicht nur materielle, sondern auch ökologische Schäden. (Fotos: aid)

Waldbrandübung in Kassel

von Michael Glemnitz, Feuerwehr Kassel

Am 15. September fand in Kassel-Wolfsanger die Waldbrandübung „Schutzpatron 2001“ statt.

Der § 29 HBKG (Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz) sowie die aktuelle Erlasslage geben vor, solche Katastrophenschutzübungen durchzuführen. Unter dem Gesichtspunkt, dass seit vielen Jahren keine Übung in dieser Größenordnung (rund 600 Beteiligte einschließlich Beobachter) mehr stattgefunden hat und es neue Vorgaben in der Zusammenarbeit zwischen den Forstämtern und der Einsatzleitung Feuerwehr (siehe HBKG) gibt, fand diese Waldbrandübung als Vollübung statt. Die Übungsteilnehmer hatten die Möglichkeit, den eigenen Ausbildungsstand zu überprüfen, sowie neue Erkenntnisse durch neue Taktiken bei der Waldbrandbekämpfung insbesondere in Verbindung mit der BGS-Fliegerstaffel zu sammeln. Des Weiteren sollten neue Informationstechniken im Stab und der TEL genutzt werden.

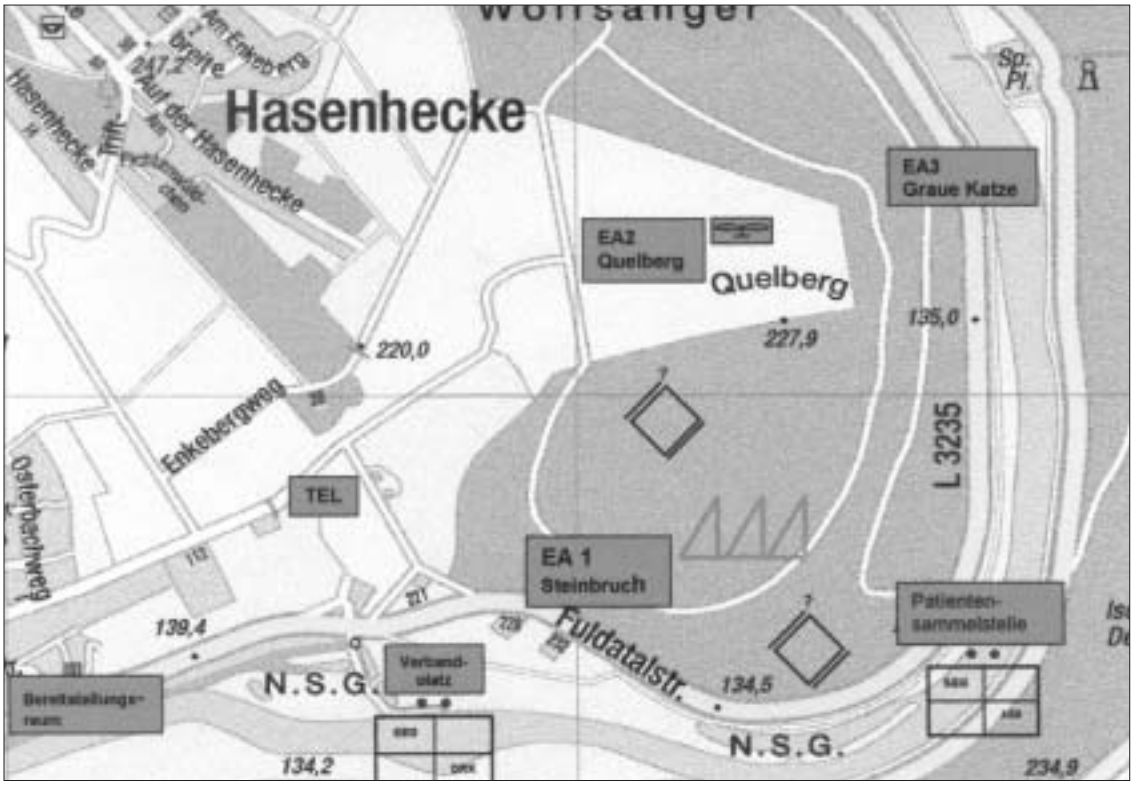
Übungsvorbereitung

In der Vorbereitungsphase mussten viele Kontakte zu Ämtern und Behörden geknüpft werden, um die einzelnen Geschehnisse aufeinander abzustimmen und die erforderlichen Genehmigungen zu erhalten (RP-Kassel, Wasser- und Schifffahrtsamt, BGS-Fliegerstaffel, Naturschutzbehörde, Waldeigentümer u. a.).

Um die Übung wie geplant anlaufen zu lassen wurde ein Drehbuch erstellt, welches den Übungsablauf bis zu einem bestimmten Punkt vorgab.

Alle an der Übung beteiligten Organisationen, Behörden und mitwirkenden Dienststellen sowie die Führungskräfte, Technische Einsatzleitung und Stab wurden mit dem Übungskonzept vertraut gemacht und in die Aufgabenstellung eingewiesen.

Darüber hinaus wurden die Vertreter des Regierungspräsidiums sowie des Landrates des Landkreises Kassel umfassend informiert. Die Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen wurde mithilfe einer Flugblattaktion über die zu erwartenden Belästigungen informiert, dennoch kam es während der Übung zu etwa 100 Anrufen von besorgten Bürgern bei der Polizei.



Lageübersicht.

Übungskonzeption

Nach den Vorstellungen der Übungsleitung sollte sofort nach der Rückmeldung des Einsatzleiters des ersten Löschzuges die Alarmierung der Fachdienste sowie der an der Übung mitwirkenden Behörden und Dienststellen erfolgen.

Es war geplant, dass alle eingesetzten Kräfte gebunden werden und die gestellten Aufgaben in den Einsatzabschnitten umgehend abzuarbeiten sind.

Feuer wurde nicht entzündet, die Lage wurde durch maschinelle Rauchentwicklung simuliert.

Die Ausgangslage

Durch Unachtsamkeit zweier Jugendgruppen kam es zu einem Waldbrand im Bereich Hasenhecke/Wolfsanger.

Neben der sofort einzuleitenden Menschenrettung (70 Personen) hatte die Waldbrandbekämpfung oberste Priorität.

Problem bei der Menschenrettung war das völlig ziellose Verhalten der Jugendlichen.

Problem bei der Brandbekämpfung war die Brandausbreitung Richtung Nord-Osten sowie die Wasserversorgung in dem stark ansteigenden Gelände.

Übungsschwerpunkte

Die Schwerpunkte der Waldbrandübung lagen in der:

- Zusammenarbeit der beteiligten Hilfsorganisationen (ASB/DRK/JUH)
- Zusammenarbeit mit dem Forstamt Kassel
- Zusammenarbeit mit der BGS-Fliegerstaffel Mitte
- Zusammenarbeit mit der Bundeswehr
- Zusammenarbeit mit sonstigen Behörden und Dienststellen
- sowie in dem Einsatz neuer Taktiken im Bereich der Waldbrandbekämpfung aus der Luft und
- Techniken im Bereich Information und Kommunikation (I.u.K.)

Erfahrungen der Waldbrandbekämpfung aus der Luft

In der Vergangenheit wurde bei zwei Übungen festgestellt, dass es sehr schwierig ist, mit Wasser aus der Luft (Hubschrauberaußenlastbehälter) das Feuer zu treffen und wirkungsvoll zu löschen.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Wasser mit feuerwehrüblichen Mitteln (Pumpe, Schläuche, C-Rohre) gezielt auf den Brandherd aufzubringen. Der Hubschrauber hat nun die Aufgabe, in unwegsamem Gelände das Wasser in einen Behälter zu füllen, von wo es mit einer TS entnommen und über Rollschläuche fortgeleitet wird.

BGS-Hubschrauber im Schwebeflug beim Befüllen des Wasserbehälters.

Vorübungen

Zwei Vorübungen waren erforderlich, um einen solchen „Wasserkreislauf“ fliegerisch zu erproben. Der Wasserbehälter am Boden wurde so konzi-

piert, dass er dem Winddruck der Hubschrauber stand hält. Als der beste und fliegerisch unkomplizierteste Außenlastbehälter erwies sich das sogenannte *Bambi Bucket* der Fa. EAS Eagle Air Service GmbH in Rheinmünster.

Übungsverlauf

08:28 Uhr: der erste Löschzug wird als erweiterter Zug mit TLF 24/50 und RTW auf Grund mehrerer Notrufe alarmiert.

08:34 Uhr: erste Rückmeldung von 1/11: Sichtbare starke Rauchentwicklung, lösen Sie Alarm aus für TEL und Stab, alle FF Stadt Kassel und beide freien Wachabteilungen, Gesamteinsatzleiter zur Einsatzstelle.

08:41 Uhr: Es handelt sich um einen Waldbrand größeren Ausmaßes. Näheres wird erkundet. Die geforderte Verstärkung wird dringend benötigt. Zusätzlich benötigen wir eine SEG zum Einrichten einer Patientensammelstelle auf der Wiese neben dem Radwanderweg und einen Vertreter des Forstamtes Kassel.

08:44 Uhr: Rückmeldung von FL KS 1/11 : Alarmieren Sie SEG, um einen Verbandplatz einzurichten. Ferner benötige ich zwei Rettungshundestaffeln zur Suche von vermissten Personen sowie 2 LZ FF Kassel zum Aufbau einer Wasserversorgung. Zusätzlich der GW Wasser zur Wasserrettung Höhe Patientensammelstelle. Es werden 3 Jugendliche vermisst. Alarmieren sie DLRG Kassel zur Absicherung der Fulda im Ober- und Unterwasserbereich.

09:10 Uhr: Die TEL hat ihren Standort bezogen und ist einsatzbereit. Etwa zeitgleich konstituierte sich der Stab (HVB) im Hause der Feuerwache 1.

09:20 Uhr: Der Gesamteinsatzleiter startet mit einer Alouette des BGS zur Lageerkundung.

Daraufhin forderte er bei der TEL an: Benötige auf dem Plateau/Viereck:

BGS-Hubschrauber vom Typ EC 155 mit Außenlastbehälter aus Niedersachsen.

Fliegerstaffel des BGS mit der Waldbrandeinheit der BF Kassel, einen Einsatzleiter

sowie TroTLF zur Sicherung der Hubschrauber. Einen Technischen Zug des THW zum Bauen einer Schneise.

09:32 Uhr: In der TEL werden gemeinsam mit dem Gesamteinsatzleiter folgende Einsatzabschnitte festgelegt:

EA 1:
Fuldatalstraße mit Patientensammelstelle

EA 2:
Plateau Hasenhecke

EA 3:
Fuldatalstraße Höhe Hochspannungsleitung

Bereitstellungsraum:
Fuldatalstraße Gerätehaus Wolfsanger

Verbandplatz:
Wiese hinter der Einfahrt Alte Schleuse Wolfsanger

Alle alarmierten Einheiten wurden angewiesen, über den Bereitstellungsraum zu fahren. Dort erhielten sie ihren Einsatzauftrag.

Den verschiedenen Einsatzabschnitten wurden folgende Aufgaben zugewiesen:

Der 10 000 Liter fassende Faltbehälter wird am Boden fixiert, um dem Luftstrom der Hubschrauberrotoren standhalten zu können.

EA 1
- Menschenrettung im Bereich Fuldatalstraße
- Einrichten einer Patientensammelstelle (SEG des ASB)
- Suche der vermissten Personen an Land und zu Wasser
- Wasserversorgung von Schleuse Wolfsanger Richtung Plateau Hasenhecke
- Absichern der Fulda Ober- und Unterwasser (DLRG)
- Einsetzen der Rettungshundestaffeln zur Suche von Verletzten
- Löscharbeiten

EA 2
- Aufbau einer Wasserversorgung aus der Luft auf dem Plateau Hasenhecke zur Riegelstellung Höhe Hochspannungsleitung.
- Errichten einer Schneise (TZ des THW)

EA 3
- Aufbau einer Wasserversorgung von der Fulda bis zur Hochspannungsleitung (Schneise) für mindestens 9 C-Rohre, Vornahme der Rohre, Löscharbeiten

Bereitstellungsraum
- Standort für alle nachrückenden Kräfte organisieren
- KW-Halteplatz organisieren
- Die Verpflegung sicherstellen (Verpflegungseinheiten von FF und DRK)

Verbandplatz
- Einrichten eines Verbandplatzes
- Sichtung und Registrierung, Versorgung und Betreuung der Patienten
- Organisation des Abtransportes in Zusammenarbeit mit dem LNA und dem OrgL.
- ca. 40 Brandverletzte mussten den Kliniken zugeführt werden, acht davon in Spezialkliniken.

Das Konzept des Wasserkreislaufes mit drei Hubschraubern konnte erfolgreich eingesetzt werden. Bei den Piloten bestand nach den Vorübungen eine gute fliegerische Sicherheit, um den 10.000 Liter fassenden Wasserbehälter aus der Luft zu füllen.

Von den Feuerwehrkräften konnten sechs C-Rohre zur Waldbrandbekämpfung aus dem Behälter versorgt werden.

Es stand nur ein Bambi Bucket zur Verfügung, so dass für den Wasserkreislauf zusätzlich zwei Außenlastbehälter des Landes Niedersachsen Verwendung fanden. Diese sind bedeutend schwerer und können weniger Wasser fassen.

Im weiteren Übungsverlauf kam die Meldung, dass die Wasserversorgung über Hubschrauber nicht ausreichend und deshalb eine Wasserversorgung von der Hasenhecke erforderlich sei.

Mit dem Aufbau dieser Wasserversorgung endete die Vollübung gegen 12:50 Uhr.

Im Anschluss wurde in der Ernst-Freudenthal-Halle ein Mittagessen eingenommen. Abschließend sprachen der Bürgermeister und Brandschutzdezernent der Stadt Kassel, Herr Groß, der Leiter der Feuerwehr Kassel, Herr Krütt und der Leiter der Werkfeuerwehr VW, Herr Barkhoff, in seiner Funktion als Sprecher der Schiedsrichter zu den Einsatzkräften:

Trotz der im Verlauf der Übung aufgetretenen Zeitverzögerungen gab es Positives zu

Registrierung der Patienten auf dem Verbandplatz durch Kräfte des DRK in Zusammenarbeit mit dem Organisatorischen Leiter Rettungsdienst.

sagen, die Redner bedankten sich für das große Engagement der überwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte.

Auswertung

Bei Verwendung von drei Bambi Buckets wäre es möglich, bis zu 10 C-Rohre (mit Mundstück) über die Hubschrauber mit Wasser zu versorgen.

Ein weiterer Vorteil ist es, den Außenlastbehälter in der Maschine transportieren zu können, somit ist eine komplette Einheit zur Waldbrandbekämpfung schnell am Ort des Geschehens, denn auch die feuerwehrtechnischen Geräte, der Wasserbehälter und das Personal können in den benötigten Hubschraubern geflogen werden.

Das Land Hessen ist derzeit noch auf Außenlastbehälter aus anderen Bundesländern angewiesen. Mit dem erfolgreichen Einsatz dieser neuen Taktik und ihrer technischen Umsetzung konnte gezeigt werden, dass eine Stationierung von drei Bambi Buckets bei der Bundesgrenzschutz-Fliegerstaffel Mitte in Fuldatal Ihringshausen sinnvoll ist, um in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Kassel schnell mit einer kompletten Einheit zur Waldbrandbekämpfung vor Ort zu sein.

Ist dann eine Wasserversorgung aufgebaut, kann die komplette Einheit in einen anderen Bereich des Schadensgebietes verlegt werden und dort erneut tätig werden.

Die gesamte Übung wurde von vier unabhängigen Schiedsrichtern beobachtet und bewertet, zu diesem Zweck gab es für jeden Einsatzabschnitt (auch für die TEL und den Stab) Schiedsrichterfragebögen, welche eine Auswertung und Beurteilung ermöglichten. Die ersten Eindrücke waren:

- Das Zusammenspiel der Einheiten war gut.
- Die Helfer waren hochmotiviert
- Die Beteiligung der Einheiten und die Resonanz waren positiv
- Die, wie bereits berichtet, neu konzipierte Einheit zur Waldbrandbekämpfung mit Kräften der BGS-Fliegerstaffel und der Berufsfeuerwehr hat sich bewährt.
- Die Umstellung der Stabsarbeit auf EDV-Unterstützung ist als grundsätzlich gelungen anzusehen, es sind jedoch noch Nachbesserungen erforderlich.
- Im Arbeitsbereich der TEL wurden einige Kommunikationsprobleme mit den unterstellten Einheiten festgestellt, die durch organisatorische Maßnahmen zu beheben sind.

Diese Probleme führten dazu, dass es zu deutlichen Zeitverzögerungen kam.

Kleine Probleme gab es bei rund 600 beteiligten Kräften:

- Funksprüche des ELW wurden nicht alle von der TEL empfangen
- Es bestand keine Funkverbindung zwischen der Patientensammelstelle und dem Verbandplatz
- Durch bis zu vier Hubschrauber gab es Störeinflüsse im Betrieb des Funkes und der Mobiltelefone
- Ein RTW brachte Patienten direkt in die „Klinik“, statt zum Verbandplatz
- Die Verpflegung in den Einsatzabschnitten erfolgte zu spät

Die neuen Techniken (PC statt Vierfachvordruck im Stab) wurden, wie in vorangegangenen Stabsübungen, genutzt. Die Führung der Lagekarte über PC war nicht optimal. Von den Schiedsrichtern wurde empfohlen, in Zukunft, wie auch in der Vergangenheit, die Lagekarte manuell zu führen.

Die aufgetretenen Probleme zeigten auf, wie notwendig es ist, nicht nur in kleinen Einheiten, sondern auch in dem Zusammenspiel aller Einheiten und Fachdienste zu üben!

Versorgung einiger „Verletzter“ durch den ersten Löschzug. (Fotos: Glemnitz)

deNIS geht online!

Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem nimmt Wirkbetrieb auf

von Bernhard Corr, Leiter der Projektgruppe deNIS

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 hat der Bund seine Vorbereitungen im Zivil- und Katastrophenschutz intensiviert und beschleunigt. Hierzu gehört der forcierte Aufbau eines Informationssystems, das bei großflächigen Gefahrenlagen das Management von Großkatastrophen unterstützen soll.

Bundesinnenminister Otto Schily hat daher das Bundesverwaltungsamt beauftragt, bei der Zentralstelle für Zivilschutz ein deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (**deNIS**) aufzubauen. Bund, Länder und alle beteiligten Hilfsorganisationen verfügen über eine Vielzahl wertvoller Informationen, die jedoch über zahlreiche Behörden und Institutionen verstreut sind.

Bei einer großflächigen Gefahrenlage müssten diese Informationen mühsam und zeitaufwendig zusammengeführt werden. Kernaufgabe von **deNIS** ist die übergreifende Verknüpfung, Aufbereitung und Bereitstellung dieser Informationen für das Management von außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen.

Mit Hilfe von **deNIS** sollen die weitgehend vorhandenen Informationsressourcen intelligent verknüpft werden.

Auch im Internet stehen zahlreiche wichtige Informationen zu drohenden Gefahren bei Naturkatastrophen oder durch Menschen verursachten Katastrophen sowie zu Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen zur Verfügung. Allerdings sind auch diese Informationen nur weit verstreut und unter großem Zeitaufwand zu finden.

1. Aufbaustufe deNIS

Aufgrund der bereits heute im Internet vorhandenen Informationen wurde in einer ersten Aufbaustufe des **deNIS** ein offenes Internetportal geschaffen, um dem Fachpublikum und dem interessierten Bürger die umständliche Suche zu erleichtern. Über die Internetadresse:
"www.denis.bund.de"
finden die Internetnutzer Hintergrundinformationen zu Katastrophen, Hinweise für die Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensregeln bei Gefahren sowie Erfahrungsberichte über Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Bisher sind rund 600 Internetadressen in diesem System zu finden. Darüber hinaus sind auch Merkblätter und weitere Dokumente der Zentralstelle für Zivilschutz enthalten, die Hintergrundinformationen zum Zivilschutz und zu Verhalten bei Gefahren geben. Hierbei stehen Informationen im Vordergrund, die bei

Durch Anklicken der Hauptinformationsgruppen (hier Naturkatastrophen) öffnen sich die jeweiligen Unterkategorien, über die man zu den relevanten Internetseiten gelangt.

großflächigen Gefahrenlagen notwendig sind.

Der Nutzer des Internetportals **deNIS** hat mehrere Möglichkeiten, die gewünschten Informationen zu finden. Auf der Eingangsseite befinden sich im oberen Bereich die Hauptinformationsgruppen als Schaltflächen. Darüber hinaus können die Nutzer aber auch über das Feld "suchen" ein Schlagwort eingeben, um die angebotenen Informationen zu diesem Thema zu finden. Ebenso dienen die Schaltflächen "Glossar" und "Sitemap" als Hilfsmittel zur Informationsfindung.

Auch wenn die Nutzer heute schon die Möglichkeit haben, auf **deNIS** zuzugreifen, befindet sich dieses Informationssystem immer noch im Aufbau. Die heute in diesem System zur Verfügung gestellten Informationen bilden zunächst nur die Grundlage für den weiteren Ausbau des Systems. Durch das **deNIS**-Team wird weiterhin im Internet recherchiert, um das Informationsangebot zu aktualisieren und kontinuierlich auszubauen. Auch die Nutzer des **deNIS** werden hierbei mit einbezogen. Über die Schaltfläche „Kontakte“ haben die Nutzer die Möglichkeit, mit den Redakteuren von **deNIS** in Verbindung zu treten, um beispielsweise auf weitere interessante Internetadressen hinzuweisen. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, dem **deNIS**-Team Wünsche, Kritik, Anregungen oder Fragen per eMail mitzuteilen.

Das Logo des Informationssystems.

Über ein Fenster „Aktuelle Meldungen“ auf der deNIS-Startseite sind Neuigkeiten direkt zu erhalten. Darüber hinaus werden bei großflächigen Gefahrenlagen Informationen über das Ereignis sowie über die Internetadressen eingebettet, die im **deNIS** weitere Informationen zu dem Thema enthalten.

Kontaktaufnahme: Die Aktivierungn dieser Schaltflächen führt in ein weiteres Auswahlmenü, das Gelegenheit bietet, Anregungen, Fragen, Kritik, Wünsche oder Hinweise per Email direkt an das deNIS-Team zu versenden.

2. Ausbaustufe deNIS

Neben dem „offenen“ – für jeden Nutzer des Internet zugänglichen – Portal wird es ein weiteres **deNIS** geben. Dieses Informationssystem wird allerdings nur einem beschränkten Nutzerkreis zur Verfügung stehen, da hier vertrauliche Informationen bereitgestellt werden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um personenbezogene Daten zu Experten und Spezialisten, um Hinweise auf Hilfeleistungspotenziale aber auch um Daten über Standorte risikobehafteter Anlagen.

Zurzeit befindet sich diese weitere Ausbaustufe des **deNIS** in der Entwicklung. Ziel dieses Informationssystem ist es, das Management von außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen zu unterstützen. Geplant ist die Vernetzung vorhandener Datenbanken der Bundesressorts, der Länder und internationaler Organisationen. Nach der Entwicklung eines entsprechenden Prototypen soll in einem Pilotbetrieb ab Herbst diesen Jahres die Funktionsfähigkeit des Systems überprüft werden. Die Ergebnisse werden in die Fortentwicklung des Systems einfließen.

Mit **deNIS** werden im Ereignisfall den Bundesressorts, den Innenministerien der Länder, den Katastrophenschutzbehörden, den Hilfsorganisationen und supranationalen Institutionen schnell einheitliche Informationen zur Verfügung stehen. Insbesondere werden diese Dienstleistungen der interministeriellen Koordinierungsgruppe bereit gestellt, die aus Vertretern von Bund und Ländern besteht und bei großflächigen Gefahrenlagen aktiviert werden kann.

Mit dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem leistet der Bund einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des eGovernment im Zivil- und Katastrophenschutz.

Bachs Handschriften und der Tintenfraß

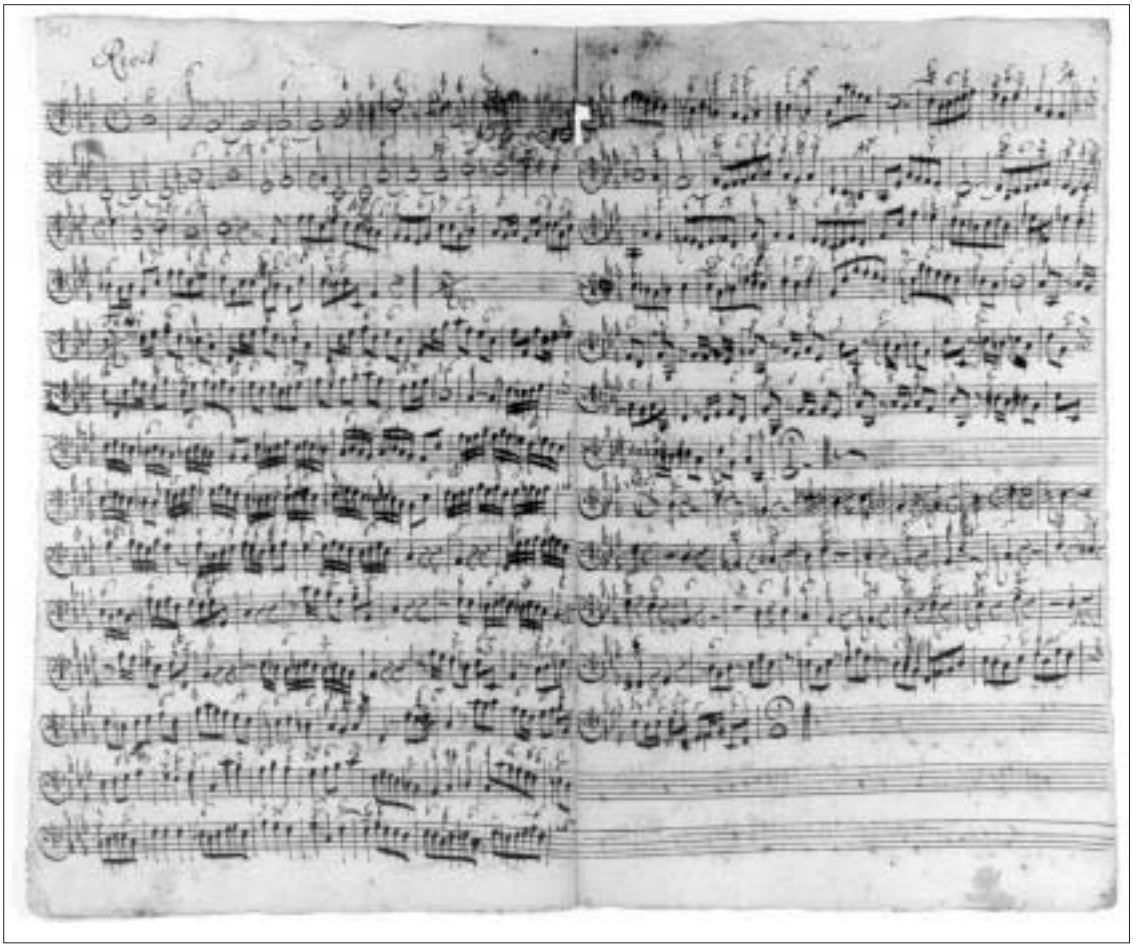
Das Bundesverwaltungsamt beteiligt sich an der Rettung eines Weltkulturerbes

Von Rainer Schramm

Wer sich mit dem Begriff „Schutz von Kulturgut“ etwas näher befasst, wird häufig feststellen, dass so mancher Mitbürger darunter generell den Erhalt von alten Gegenständen oder alten Gebäuden versteht. Hier liegt meist eine Verwechslung mit dem Begriff „Denkmalschutz“ vor. Der Denkmalschutz nimmt zwar einen hohen Stellenwert ein, mit Kulturgutschutz hat er aber im Grunde sehr wenig gemeinsam.

Gegenstände, schöpferische Werke oder Gebäude die mit dem Prädikat Kulturgut oder gar Weltkulturerbe ausgezeichnet sind, bedeuten vielmehr Geschichte und Identität eines Volkes oder der Menschheit im Allgemeinen. Bei Kulturgut handelt es sich um bewegliches und unbewegliches Gut, das für das kulturelle Erbe eines jeden Volkes von größter Bedeutung ist.

Zum Weltkulturerbe in Deutschland zählen nicht nur die Museumsinsel in Berlin oder die Altstadt von Quedlinburg und die Industrieanlagen in Völklingen, sondern auch die Werke des großen deutschen Komponisten Johann Sebastian Bach. Bach wurde vor 317 Jahren in Eisenach geboren und starb 65jährig am



Deutlich erkennbar ist die Beschädigung (oben Mitte) dieses Originalblattes. (Es handelt sich um den von Bach revidierten Stimmensatz der Kantate BWV 24 „Ein ungefärbt Gemüte“).

28. Juli 1750 in Leipzig an den Folgen eines Schlaganfalls. Zeit seines Lebens produzierte das Genie Bach beschriebenes Notenpapier. Die daraus resultierenden Ergebnisse sind größtenteils bis heute überliefert.

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten konnten rund 80 % der noch vorhandenen Notenhandschriften (Autographen) des Thomaskantors in der Staatsbibliothek zu Berlin zusammengeführt werden, darunter die Brandenburgischen Konzerte, die Johannes- und die Matthäus-Passion, das Weihnachtsoratorium und die h-Moll-Messe.

Bachs rostende Handschriften

Verbunden mit dem Gedenken an Bachs 250. Todestag vor zwei Jahren, wurde im Zusammenhang mit seinen Werken auf ein Problem aufmerksam gemacht, das Fachleuten schon seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts bewusst ist:

Rund 19 % der circa 8.000 in der Staatsbibliothek zu Berlin eingelagerten Bach-Autographen sind vom Zerfall bedroht.

Das Problem ist hier weniger der natürliche Alterungsprozess des Notenpapiers als vielmehr die beträchtlichen Schäden, die durch den so genannten Tintenfraß verursacht werden.

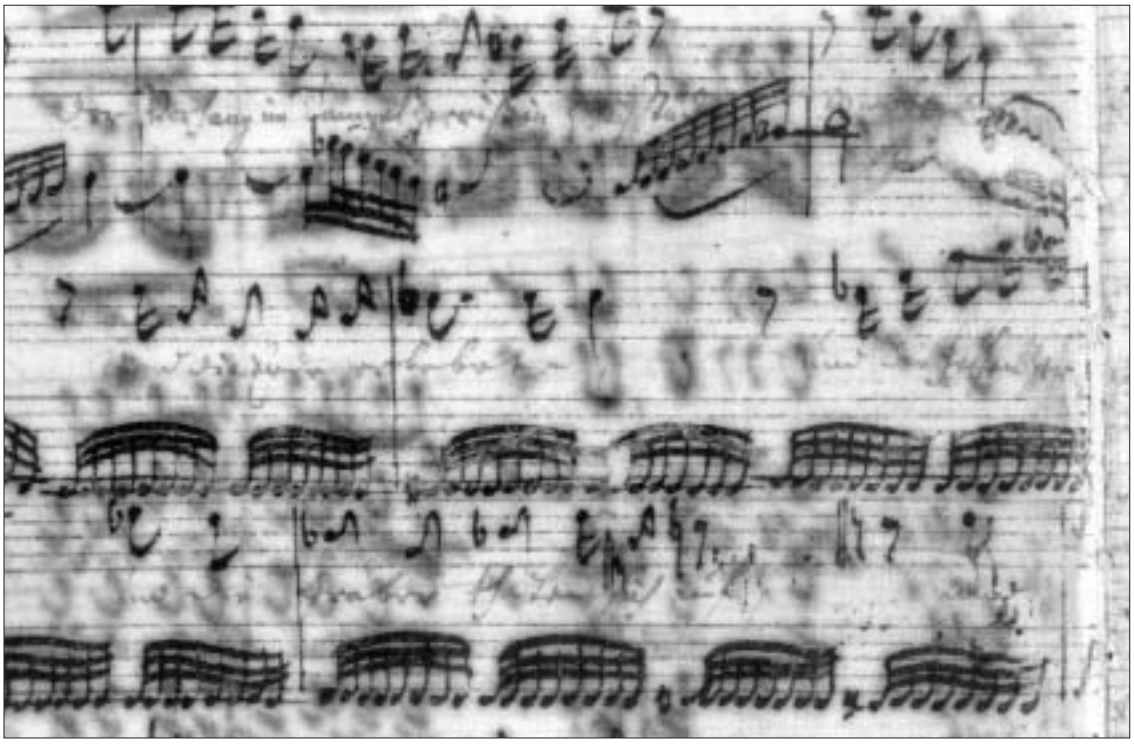
Der große Meister benutzte zum Notenschreiben, wie zu seiner Zeit üblich, Eisengallus-Tinte. Die aus Gallapfelauszügen und Eisensalzen hergestellte Tinte findet zwar wegen ihrer Urkundenechtheit auch heute noch Verwendung, hat jedoch bei den Bach-Autographen eine äußerst zerstörerische Wirkung. Über einen langen Zeitraum lösten sich aus den Bach´schen Schriftzeichen in einem chemischen Prozess Eisen-Ionen, die in Verbindung mit Sauerstoff Eisenoxid bildeten. Die „vor sich hin rostenden“ Noten fallen dann irgendwann aus dem Papier, das allmählich durch zusätzlich entstehende Säuren zerfressen wird. Überall dort, wo Bach die Tinte sehr üppig einsetzte, sind die Schäden jetzt auch am größten.

Angesichts der jahrhundertelangen, nicht gerade sachgemäßen Aufbewahrung, grenzt es schon fast an ein Wunder, dass noch mehr als 300 der Originalpartituren des Komponisten erhalten sind. Zwischen Pappumschlägen lagerten die Werke seit dem 19. Jahrhundert zunächst in der Königlichen Bibliothek in Berlin und später in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz.

Seit Jahren bemüht sich nun die Staatsbibliothek um die Rettung der durch den Tintenfraß geschädigten Handschriften. Mittlerweile lagern die Autographen in speziellen Räumen, wohltemperiert und bei gleichbleibender Luftfeuchtigkeit.

All diese Bemühungen würden aber den Verfall der Werke letztendlich nicht aufhalten, allenfalls verzögern.

Um eine dauerhafte Sanierung der Bach-Autographen zu erreichen, hat sich das Direktorium der Staatsbibliothek vor über zwei Jahren dazu entschlossen, zur Erhaltung der Werke das aufwändige Papierspaltverfahren anzuwenden.



Das Ausmaß der Gefährdung wird in diesem vergrößerten Ausschnitt aus der Matthäus-Passion besonders deutlich.

Die Autographen werden gespalten

Das Papierspalten, die beste Methode, schwer geschädigte Handschriften zu retten, wurde in den 60er Jahren in der damaligen DDR erfunden und zur Perfektion entwickelt.

Beim Verfahren des Papierspaltens wird zunächst das alte Original zwischen zwei gelatinegetränkte Trägerpapiere gelegt. Die Gelatine durchdringt nun das Original, das sich beim Auseinanderziehen der Trägerpapiere in eine Vorder- und Rückseite spaltet. Zur Stabilisierung wird nun zwischen das getrennte Dokument ein hauchdünnes Stützpapier eingelegt und die beiden Dokumenthälften wieder zusammengefügt. In Spezialbädern werden nun die Rückstände der Prozedur von den Originalen entfernt.

Spezialisiert für das Papierspalten ist quasi weltweit das Leipziger Zentrum für Bucherhaltung (ZFB). Das renommierte Unternehmen bearbeitet Aufträge, zum Bespiel zur Erhaltung alter Bücher, aus aller Welt. Auch der Großteil der stark geschädigten Bach-Partituren wird dort dem Verfahren unterzogen. Für Handschriften die einen Transport nach Leipzig voraussichtlich nicht überstehen würden, wurde eigens in der Staatsbibliothek eine Restaurierungswerkstatt für 360.000 Euro eingerichtet.

Blatt für Blatt; nur mit erheblichem Aufwand und großer Sorgfalt sind die Originale noch zu retten. (Fotos: Renate Richter)

Billig ist die Rettungsaktion für die Bach-Autographen nicht. Experten rechnen mit einem Aufwand von 1,5 Millionen Euro, welche die Staatsbibliothek zur Restaurierung des Bach´schen-Gesamtwerks aufbringen muss. Ein Betrag, der aus dem Haushalt der Staatsbibliothek nicht zusätzlich zu finanzieren war.

Das Bundesverwaltungsamt hilft dem Bach Patronat

Als Retter in der Not erwies sich hier der 1997 gegründete Verein der Freunde der Staatsbibliothek zu Berlin. Im November 1999 rief der Verein unter der Dachmarke „Kultur-Gut bewahren“ das so genannte „Bach Patronat“ ins Leben. Durch das Bach Patronat sollten potentielle Sponsoren auf den besorgniserregenden Zustand der Bach-Autogaphen aufmerksam gemacht werden um sich eventuell finanziell an der Erhaltung dieses deutschen Kulturgutes zu beteiligen. Die Resonanz auf das Anliegen des Bach Patronats war überwältigend. Bereits nach eineinhalb Jahren konnten rund eine Million Euro an Spendengeldern verzeichnet werden. Bis zum Frühjahr nächsten Jahres wollen die Freunde der Staatsbibliothek e.V. die zur Rettung der Bach-Autographen noch erforderlichen 250 000 Euro durch Spenden einsammeln. Einen Beitrag hierzu soll auch ein soeben erschienenes Buch von Friedemann Kluge mit dem Titel „Begegnung mit Bach“ leisten.

Das Bundesverwaltungsamt ist mit seiner Zentralstelle für Zivilschutz, neben einer Reihe von namhaften Industrieunternehmen und Stiftungen, einer der Hauptsponsoren des Bach Patronats. Da sich das Bundesverwaltungsamt im Rahmen seiner Aufgabenerledigung mit Maßnahmen der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten befasst, ist das herausragende Engagement des Amtes bei der Erhaltung der Bach-Autographen nur zu verständlich.

Digitalfunk im Bereich der BOS

Sachstand der Einführung

von Dip. Ing. Herbert Saupp

In der Ausgabe 1/01 erschien der Projektgruppen-Beitrag „Fahrplan des BOS-Digitalfunks“ in ***Bevölkerungsschutz***.

Der folgende Beitrag informiert nun über den Fortgang des Projektes im inzwischen verstrichenen Jahr.

Die Weichen für einen Wechsel von der analogen zur digitalen Technik sind auch im Bereich der Funkdienste der deutschen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gestellt. Auf der Basis eines Auftrages der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (IMK) wurde die „Projektgruppe BOS-Digitalfunk“ mit dem Auftrag eingerichtet festzustellen, inwieweit die taktisch betrieblichen Anforderungen der BOS (Schengen-Kataloge) von einem nach ETSI-Standard arbeitetenden Digitalfunksystem in der Praxis erfüllt werden und die Anwender diese Geräte akzeptieren. Der erste Teil dieser Untersuchung fand in Berlin und Brandenburg statt, die technisch anspruchsvollere Variante dieses Pilotsystems läuft derzeit in Aachen.

Sachstand der Pilotierung Aachen

Am 26. Juni 2001 wurde das Pilotprojekt Digitalfunk mit den Teilnehmern Feuerwehren der Stadt und des Kreises Aachen, Polizei Aachen, Hilfsorganisationen, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt, Zoll und Verfassungsschutz offiziell in Betrieb genommen.

Das digitale BOS-Funksystem läuft seitdem technisch stabil. Als erste Reaktion wird von den Anwendern die Sprachqualität als gut bezeichnet, sie stelle eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Analogfunk dar. Der Funkversorgungbereich für Fahrzeugfunkanlagen konnte nach Aussage der Benutzer gegenüber dem Analogfunk deutlich verbessert werden. Für die Handsprechfunkgeräte (HRT) müsste die derzeit realisierte Funkversorgung insbesondere für den Betrieb innerhalb der Gebäude verbessert werden.

Die Rheinisch Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen hat zur wissenschaftlichen Feststellung des Funkversorgungsgrades ein Tool zur Messung der Versorgungsgüte entwickelt. Mit diesem soll der vertraglich vereinbarte Nachweis für eine Funknetzabdeckung über 95 % der zu versorgenden Fläche erbracht werden.

Telefonie mit BOS-Funkgeräten

Die Möglichkeit, per Einsatzmittel BOS-Funkgerät Telefongespräche auch ins öffentliche Netz führen zu können, wird von den Anwendern als gravierende Verbesserung der Kommunikation am Einsatzort begrüßt. Da die von den HRT aus geführten Telefongespräche über die Telekommunikationsanlage des Polizeipräsidiums Aachen unter Nutzung der Funktion „Least Cost Routing“ geführt wurden, konnten die dienstliche Telefonkommunikation bei Großeinsätzen zu einem Bruchteil der früher üblichen Telefongebühren abgewickelt werden. Gleiches gilt für die Telefonkommunikation von den Dienststellen zu den Einsatzkräften.

Im Sinne der elektromagnetischen Verträglichkeit (EMV) werden in den Fahrzeugen grundsätzlich nur Funkgeräte (MRT, Mobile Radio Terminals) mit angeschlossener Außenantenne betrieben.

Statusübertragung

Der in TETRA 25 integrierte Datendienst SDS wird durch die Funktion „Statusübertragungen“ bereits genutzt. Der Funkteilnehmer kann vordefinierte Meldungen (Status) und freie Texte von und zur Leitstelle oder jeden anderen TETRA-Teilnehmer versenden und empfangen.

Endgeräte verschiedener Hersteller

Im Pilotsystem Aachen werden Endgeräte unterschiedlicher Hersteller eingesetzt. Endgeräte der Hersteller Nokia, Simoco, Marconi, Cleartone und DeTeWe funktionierten zwar im Motorola-Netz, zeigten anfänglich jedoch Probleme bzw. Funktionsbeeinträchtigungen in der Betriebsart DMO (Direct Mode Operation, entspricht dem Wechselsprechen im Anlalogfunk).

Die Zertifizierungsstelle „Teledanmark“ führte im Oktober 2001 Interoperabilitätstests mit Endgeräten der Firmen Motorola, Simoco und Nokia mit positivem Ergebnis durch. Die „Teledanmark“ ist bereit, den Herstellern entsprechende Zertifikate auszustellen. Zukünftig sollen nur noch End-

geräte eingesetzt werden, die für alle Betriebsarten entsprechend zertifiziert sind.

Seit November 2001 werden die ersten Motorola-Endgeräte der 2. Generation (MTP 700) eingesetzt. Es ist vorgesehen, alle HRT der ersten Generation durch diesen Gerätetyp zu ersetzen.

Die Firma Cleartone hat ein Fahrzeugfunkkonzept mit einem Multifunktions-Bediengerät vorgestellt. Über dieses Bediengerät können analoge Funkgeräte der Hersteller Bosch oder AEG und digitale Funkgeräte zentral bedient werden (Doppelbedienung analog/digital).

Nach Aussage der Firma Cleartone können die Leistungsmerkmale DMO-Repeater, Gateway und Dual-Watch bereits jetzt erfüllt werden.

Netzstruktur

Das TETRA-Funknetz für Stadt und Landkreis Aachen besteht aus zwei Hauptvermittlungen. Diese aus technischer Sicht nicht unbedingt notwendige Konfiguration wurde dem Hersteller vorgegeben, um das Zusammenspiel dieser Komponenten testen zu können. In der Zone 1 sind fünf, in Zone 2 sind acht Funkfeststationen (Base Stations) realisiert. Darunter befinden sich die mobile Basisstation und eine abgesetzte Basisstation, die bei den Zentralen Polizeitechnischen Diensten Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf installiert wurde. Die fünf Leitstellen wurden alle an eine Hauptvermittlung angeschlossen.

Der Terminplan sieht einen zweijährigen Betrieb des Pilotsystems vor. Das zweite Betriebjahr ist der gemeinsamen TETRA-Erprobung mit den Nachbarländern Belgien und den Niederlanden gewidmet. Im so genannten Dreiländerprojekt soll das Zusammenspiel des niederländischen C 2000-Projektes mit dem belgischen Projekt A.S.T.R.I.D und dem Pilotsystem Aachen ab Juli 2002 erprobt werden. Das Inter-System-Interface (ISI) zur Verbindung der Tetra-Systeme unterschiedlicher Hersteller wird nicht vor Mitte 2002 von der ETSI standardisiert sein und somit frühestens zu diesem Zeitpunkt für eine Erprobung im Rahmen des Dreiländer-Projektes zur Verfügung stehen.

Testszenarien

Die Bewertung des Systems aus taktischer und betrieblicher Sicht erfolgt unter anderem auf der Basis der Erkenntnisse verschiedener Testszenarien, die nach den Anforderungen der beteiligten BOS erstellt wurden. Damit die Tests nach einheitlichen Kriterien ausgewertet werden können, wurde durch die UAG eine Teststruktur entwickelt. Die Tests orientieren sich daher an folgenden festgelegten Kategorien:

Testkategorien:

A: Einsatzlagen im täglichen Dienst
B: herausragende Lagen im täglichen Dienst
C: Lagen mit besonderen Aufbauorganisationen
D: Lagen mit Zusammenarbeit von BOS
E: Großschadenslage
F: Lage mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Teststruktur:

Die im Piloten Aachen entwickelte Teststruktur gliedert sich in 8 Unterabschnitte:

- Kategorie
- Taktisches Ziel
- Verkehrsbeziehungen
- Testlage
- Teststruktur
- Ergebnis
- Taktische Lösung
- Technische Lösung

Bisher konnten die folgenden Tests durchgeführt werden:

Tests in der Kategorie A:

Kommunikationsprobleme sollen bald der Vergangenheit angehören. (Foto: Saupp)

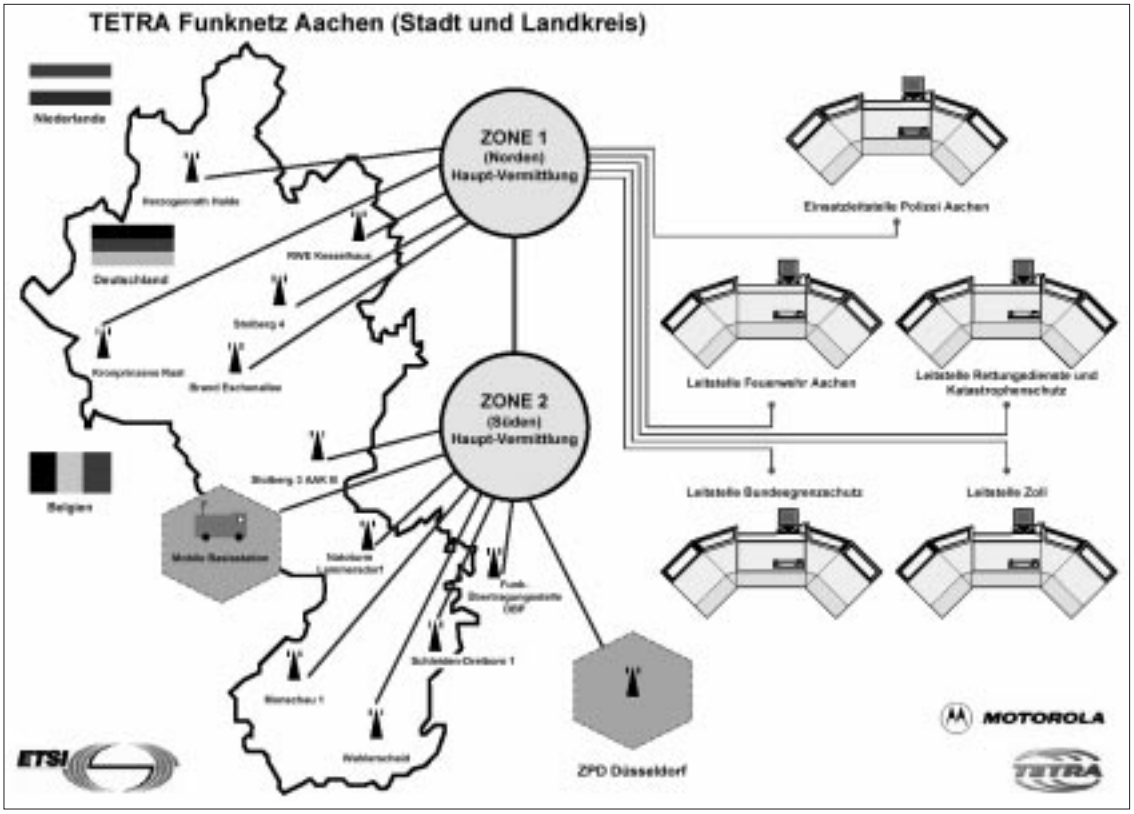
Verkehrsunfall in einer Tunnellage
Selbständig operierende Observationseinheit
Funkkommunikation in stehenden und fahrenden Zügen und bei starken Hintergrundgeräuschen
Observationsübung mit PKW und zu Fuß
EMV-Test an medizinischen Geräten
Funktest im Klinikum Aachen
Verständigung bei Schussabgabe
DMO-Test auf der BAB
Funkkommunikation zwischen Fahrzeug und Flächenflugzeug.

Tests in der Kategorie B:

Täter vor Ort, Diebstahl aus Kfz,
Tatort: Parkhaus, Einsatz mehrerer Fustkw und Führung DGL vor Ort

Tests in der Kategorie C:
Funkübung am Stadion Tivoli anlässlich div. Fußballspiele.

Die bisher durchgeführten Tests und deren Ergebnisse können auf der Homepage der Projektgruppe unter http://www.pilotprojekt-digitalfunk-aachen.de eingesehen werden.



Schematische Darstellung des Testnetzes.

Projektorganisation ZED

Die ZED (Zentralstelle für die Vorbereitung der Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunk-Systems - Digitalfunk-) wurde auf der Grundlage eines am 10. Mai 2001 unterzeichneten Verwaltungsabkommens organisatorisch zum 01. Juni 2001 beim Bundesministerium des Innern, Referat BGS I 4, eingerichtet. Sie wurde nicht direkt in die Gremienstruktur eingebunden, um Zeitverluste durch die Sitzungsterminstruktur zu vermeiden. Als Aufsichtsgremium wurde ein Verwaltungsrat, bestehend aus Mitgliedern von Bund, Ländern und Stadtstaaten, gebildet. Die ZED hat aus organisatorischer Sicht einen direkten Zugriff auf die Projektgruppe BOS-Digitalfunk.

Die ZED arbeitete bisher an folgenden konkreten Projekten:

Erarbeitung des Wortlauts und Veröffentlichung des Interessenbekundungsverfahrens (IBV). Bei der Formulierung des IBV und bei der Auswertung der Beiträge zu betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten des Betreibermodells und des Finanzierungsmodells bedient sich die ZED der Unterstützung durch eine Consulting-Firma.

Erstellung einer belastbaren Datenbasis zu den gegenwärtigen Kosten des Analogfunks und der Kosten für die Nutzung der Mobiltelefone (GSM) bei den BOS. Hierdurch wird erstmalig eine Zusammenstellung der entsprechenden Kosten bundesweit und unter Einschluss eines sehr großen Teils der BOS, die Analogfunk und Mobiltelefon nutzen, erreicht. Somit ist zumindest eine gewisse Vergleichsbasis für die Bewertung der Kosten des künftigen BOS-Digitalfunks gegeben, weil der Digitalfunk die zur Zeit von den BOS genutzten Leistungsmerkmale der Mobilfunktechnik beinhaltet.

Der endgültige Abgleich der technischen Leistungsparameter des künftigen BOS-Digitalfunks mit den operativen und taktischen Anforderungen der BOS wurde erarbeitet.

Bezüglich der Finanzierung vertritt die ZED die Auffassung, dass sich das Projekt nicht nach der (wie auch immer festgestellten) Verfügbarkeit von Mitteln richten kann, sondern der Aufbau eines modernen, den aktuellen Anforderungen der BOS entsprechenden Kommunikationssystems im Vordergrund stehen

muss. Es soll ein solches bundesweit einheitliches Sprech- und Datenkommunikationssystem errichtet werden, das auf zukunftssicherer moderner technischer Basis den jetzigen, aber auch den absehbaren künftigen operativ-taktischen Anforderungen der BOS entspricht.

Nach bisheriger Erkenntnislage werden die Kosten für Planung, Aufbau und Betrieb des Netzes voraussichtlich über ein System der Nutzungsentgelte durch die Betreibergesellschaft wieder eingefordert werden. Damit würden die unmittelbar netzbezogenen Kosten über einen längeren Zeitraum gestreckt und hätten keine so gravierenden Auswirkungen auf die Haushalte der künftigen Nutzer. Kosten werden für diese durch die Umstellung der Endgeräte, z.B.: Leitstellen, Handfunkgeräte, Alarmierungssysteme oder die Sprach- und Biodatenübertragung für Atemschutzgeräteträger entstehen.

Zeitplan zur Einführung des BOS-Digitalfunks in Deutschland

Aufgrund der Zeitabläufe zur Gründung der ZED durch die Innenministerkonferenz mussten einige Termine des Zeitplans modifiziert werden. Dieser stellt sich nun wie folgt dar:

Nov. 2000: Bildung des Aufbaustabes Digitalfunk BOS auf der Basis eines IMK-Beschlusses vom 23./24. November 2000

Mai 2001: Beschluss der IMK, die Zentralstelle zur Vorbereitung der Einführung des Digitalfunks (ZED) zu bilden.

Juli 2001: Aufnahme des Pilotbetriebes im System Aachen

Dez. 2001: Veröffentlichung des Textes für ein Interessenbekundungsverfahren

Sept. 2002: Entscheidung der Innenministerkonferenz (IMK) und der Finanzministerkonferenz (FMK) zum Ausschreibungsverfahren

ab Dez. 2002: Start des Vergabeverfahrens

Juli 2003: Entscheidung zum Zuschlag durch die Vergabestelle (Beschaffungsamt des BMI), Vertragsformulierung und -ausgestaltung des Angebots

Dez. 2005: Abschluss des Netzaufbaues und vollständige Integration der Teilnehmer (staatliche BOS).

2006: Rückbau der bisherigen analogen Funknetze, Integration nichtstaatlicher BOS und Bedarfsträger, soweit sie noch nicht in das Netz integriert werden konnten.

Situation in Europa

Das Police Telecommunication Office der Niederlande hat mit im März 2002 anlässlich eines internationalen Treffens die Situation der europäischen Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bezüglich der Einführung eines standardisierten Digitalfunks wie folgt dargestellt (Auszug).

Belgien: Realisierung des Projektes ASTRID auf der Basis des Standards TETRA 25, geplanter Abschluss: Ende 2003.

Dänemark: Lizenzvergabe zu Errichtung und Betrieb eines TETRA-Netzes für Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Für öffentliche Anwendungen wird ein zweites, separates TETRA-Netz aufgebaut werden.

Finnland: Das finnische VIRVE ist das erste TETRA-Netz für Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Wirkbetrieb soll 2002 aufgenommen, der Aufbau im Jahr 2003 abgeschlossen werden

Frankreich: Gendarmerie und Polizei wurden in den 90er-Jahren mit einem Funksystem der Firma Matra (Tetrapol) ausgestattet. Beide Systeme sind aufgrund unterschiedlicher technischer Gestaltung nicht interoperabel. Die Kommunikation der Endgeräte beider Tetrapol-Systeme untereinander ist deshalb nicht möglich.

Großbritannien: Aufbau eines Airwave genannten TETRA-Systems für die Polizeien in England, Wales und Schottland durch ein Firmenkonsortium; Netzaufbau soll in 2005 abgeschlossen sein.

Irland: Errichtung eines Pilotsystems für die Garda Siochána zur Versorgung des Großraums Dublin im Jahr 2001. Der landesweite Netzaufbau soll in den Jahren 2002 und 2003 erfolgen.

Island: Derzeit werden zwei TETRA-Netze aufgebaut. Das für Organisationen mit Sicherheitsaufgaben vorgesehene Netz hat Ende des Jahres 2000 den (Teil-)Betrieb aufgenommen

Italien: Italien hat im Jahr 2001 eine Ausschreibung für ein TETRA-Netz gestartet.

Norwegen: Betrieb eines Pilotsystems seit Herbst 2001.

Österreich: Unter dem Projektnamen ADONIS begann 1999 im Burgenland mit einem Pilotsystem für Polizei, Feuerwehr und das Rote Kreuz der landesweite Ausbau eines Digitalfunksystems für alle Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

Spanien: Die Ausstattung verschiedener selbständiger Polizeiorganisationen erfolgte nicht einheitlich: Katalonien setzt ein Tetrapol-, Navarra, das Baskenland und die Madrider Polizei setzen TETRA-Funksysteme ein. Die Gendarmerie soll - wegen der Kooperationsmöglichkeit mit Frankreich- ein Tetrapol-System erhalten.

Tetrapol-Systeme sind mit nach dem Standard TETRA 25 arbeitenden Geräten auf der Luftschnittstelle nicht kompatibel, da sie ein anderes Kanalzugriffsverfahren (FDMA), einen anderen Vocoder (RCELP), eine andere Modulation (GMSK) und andere Steuerungsmechanismen einsetzen.

Automatisierte Waldbrand-überwachungssysteme

von Thomas Erlemeier

Der Autor Thomas Erlemeier ist Referent in der Forstabteilung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg.

Ausgangssituation

Weltweit verursachen Waldbrände erhebliche volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Schäden. Auch im Bundesland Brandenburg entstehen jedes Jahr, von der Öffentlichkeit in den Auswirkungen meist unterschätzt, bis zu 1000 Waldbrände mit einem Schadvolumen von mehreren Millionen Euro und riesigen ökologischen Schädigungen an der Natur. Die Brandursachen hierfür sind fast ausschließlich menschlichen Ursprungs. Eine Reduzierung dieser Brandereignisse wird durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit seit Jahrzehnten durch die zuständigen Dienststellen der Landesforstverwaltung erfolgreich betrieben. Sie verhindert jedoch nicht, dass durch Unachtsamkeit, Unfallereignisse und leider auch Brandstiftung alljährlich eine große Zahl von Bränden in unseren Wäldern entstehen. Das Land unterhält daher im Rahmen des „Vorbeugenden Waldbrandschutzes“ Einrichtungen zur Waldbrandfrüherkennung. Die Unterhaltung derartiger Einrichtungen wurde in den besonders waldbrandgefährdeten Bundesländern als hoheitliche Aufgabe gesetzlich verankert und dient in besonderem Maße der Daseinsfürsorge unserer Gesellschaft.

Die besonderen klimatischen Bedingungen Brandenburgs, gekennzeichnet durch geringe Jahresniederschlagsmengen und häufige Frühjahrestrockenperioden bewirken in den kritischen „Waldbrandmonaten“ die rasche Ausbreitung von Waldfeuern. Um die hierbei auftretenden Waldzerstörungen in ihren Ausmaßen zu minimieren, müssen die Waldbrände so früh wie möglich erkannt werden.

In Brandenburg werden hierzu durch die Landesforstverwaltung derzeit noch 133 Feuerwachtürme unterhalten, von denen Beobachter per Fernglas die Umgebung nach Waldbränden absuchen. Die Koordinaten erkannter Brände werden durch Peilverfahren sehr genau bestimmt und an die Leitstellen der Landkreise gemeldet. Die weitere Brandbekämpfung liegt dann in der Zuständigkeit der Feuerwehren. Die Forstbehörden sind dabei unterstützend tätig.

Bei den Feuerwachtürmen handelt es sich um Standardkonstruktionen, die seit Ende der 60er Jahre in weiten Teilen der ehemaligen DDR errichtet wurden und seitdem gute Voraussetzungen zur Waldbrandfrüherkennung geboten haben. Die Arbeitsbedingungen für das Turmpersonal sind jedoch schwierig. Im Frühjahr herrschen in der 30 m hoch gelegenen Turmkanzel trotz „Waldbrandwetter“ häufig noch sehr kühle Temperaturen. Im Hochsommer treten dagegen Hitzestau und Höhenstresseffekte bei den Mitarbeitern auf, so dass ergonomische Verbesserungen am Arbeitsplatz notwendig wurden.

Darüber hinaus werden die mittlerweile bis zu 30 Jahre alten Türme zunehmend reparaturbedürftig bzw. mußten durch Neukonstruktionen ersetzt werden.

Aus diesen Gründen wurden in Brandenburg, aber auch in anderen waldbrandgefährdeten Ländern, wie Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen große Anstrengungen zur automatisierten Früherkennung von Waldbränden unternommen.

Hochleistungstechnik für den Wald

Obwohl in der Vergangenheit in Deutschland eine Vielzahl von technischen Methoden zur Früherkennung getestet wurden, reichte deren Zuverlässigkeit bis Ende der 90er Jahre noch nicht aus, um ein zuverlässiges System für mitteleuropäische Waldverhältnisse zu entwickeln. Demonstrationssysteme mit Infrarot-Sensoren, die z.B. in Spanien eingesetzt werden, können nur die Feuer selbst detektieren. Bei dichtem Baumbestand ist jedoch der Rauch das entscheidende Merkmal zur Früherkennung von Bränden. Nachteile von flugzeuggestützten Waldbrandfrühwarnsystemen sind die hohen Betriebskosten und die langen Verzögerungszeiten bis zur Entdeckung eines Brandes. Auch die Auswertung von Satellitendaten bringt nicht den erwünschten Erfolg, da die zeitliche und räumliche Auflösung für die lokale Prävention nicht ausreicht.

Brandenburg hat sich daher seit Beginn der 90er Jahre an der Lösung dieser Probleme beteiligt und betreibt seit 1999 in dem südlich gelegenen Amt für Forstwirtschaft Peitz

(Landkreis Spree-Neiße) im Rahmen eines Pilotprojektes eine Versuchsanlage zur automatisierten Waldbrandfrüherkennung. Diese Region ist in besonderem Maß durch Waldbrände gefährdet und bietet die Vorraussetzungen, um die Leistungsfähigkeit derartiger Systeme in der Praxis zu bewerten. Unterschiedlichste Einflussfaktoren, die eine Waldbrandfrüherkennung negativ beeinflussen können, sind hier in großer Zahl während der kritischen Brandmonate vorhanden. Diese bieten die Möglichkeit, Testsituationen unter den für Deutschland extremsten Praxisbedingungen durchzuführen.

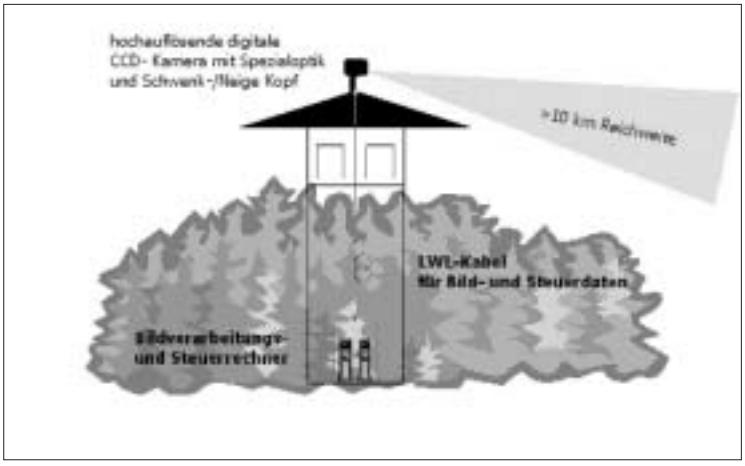
Das neue Früherkennungssystem

Das vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in Berlin/ Brandenburg entwickelte Waldbrandfrühwarnsystem wird nach den erfolgreichen Lizenzvergabeverhandlungen zukünftig unter der Produktbezeichnung „Fire Watch“ durch die Firma „IQ wireless“ vermarktet und weiterentwickelt werden. Diese Firma verfügt neben ihrem Know-How im Bereich der Telekommunikation auch über langjährige Erfahrungen in der Sensortechnik, v. a. auch auf dem besonderen Arbeitsfeld der Waldbranddetektion. Das System „FIRE-WATCH“ ortet Waldbrände anhand der Rauchwolken im sichtbaren Spektralbereich. Dazu wird eine hochauflösende digitale Kamera mit einer Flächen-CCD und einer speziellen Bildaufnahmetechnik sowie einer Software zur Raucherkennung eingesetzt.

Die Vorteile von „FIRE-Watch“ liegen in der

- schnellen und lückenlosen Überwachung durch Raucherkennung
- Minderung von Brandschäden, die durch frühzeitige Entdeckung erheblich gesenkt werden können
- Senkung der Überwachungskosten
- Vermeidung menschlicher Fehler
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die hochauflösende Kamera wurde ursprünglich für Raumfahrtanwendungen entwickelt und über einen weiten Temperaturbereich getestet. Sie gestattet den Einsatz zwischen -50° und +40°C.



Auf Türme oder Masten montiert überwacht die Kamera die umliegende Landschaft in einem Radius von ca. 10 km.

Die Kamera wird auf einer dreh- und neigbaren Plattform auf Türmen oder Masten montiert. Sie überwacht die umliegende Landschaft in einem Radius von ca. 10 km und liefert jeweils mindestens zwei vom Steuerrechner kommandierte Einzelbilder, die während des Scanbetriebes bei jeder Kameraposition (Blickrichtung) aufgenommen werden. Die volle Bildinformation wird über Glasfaserkabel an den Steuer-PC am Turmfuß übertragen. Dieser Rechner kontrolliert das gesamte System inklusive der rotierenden Plattform und der Kamera. Im Fall der Feuerentdeckung organisiert er die Echtzeitübertragung von komprimierten Bildern und zusätzlichen Informationen (Zeit, Feuerkoordinaten) über ISDN-Leitungen oder über das Mobilnetz (Datenübertragung über Satelliten ist prinzipiell genauso möglich) zur Waldbrandzentrale im Amt für Forstwirtschaft, wo sie auf einer lokalen Karte angezeigt werden. Somit ist die großflächige Überwachung eines Gebietes durch einen Mitarbeiter gewährleistet, der dann im Brandfall weitere Maßnahmen einleiten kann.

Im Bildauswertungsrechner wird die Online-Verarbeitung der digitalen Bilder ausgeführt. Dabei analysieren verschiedene Algorithmen die Bildsequenzen, um den Rauch anhand seiner dynamischen und strukturellen Eigenschaften zu identifizieren.

Das System ist in der Lage, Brandwarnungen innerhalb von 10 Minuten nach Sichtbarwerden des Rauches zu melden. Es erkennt Rauchwolken ab 10 m Ausdehnung in einem Umkreis von 10 km. Die hohe Anzahl der Graustufen – über 16000 – ermöglicht es, große Änderungen der Lichtintensität zu tolerieren, ohne den Einsatz zusätzlicher Einrichtungen nötig zu machen. Durch die feine Grauwertabstufung ist es möglich, kleinste Veränderungen zu erkennen.

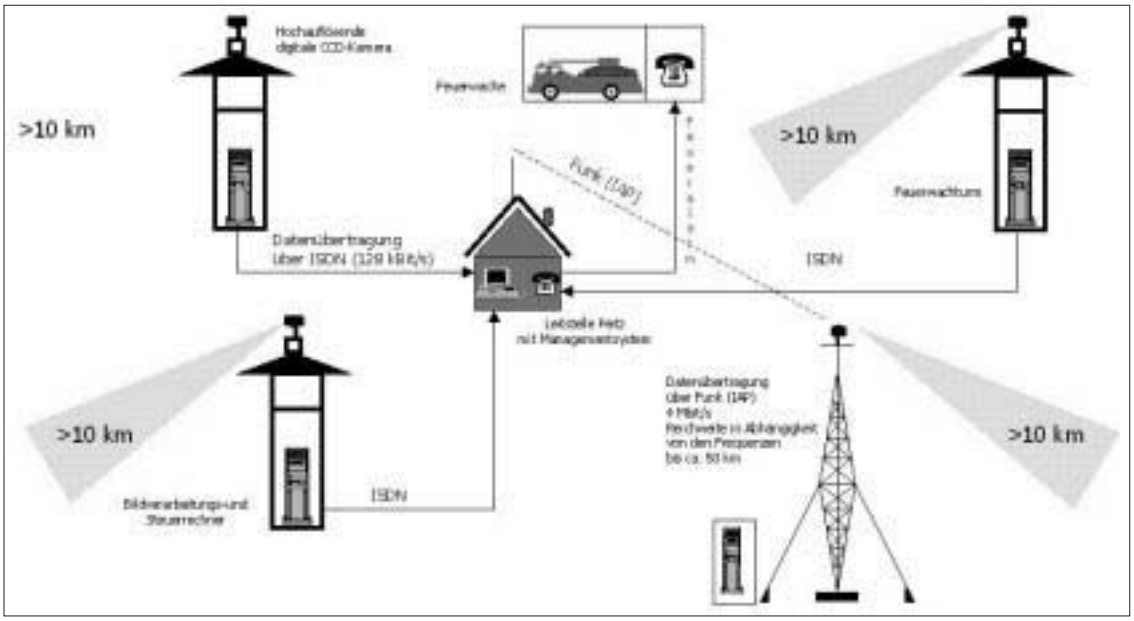
Der elektronische Aufbau ist entsprechend dem Einsatz besonders leistungsarm und robust ausgelegt.

Alle Waldbrände, welche seit Beginn der Pilotphase vor drei Jahren auf den zu überwachenden Waldflächen südöstlich der Stadt Cottbus aufgetreten sind, konnten durch die drei eingesetzten Systeme detektiert und gemeldet werden.

Die hohe Erkennungssicherheit sowie die Bedienerfreundlichkeit des Systems bewirkt eine hohe Akzeptanz beim Anwender.

Während der Waldbrandsaison 2002 werden dann vor allem in den südlichen Ämtern für Forstwirtschaft des Landes die Anlagen der ersten Ausbaustufe installiert und in Betrieb genommen werden.

Dabei werden zunächst die Hälfte aller Waldbrandzentralen des Landes mit den notwendigen Leitstellenrechnern ausgestattet. Gleichzeitig werden 18 Beobachtungsstationen mit den Detektor-Kameras versehen. Die Netzerweiterung geschieht in den Folgejahren. Perspektivisch sollen so bis zum Jahr 2006 insgesamt zehn Zentralen mit ca. 90 Detektionseinheiten ausgestattet sein. Der Schwerpunkt liegt dabei eindeutig in der südlichen Landeshälfte, wo aufgrund klimatischer Verhältnisse und der naturräumlichen Ausstattung die brandgefährdeten Waldflächen Brandenburgs überwiegen.



Durch die enge Vernetzung wird die Zeit zwischen Brandentstehung und Alarm drastisch reduziert. (Graphiken: IQ wireless GmbH)

Umsetzung in Brandenburg

Auf Grund dieser ergonomischen, technischen und finanziellen Vorteile entwickelte die Landesforstverwaltung gemeinsam mit der Landesbauverwaltung Umsetzungspläne zur Einführung automatisiert arbeitender Waldbrandüberwachungssysteme. Nachdem die Finanzierung im vergangenen Jahr im Haushaltsgesetz des Landes seine Bestätigung erfahren hatte, konnte das erste Beschaffungslos erfolgreich ausgeschrieben und der Zuschlag erteilt werden.

Vorrangig ausgestattet werden dabei zunächst Ersatzstandorte für Feuerwachtürme, deren Rekonstruktion anstehen würde. Daneben werden natürlich auch Lücken in dem bisherigen Überwachungssystem geschlossen. Diese befinden sich vor allem in Gebieten ehemaliger Truppenübungsplätze, wo aufgrund der Munitionsbelastung und der sich rasch verändernden Vegetationsverhältnisse eine besonders starke Anfälligkeit für Großbrandereignisse zu verzeichnen ist.

Bewertung

Nach einhelliger Auffassung der Spezialisten des Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Fachabteilung im Ministerium des Innern kann auch in Zukunft auf das Instrumentarium der Waldbrandfrüherkennung nicht verzichtet werden. Die Landesforstverwaltung Brandenburg schafft für die Einsatzkräfte der Feuerwehren und Hilfsorganisationen durch eine frühzeitige Waldbranderkennung und –alarmierung die wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Löscheinsatz.

Durch den Ausfall von Beobachtungsmöglichkeiten (Feuerwachtürmen bzw. alternativen Kameras) würden sich die Waldbrandschäden sonst in der Zukunft wesentlich vergrößern. Die dem Land Brandenburg dadurch unmittelbar anfallenden Kosten würden die derzeit notwendigen Aufwendungen zur Erneuerung des Früherkennungssystems um ein Vielfaches überschreiten.

Ökologische Schäden sind bei der monetären Betrachtung dabei nicht einmal eingeflossen, da sie schwer quantifizierbar sind und den Schwankungen gesellschaftlicher und umweltpolitischer Sichtweisen unterworfen sind. Unbestritten darf aber derzeit davon ausgegangen werden, dass die Summe der ökologischen Schäden von Waldbränden die finanziellen Nachteile für die Menschen unseres Landes noch bei weitem überwiegen.

„Ich kann stur sein...“

Das Porträt eines ehrenamtlichen Feuerwehrmannes in Berlin

von Irene Kölbl, Berlin

Das Jahr 2001 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF) ausgerufen. Ein Jahr lang wurde das ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen unseres Lebens in besonderer Weise gewürdigt.

Die Redaktion des Magazins *Bevölkerungsschutz* hat das IJF zum Anlass genommen, auch über das Jahr 2001 hinaus Menschen vorzustellen, die ihr Leben dem Ehrenamt im Katastrophenschutz widmen.

Hier nun der Bericht über Johann Delmenhorst, ehrenamtlicher Brandinspektor in Berlin-Schöneberg.

Brandinspektor Johann Delmenhorst, FF Berlin-Schöneberg, stammt aus einer Feuerwehr-Familie in Aurich-Middels, Ostfriesland. Bereits vor dem Krieg bekleidete der Großvater das Amt des Wehrführers. Sein Vater war später Wehrleiter und stellvertretender Bereitschaftsführer der Kreisfeuerwehr-Bereitschaft. Von Kindesbeinen an war der Junge mit dem Feuerwehrwesen vertraut; gerne begleitete er den Vater. Verständlich, dass der technisch Interessierte schon mit acht Jahren zum ersten Mal mit BOS-Funk in Berührung kam. Dies sollte für seine spätere berufliche Laufbahn noch eine erhebliche Rolle spielen.

(Feuerwehr-)Ausbildung

Die Ortsfeuerwehr war mit Löschfahrzeug, Tanklöschfahrzeug, Gerätewagen und Kommandowagen (ELW 2) für den Landkreis gut ausgestattet. Darüber hinaus stellte sie im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes eine überregional einzusetzende Verpflegungsgruppe.

1973 trat der 14-Jährige in die Jugendfeuerwehr ein. Er absolvierte die DV 4 Ausbildung, legte die Leistungsspange ab und beteiligte sich an allen Aktivitäten.

In der Zwischenzeit begann er eine Lehre als Radio- und Fernsehtechniker. Mit 16 wurde er als aktives Mitglied in die Freiwillige Feuerwehr übernommen: „Die Ausbildung auf Kreisebene (Grund- und Sprechfunkausbildung)“, bemerkt er stolz, „ist heute noch präsent“. Nach der Lehrzeit schloss er das zweijährige Fachabitur ab, das ihm ermöglichte, seine technischen Ambitionen auszubauen.

Bricht eine Lanze für das Ehrenamt: Johann Delmenhorst. (Foto: Stefan Wagner)

Nachts und an den Wochenenden war er in der Leitstelle der Feuerwehrtechnischen Zentrale des Landkreises tätig. Schon bald konnte er die erworbenen feuerwehrtechnischen Kenntnisse bei Großeinsätzen anwenden. Ein einwöchiger Moorbrand und die Schneekatastrophe, die Norddeutschland im Februar 1979 heimsuchte, brachten weitere Erfahrungen, von denen er noch lange profitieren konnte.

Beruflich lag ein Studium der Nachrichtentechnik nahe, das er bei der Deutschen Bundespost in Berlin aufnahm.

Zunächst weiter Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Middels absolvierte er die Zugführerlehrgänge I und II noch an der Landesfeuerwehrschule Niedersachsen in Celle.

„Berliner Praxis“

Über einen Professor der Technischen Fachhochschule kam schließlich der Kontakt zur Berliner Feuerwehr zustande. Er lernte die FF in den Wachen der Berufsfeuerwehr kennen und nahm als Gasthelfer am Einsatzdienst teil. 1982 trat er als Mitglied in die FF Schöneberg ein; seine niedersächsische Grundausbildung wurde ihm anerkannt. Nachdem er die Rettungsdienstausbildung abgeleistet hatte, erhielt er auch die Bestätigung für seine Gruppen- und Zugführerlehrgänge.

Bald schon war ihm die Tätigkeit der FF in den Berufsfeuerwachen vertraut, die monatlich zehn Pflichtstunden Einsatzdienst und sechs Stunden Übungsdienst durchführen. Die vielen Einsätze, die nacheinander während des Dienstes anfielen, beeindruckten den 23-Jährigen.

Sein Missfallen äußerte er darüber, wie ein Teil der Berufsfeuerwehr die Freiwillige Feuerwehr einschätzte: „Wir waren die „Löschpatschenträ-

ger“, sie sahen uns teilweise als Hiwis ohne eigene Kenntnisse. Die Leute wurden einfach disqualifiziert“.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ereigneten sich Straßenschlachten und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Die Feuerwehr blieb anfänglich unbehelligt, verlor dann aber ihren Sonderstatus. Plötzlich hieß es: „Du bist Diener des Staates, dich hauen wir auch! Hier haben Wut und Haß eindeutig Grenzen überschritten“.

Schutzlos

Zwei Jahre lang führte der Vater dreier Kinder die FF Schöneberg als Wehrleiter. Schon zu dieser Zeit bemängelte er die Verschlechterungen bei der Aus- und Fortbildung der Freiwilligen Feuerwehren. Er war schließlich nicht mehr bereit, die Verantwortung zu tragen, „dass diese Wehr einsatzbereit ist, um Menschenleben zu retten“. Ihm war klar, dass „zwar alles läuft, sich aber eigentlich keiner Gedanken über die Schwere der Einsätze, über neue Gefahren und neue Lasten macht“.

Ehrenamt – quo vadis?

Der 42-Jährige betont, dass die Freiwilligen Feuerwehren immer weniger Lobby haben, dass es ihnen an der Unterstützung der Politiker fehlt.

Fest steht, dass durch ehrenamtliche Tätigkeit kein Schaden entsteht – im Gegenteil! Dennoch haben Leute ihre Arbeit wegen Betätigung im Ehrenamt verloren. Inzwischen traut sich bald niemand mehr zu sagen, dass er sich in solch einem Bereich engagiert. Aus Angst um den Arbeitsplatz kommt in einigen Wehren fallweise nicht einmal die Hälfte der Mitglieder.

Ein anderes Beispiel sind dünn besiedelte Gebiete. Von mehr als 130 Freiwilligen Feuerwehren eines Landkreises sind tagsüber nur sieben einsatzbereit. Es gibt Überlegungen, die „Engpässe“ durch Stützpunktfeuerwehren zu beheben. Für diese neuen Feuerwehren sollen einzelne FF zusammengelegt werden. Aber faktisch und sozialpolitisch gesehen gehören sie zu ihren Orten – wird das funktionieren?

Allgemein ist zu beobachten, dass FF ohne Jugendfeuerwehren überaltern. Die Nachwuchsgewinnung wird vernachlässigt. Wer aber – auch im Sinne der Allgemeinheit – Jugendarbeit macht, der weiß, welche Hürden im Weg stehen.

Wie können Politiker es zulassen, dass die Aufwandsentschädigung für Freiwillige Feuerwehrleute in die Kategorie „Zweites Einkommen und damit steuerpflichtig“ geschoben wird? Der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern wäre jeden Tag vorzurechnen, was es kostete, wenn niemand willens wäre, sich an 365 Tagen je 24 Stunden darauf vorzubereiten und bereitzuhalten, dass andere seine Hilfe benötigen. Ungeachtet dessen, was jeder Ehrenamtliche im Falle des Alarms an Risiko für sich und seine Familie auf sich nimmt!

Das Szenario „Stell dir vor, es brennt und keiner kommt!“ ist für Delmenhorst nicht mehr abwegig: „Wir nähern uns diesem Stand!“ Trotz allem gehört er zu denjenigen, die weitermachen. Bei der Überarbeitung der Geschäftsanweisung FF der Berliner Feuerwehr gelang es nicht nur, den FF bei der Berufsfeuerwehr einen anderen Stellenwert zu geben. Auch die Senatsverwaltung für Inneres als übergeordnete Behörde gewann ein neues Bild der Freiwilligen.

Nichts gelernt?

Dem Ingenieur, der Sachverhalte unvoreingenommen kommentiert, ist durchaus bewusst, dass das Zusammenwachsen der beiden Berliner Feuerwehren kein problemloses Unterfangen darstellte. Doch seine Bilanz der im Jahr 1990 eingeleiteten Vereinigung spricht eine deutliche Sprache: „40 Jahre stand die Mauer, eine drei Meter hohe Mauer. Heute habe ich das Gefühl, wir haben mittlerweile einen 12 m tiefen Graben, der bisher jedes Jahr einen Meter liefer wurde“. Die Einheiten im Ostteil der Stadt, die dem Rat des Stadtbezirkes unterstanden, waren selbständig aktiv. Ihre Änderung in einen Teil der größten Feuerwehrbehörde Deutschlands und damit einer nicht bekannten Bürokratie ist noch nicht an allen Stellen geglückt. Zudem eine Neuerung, die viel Idealismus zerstört hat.

Wie negativ dies ist, so der Direktionsbeauftragte, der für 22 Freiwillige Feuerwehren in der Direktion Süd zuständig ist, müsste die Berufsfeuerwehr eigentlich erkennen. Eindringlich appelliert er, die Chance zu nutzen und zu prüfen, welches Potential mit den Freiwilligen zur Verfügung steht. Kenntnisse, die in bestimmten Situationen sicherlich genutzt werden könnten, um beispielsweise Engpässe innerhalb einer Berufsfeuerwehr auszugleichen. Erkannte Schwachstellen bei der Freiwilligen Feuerwehr sind nicht als Faktum hinzunehmen. Nach einer Analyse ist vielmehr eine positive Veränderung herbeizuführen.

Gegen Windmühlenflügel

Die Frage nach dem Sinn seines Engagements für die Freiwillige Feuerwehr stellt sich Delmenhorst immer wieder. Den sehr mühevollen Kampf aufzugeben, steht für ihn dennoch außer Frage. Etwas ironisch fasst er zusammen: „Ich habe „Freude“ daran, den Leuten zu demonstrieren, zu sagen, dass sie „Dinge“ wie den ehrenamtlichen Einsatz, die Mitarbeit, Motivation jedes Einzelnen innerhalb von Sekunden zerstören. „Sachen“, deren Aufbau jahrelang gedauert hat und sehr kostenaufwändig gewesen ist: Die Zerschlagung der Ehrenamtlichkeit widerspricht für mich dem geleisteten Amtseid!“

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Neues Gewebe für fluoreszierende Schutzkleitung

Die französische Firma Kermel, einer der führenden europäischen Hersteller von Me-

ta-Aramid-Fasern für Hitze- und Feuerschutzkleidung, hat ein neues fluoreszierendes, auffällig sichtbares und dauerhaft feuerbeständiges Gewebe auf den Markt gebracht.

Von Geweben für Schutzkleidung werden nicht nur Feuerschutzeigenschaften, sondern meist auch sehr gute Erkennbarkeit erwartet. Entsprechende Anforderungen sind in der europäischen Norm EN 471 festgelegt, in der auch fluoreszierende Farben inden Tönen Gelb, Orange und Rot charakterisiert sind.

Das neue Gewebe vereint nun die dauerhafte Feuerbeständigkeit der Kermel®-Fasern mit der deutlichen Sichtbarkeit anderer Fasern und erfüllt die Normen EN 531 und EN 471.

Besonders geeignet ist das Gewebe für die Schutzkleidung von Feuerwehrleuten, Rettungskräften, Polizisten, Angehörigen des Seenotrettungsdienstes und anderen Interventionskräften, die unter schwierigen klimatischen Bedingungen, nachts oder/und unter Feuer- und Explosionsgefahr zum Einsatz kommen.

Kermel Deutschland
Nikolaist. 14;
34431 Obermarsberg

Neue Unimog

Völlige Neuentwicklungen sind nach Angaben des Herstellers DaimlerChrysler AG die hochgeländegängigen Unimog-Baureihen U 3000, U 4000 und U 5000.

Die speziell für schwierige Einsätze im Gelände konzipierten Fahrzeuge werden ab Herbst 2002 am Produktionsstandort Wörth vom Band laufen und die noch bis Jahresmitte in Gaggenau produzierten U 1550 L, U 2150 L und U 2450 L ersetzen.

Maßstäbe in puncto Geländegängigkeit wollen die neuen Unimog setzen.

(Foto: DaimlerChrysler AG)

Wegen der überragenden Geländegängigkeit sieht der Hersteller die Haupteinsatzgebiete bei der Feuerwehr –vor allem bei der Waldbrandbekämpfung– ,im Katastrophenschutz, als Basisfahrgestelle für Expeditionsfahrzeuge, in nicht-zivilen Anwendungsbereichen und bei Service- und-Wartungsarbeiten an schwer zugänglichen Stellen.

Die hohe Verwindungsfähigkeit ist auf einen flexiblen Leiterrahmen aus zwei U-Längsträgern mit geschweißten Rohrquerträgern zurückzuführen. Portalachsen vorne und hinten mit Differentialsperren, Radvorgelegen, Querlenker, Schubrohr, Schraubenfedern, Teleskop-Stoßdämpfern sowie Stabilisatoren vorne und hinten sind Standart. Die Baureihen verfügen über schadstoffarme Euro-3-Motoren im Leistungsbereich von 110 bis 160 kW. Das Getriebe mit der elektronisch pneumatischen Schaltung, pneumatisch zuschaltbarem Allradantrieb und integriertem Verteilergetriebe bietet acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge. Pneumatisch-hydraulisch operierende Zweikreis-Scheibenbremsen an allen vier Rädern und ein abschaltbares 4-Kanal-ABS sind serienmäßig.

Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

Bitte im Fensterbriefumschlag absenden oder per Fax übermitteln: 01888-358-5808

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Dienststelle/Firma _____ Funktion im ZS/KatS _____

Tel.nr. für Rückfragen _____

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Katastrophenschutzrecht

❒ Bestellnummer 2/02/96

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Regelung der Zuständigkeit nach dem Wassersicherstellungsgesetz (SächsWasSiG-ZuVO) vom 18. Februar 2002
In: Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 4 vom 12.3.2002, S. 87

❒ Bestellnummer 1/02/83

Verordnung über den Katastrophenschutzdienst (KatSD-VO) vom 20. Dezember 2001. - Druckfehlerberichtigung im GVBl. Berlin 58 (2002), 2, S. 16
In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1 vom 17.1.2002, S. 1-8

❒ Bestellnummer 2/02/127

Hilfe für den Nachbarn: bei grenzüberschreitenden Einsätzen zur Tschechischen Republik gibt es konkrete Regeln und Vereinbarungen: 1. Bei Katastrophen und schweren Unglücksfällenden Einsatz, insbesondere den Ersatz der Einsatzkosten und den Schadenersatz; 2. Bei Schadenereignissen, die weder eine Katastrophe noch ein schwerer Unfall sind, kommt es auf den Versicherungsschutz an.
In: Brandwacht. 57 (2002), 2, S. 65 - 66

❒ Bestellnummer 2/02/54

Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz (NKatSG) in der Fassung vom 14. Februar 2002
In: Gesetz- und Verordnungsblatt Niedersachsen 8 vom 22.2.2002, S. 73-79

Zivilschutz

❒ Bestellnummer 2/02/100

Alarmierungsmöglichkeiten der Bevölkerung im Falle einer Großschadenslage (Verteidigungsfall, Katastrophe etc.): [schriftliche Frage des Abgeordneten Thomas Rachel (CDU/CSU) und Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMI Fritz Rudolf Körper vom 08.02.2002]
In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Drucksache 14/8204 v. 8.2.2002, S. 13-15

❒ Bestellnummer 2/02/118

Geier, Wolfram
Zivilschutz im Wandel: Herausforderungen, Probleme und Lösungen im 21. Jahrhundert. - Vortrag beim Johanniter-Forum „Der Bedrohung begegnen - Zivilschutz: Alibi

oder Notwendigkeit?“ am 10.12.2001 in Berlin; gekürzte Fassung
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 8-12

❒ Bestellnummer 2/02/31

Scholl, Holger
Maßnahmen noch immer nicht ausreichend! Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland
In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 1, S. 22 - 24

❒ Bestellnummer 2/02/117

Lüder, Sascha Rolf
Der Bedrohung begegnen
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 5-8

❒ Bestellnummer 2/02/124

Glass, Winfried
„Es tut sich was“ Zivilschutz/Katastrophenschutz
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 30-31

Katastrophenschutz

❒ Bestellnummer 2/02/60

Hessen / Ministerium des Innern und für Sport
Landesregierung stärkt Katastrophenschutz: zehn neue Hochwasserboote
In: Florian Hessen (2002), 3, S. 22 - 23

❒ Bestellnummer 2/02/43

Cimolino, Ulrich
Erfahrungen bei Großschadensfällen: Probleme und Lösungen
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2002), 3, S. 167-171

❒ Bestellnummer 2/02/129

Anzahl der DRK-Einsätze rapide zugenommen: beim Katastrophenschutz fehlen Bundes- und Landesgelder
In: Idee und Tat (2002), 2, S. 3

❒ Bestellnummer 2/02/15

Europäische Union: Entscheidung für die Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzeinsätzen verabschiedet
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2002), 2, S. 106-111

❒ Bestellnummer 2/02/110

Bayern / Staatsministerium des Innern
Katastrophenschutz: Beschaffungs- und Förderprogramme
In: Feuerwehrfachzeitschrift: FFZ (2002), 4, S. 250

❒ Bestellnummer 2/02/73

Weber, Florian
„Man kann das weiße Zeug nicht mehr sehen!“ : Schneechaos in Deutschland
In: Technisches Hilfswerk : die Bundeszeitschrift (2002), 1, S. 5 - 6

❒ Bestellnummer 2/02/44

Nordrhein-Westfalen: CDU-Fraktion fordert Verbesserungen im Brand- und Katastrophenschutz
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2002), 3, S. 174 - 175

❒ Bestellnummer 2/02/122

Scheid, Patrick
Zivil-militärische Kooperation im tropenmedizinisch-infektiologischen Schwerpunkt Koblenz
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 25 - 27

❒ Bestellnummer 2/02/118

Geier, Wolfram
Zivilschutz im Wandel: Herausforderungen, Probleme und Lösungen im 21. Jahrhundert / Wolfram Geier. - Vortrag beim Johanniter-Forum „Der Bedrohung begegnen - Zivilschutz: Alibi oder Notwendigkeit?“ am 10.12.2001 in Berlin; gekürzte Fassung
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 8 - 12

❒ Bestellnummer 2/02/20

Erstattungskostensätze 2002 einschließlich Betriebsstoff, ohne Kosten für Besatzung, Start-, Lande- und Hafengebühren: Hilfeleistungen der Bundeswehr im Frieden; Änderung
In: VMBl. 3 vom 6.2.2002, S. 100-103

Medizin, Rettungsdienst

❒ Bestellnummer 2/02/32

Schauwecker, H.H.; Scheuermann, A.
Entscheidungen im Drei-Minuten-Takt: Triage-Kurs in Radeberg
In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 1, S. 35 - 37

❒ Bestellnummer 2/02/131

Sicherheitstechnische Anforderungen bei der Milzbranddiagnostik: Beschluss 604 des Ausschusses für Biologische Arbeitsstoffe (ABAS); Ausgabe: April 2002 / Bek. des BMA vom 1. März 2002
In: Bundesarbeitsblatt (2002), 4, S. 139 - 140

Neue Aufsätze und Vorschriften

❒ Bestellnummer 2/02/120

Kersten, Rainer
Infektionstransporte nach dem Einsatz von B-Kampfstoffen: eine Herausforderung für den Sanitätsdienst im Katastrophenschutz
In: Notfallvorsorge 33 (2002), 1, S. 18 - 21

❒ Bestellnummer 2/02/34

Bartels, Friedhelm
Katastrophenmedizin: „eine neue Situation erfordert ein schnelles Umdenken“ / [Interview mit] Friedhelm Bartels
In: Rettungsdienst 25 (2002), 3, S. 34 - 37

❒ Bestellnummer 2/02/130

Moderne Katastrophen — Herausforderung für die Notfallmedizin: Kongressbericht / Karl Wilhelm [u.a.]
In: Notfallmedizin 28 (2002), 3, S. 150 - 153

❒ Bestellnummer 2/02/63

Notfalldepots aufgestockt: Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz
In: Rotes Kreuz (2002), 2, S. 4

❒ Bestellnummer 2/02/99

Lange, Sebastian
Pilotprojekt Ärztlicher Leiter Rettungsdienst: Erfahrungen aus Sicht eines Rettungsdienstes
In: Leben retten 28 (2002), 1, S. 40 - 44

❒ Bestellnummer 2/02/28

Poguntke, Peter
Über den Umgang mit den Medien: keine Angst mehr vor Notizblock, Tonband und Kamera
In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 1, S. 10 - 13

Technik, Feuerwehrwesen

❒ Bestellnummer 2/02/37

Beschaffung nach EU-Regeln: Vielfalt des europaweiten Handels mit Feuerwehrfahrzeugen und Geräten erschwert Überblick; harmonisierte Normen sind Voraussetzung; Tipps des Bundesverbandes der Unfallkassen
In: Brandwacht 57 (2002), 1, S. 8

❒ Bestellnummer 2/02/39

Digitales Funksystem für BOS: neue Technik bringt den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) weit reichende Vorteile; Kommunikation über Verwaltungsgrenzen
In: Brandwacht 57 (2001), 1, S. 26 - 27

❒ Bestellnummer 2/02/9

Schulz, Wolfgang
Großübung am Bahntunnel Idstein
In: Florian Hessen (2002), 2, S. 26 - 27

❒ Bestellnummer 2/02/105

Vries, Sebastian L.
Hamburg-Harburg: Gasexplosion, Anzengruberstraße 10
In: Brandschutz 56 (2002), 3, S. 287 - 294

❒ Bestellnummer 2/02/75

Schumacher, Stefan
Dritte Serie GKW I jetzt mit Magirus-Koffer: eine dritte Bauserie der neuen Gerätekraftwagen GKW I ist Ende vergangenen Jahres in 29 Exemplaren ausgeliefert worden
In: Technisches Hilfswerk : die Bundeszeitschrift (2002), 1, S. 24 - 25

❒ Bestellnummer 2/02/92

Pilz, Norbert
Radioaktivität und Strahlenschutz: neue Themen für die Trinkwasserversorgung
In: gwf Wasser, Abwasser 143 (2002), S 13, S. 35 - 38

❒ Bestellnummer 2/02/58

Welches Fahrzeug soll genormt werden?: AFKzV-Projektgruppe untersucht die Normung von Feuerwehrfahrzeugen
In: Brandschutz 56 (2002), 2, S. 197 - 204

❒ Bestellnummer 2/02/119

Gabler, Wolfgang; Ungerer, Markus
Wie die Feuerwehr die Folgen eines Terroranschlags bekämpfen kann
In: Notfallvorsorge 33 (2002),1, S. 12 - 15

Achtung!

Die neue E-Mail-Adresse der Fachinformationsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz lautet:

FachinfoZS@bva.bund.de

AUS DEN ORGANISATIONEN

ARBEITER-
SAMARITER-BUND

DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT

DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND

DEUTSCHES
ROTES KREUZ

JOHANNITER-
UNFALL-HILFE

MALTESER-
HILFSDIENST

VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELFER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)

TECHNISCHES
HILFSWERK

Minen behindern die Rückkehr von Flüchtlingen in Kroatien

ASB hilft durch Minenbeseitigung

Bis heute gehört Kroatien zu den zehn am stärksten mit Minen verseuchten Ländern der Erde. Während des Krieges wurden mehr als eine Million Minen verlegt, wie die Kroatische Minenbehörde (Croation-Mine-Action-Center - CROMAC) schätzt. Viele dieser Minen sind bis heute nicht beseitigt und stellen eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung dar.

Seit 1996 engagiert sich der Arbeiter-Samariter-Bund für die Rückkehr von Flüchtlingen und den Wiederaufbau in den ehemaligen Kriegsgebieten Kroatiens. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die Beseitigung von Minen gelegt. Unter der Ägide des ASB wurden bisher mehr als 1,6 Millionen Quadratmeter von Minen gesäubert.

Wenn man über die weite Ebene der kroatischen Donauregion blickt, sieht man kaum Menschen auf den Feldern arbeiten. Auf vielen Äckern liegen noch Minen und es ist viel zu gefährlich, das Land zu bestellen. Vor dem Krieg nannte man die Region den „Brotkorb Jugoslawiens“: Mais, Weizen und Zuckerrüben so weit das Auge reichte. Heute wächst auf den weiten Feldern meist nur meterhohes Gestrüpp.

Auch fast sieben Jahre nach Ende des Krieges kommt es immer wieder zu tragischen Unfällen mit Minen: Es traf Bauern, die ihre alten Felder wieder bestellen wollten, Frauen, die im Wald nach Pilzen oder Beeren suchten und Kinder, die einfach nur im Freien spielten. Zwischen 1991 und 2001 zählte CROMAC 360 Minenunfälle mit insgesamt 419 Toten und 1.416 Verletzten. In Kroatien ist schätzungsweise eine Fläche von 1.700 Quadratkilometern mit über einer Million Minen verseucht. Dabei geht nicht nur von Panzerminen, Tretminen

Die Minenraupe ist ein Kettenfahrzeug, das ferngesteuert über vermintes Gelände fährt und mit den vorne an der Walze montierten Ketten Minen zur Explosion bringt.

und versteckten Sprengfallen unmittelbare Gefahr aus. Die im Krieg verwendete Munition wurde teilweise in den 50er-Jahren hergestellt.

Man vermutet, dass beim Einsatz von Mörsergranaten nur die Hälfte sofort detonierten. Jahre später reicht oft eine Berührung aus, um die Granaten zu aktivieren.

Oft werden Panzerminen mit Antipersonenminen abgesichert. Daher wird der Bereich um sie herum vorsichtig auf kleinere Minen untersucht.

Minenräumung als einzige Möglichkeit, die Gefahr zu bannen

Um dieser Gefahr zu begegnen, sind in ganz Kroatien Minenräumer dabei, die Minen zu beseitigen. Spezialisten kommt die schwierige Aufgabe zu, die Mine genau zu lokalisieren und dann vorsichtig den Zünder zu entfernen. Oft sind die Zünder durch Korrosion, Feuchtigkeit oder das Abflämmen der Felder nämlich noch sensibler geworden: Eine vorschnelle Bewegung oder eine Drehung in die falsche Richtung kann tödlich sein. Die Räumung von Blindgängern ist besonders gefährlich, da sie unberechenbar sind. Oft bleibt nur die Möglichkeit, die Granaten direkt vor Ort mit Sprengstoff zu versehen und aus sicherem Abstand zur Explosion zu bringen.

Aufgabe der Hundeführer im Säuberungstrupp ist es, in vorher genau festgelegten Planquadraten ihre Spürhunde zu führen. Viele Minen, aber auch unexplodierte Munition, haben die speziell ausgebildeten Hunde schon gefunden. Lediglich bei starkem Wind oder in hohem Gras oder Gestrüpp ist die Suche mit ihnen zu unsicher. Die Spürhunde werden in der Regel erst in einem zweiten Schritt eingesetzt.

Wenn möglich, wird ein verdächtiges Gebiet mit einer so genannten Minenraupe abgefahren. Dieses Kettengefährt in der Größe eines Kleinwagens ist vorne mit einer rotierenden Welle ausgestattet, an der sich lange Ketten befinden, die permanent auf den Boden schlagen. Das Gerät wird über eine Fernsteuerung bedient, der Fahrer des Gefährts steht in sicherer Entfernung. Trifft eine der Ketten eine Mine, wird diese in den meisten Fällen zur Explosion gebracht.

Oft ist ein Einsatz des mechanischen Räumfahrzeugs nicht möglich, etwa bei der Entminung von zerstörten Wohnhäusern, Schulen oder Fabriken. Auch Metalldetektoren können dort nur begrenzt eingesetzt werden, wenn unzählige Patronenhülsen und Granatsplitter im Boden sind. Da bleibt oft nur die Suche mit Hunden oder mit Suchnadeln.

Dabei wird der Boden zentimeterweise mit einer antimagnetischen Nadel abgesucht – eine langwierige Methode. Ein Entminer schafft, abhängig vom Verminungsgrad des Geländes, manchmal nur zehn bis 20 Quadratmeter pro Tag.

Internationale Richtlinien und Kontrollen

Die Kriterien und Methoden, nach denen die verminten Gebiete untersucht werden, sind von der kroatischen Entminungsungsbehörde (CROMAC) mit Unterstützung der Vereinten Nationen nach internationalen Richtlinien für jedes Räumkommando und einheitlich für ganz Kroatien festgelegt worden. Die Aufgabe der CROMAC und ihrer Mitarbeiter besteht darin, die Einhaltung dieser Richtlinien zu überwachen. Jedes geräumte Gebiet wird von der kroatischen Minenbehörde nochmals kontrolliert und erhält erst danach die Freigabe. Denn nur dann ist sichergestellt, dass für den Aufbau von Wohnhäusern und deren zukünftige Bewohner keine Gefahr besteht.

Um diese Aufgabe zu lösen, arbeitet der ASB sehr eng mit der kroatischen Minenräumungsbehörde zusammen. Die ASB-Mitarbeiter in Kroatien identifizieren gemeinsam mit der CROMAC-Mitarbeitern die Gebiete, die überprüft werden sollen und koordinieren dann die Säuberung des Geländes.

Die sichere Identifikation veseuchter Gebiete stellt oft ein Problem dar: Zwar wurden während des Krieges Minenkarten erstellt, aber viele dieser Karten sind ungenau und paramilitärische Einheiten haben Minen ohne Angabe von Ort und Lage verlegt. Um dennoch die Lage der Minen und die Gebiete mit Minenfeldern ausfindig zu machen, recherchiert der ASB vor Ort: In Gesprächen mit der Bevölkerung wird versucht, die ungefähre Lage der Minen herauszufinden.

Neben dem Räumen von Minen ist auch die Aufklärung der Menschen über die Gefahren, die von Minen und Blindgängern ausgehen, ein wichtiger Aspekt der Arbeit des ASB. Besonders in Schulen und Kindergärten wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz intensiv auf Verhaltensregeln und Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen.

Erste Erfolge und weitere Projekte

Der ASB hat im Auftrag der EU und der deutschen Bundesregierung dafür Sorge getragen, dass bisher über 1,6 Millionen Quadratmeter von Minen befreit wurden. Es wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis Kroatien minenfrei ist, aber ein Anfang ist gemacht. In vielen Dörfern, die zum Aufbauprogramm von ASB und EU gehören, geht das Leben schon fast wieder seinen normalen und sicheren Gang. In neu errichteten Häusern wohnen ehemalige Flüchtlinge, viele sind damit beschäftigt, wieder Gemüse anzupflanzen, und auf den Bolzplätzen sieht man Kinder sorglos einem Ball hinterherjagen.

Für dieses Jahr sind weitere Projekte geplant: Innerhalb des Stabilitätspaktes für Südosteuropa hat die Deutsche Bundesregierung dem ASB 800.000 Euro für die Beseitigung von Minen in Kroatien zur Verfügung gestellt. Damit können 380.000 Quadratmeter in verschiedenen Regionen Kroatiens von Minen gesäubert werden.

Axel Rottländer

Vor der Sprengung werden die entschärften Minen an einem Sammelplatz aufbewahrt. Rote Trassierbänder und Dreiecke warnen vor der Gefahr.

(Fotos: Wolfgang Gressmann)

DLRG Bilanz 2001

Schöner Sommer ließ Ertrinkungszahlen deutlich steigen

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland mindestens 520 Menschen ertrunken. Gegenüber dem Jahr 2000 starben somit 91 Menschen mehr; ein Anstieg von 21,2 Prozent. Diese Zahlen gab die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in Hannover bekannt. „Der schöne Sommer hatte auch seine Schattenseiten“, kommentierte ihr Präsident, Dr. Klaus Wilkens, die negative Entwicklung. Nach Angaben der Wasserrettungsorganisation ertranken allein 253 Personen in den Monaten Juni bis August. Nahezu jeder zweite tödliche Unfall (48,7%) geschah damit in der schönsten Jahreszeit.

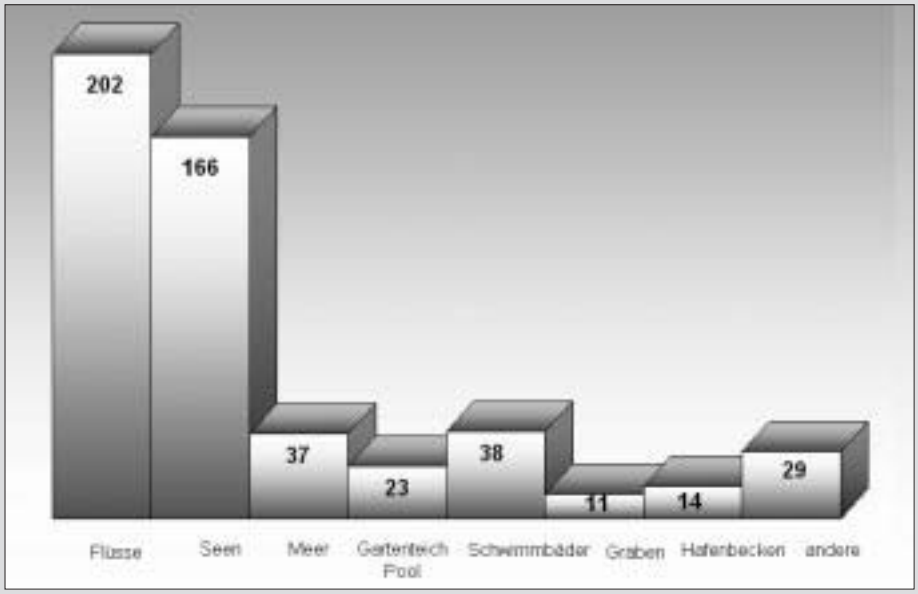
„Es zahlt sich aus, dass in fast allen Badeorten an der Küste unsere Rettungsschwimmer für mehr Sicherheit im und am Wasser sorgen. Unser Konzept des Zentralen Wasserrettungsdienstes hat sich selbst bei dem großen Ansturm von Badegästen und Wassersportlern in der Hauptsaison bewährt“, begründete der DLRG-Präsident die geringere Zahl von Todesfällen in Nord- und Ostsee. „Damit wird aber auch deutlich, dass die öffentliche Hand gefordert ist, Regelungen für eine verbindliche Absicherung der Binnengewässer zu treffen. Die DLRG steht selbstverständlich auch hier als Partner bereit.“

fahren, die von einem kleinen Gartenteich ausgehen oder vernachlässigten ihre Aufsichtspflicht. Wilkens empfahl die Einrichtung kommunaler Aktionsgemeinschaften, „die sich sowohl mit einem sicheren Schulweg als auch mit der Sicherheit im und am Wasser befassen“.

Die Jüngsten sind besonders vom Ertrinken bedroht

Besonders betroffen von Ertrinkungsunfällen ist die Altersklasse der Vorschulkinder bis zu fünf Jahren. 45 Jungen und Mädchen starben, bevor sie das Schwimmen gelernt haben, so die DLRG-Statistik. Darüber hinaus ertranken 26 Kinder im Grundschulalter. Jedes siebte Opfer sei ein Kind bis zu zehn Jahren.

Das Ertrinken rangiere in dieser Altersklasse hinter den Verkehrsunfällen an zweiter Stelle. Vor zwei Jahren habe die DLRG gemeinsam mit NIVEA eine bundesweite Aufklä-



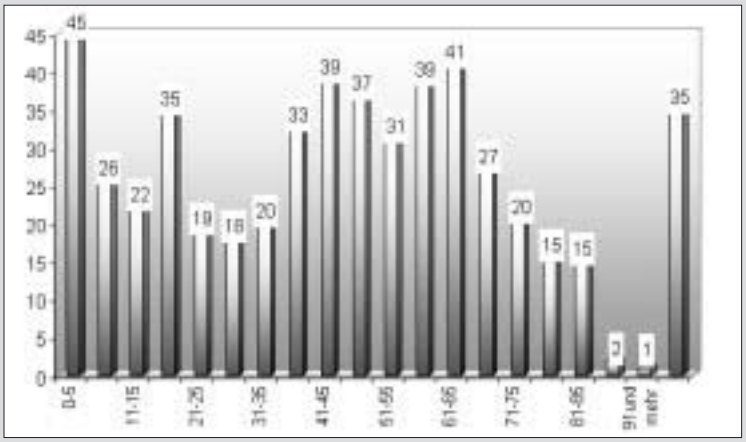
Die meisten Unfälle ereigneten sich an unbewachten Binnengewässern.

Binnengewässer sind Unfallort Nummer eins

393 Todesfälle ereigneten sich an unbewachten Binnengewässern, 202 Personen ertranken in Flüssen und 166 in Seen, so die DLRG-Statistik. An den Küsten von Nord- und Ostsee starben mit 37 Menschen deutlich weniger.

Als bedenklich bezeichnete Wilkens die 61 Ertrinkungsfälle, die sich in privaten Swimmingpools und Gartenteichen (23) sowie in Schwimmbädern (38) ereignet hätten. Unter den Opfern, die im direkten heimischen Umfeld ertranken, seien viele Kinder im Vor- und Grundschulalter. Allzu oft unterschätzten Eltern die Ge-

rungskampagne ins Leben gerufen, um in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen über Gefahren im und am Wasser zu informieren und für eine frühzeitige Wassergewöhnung und Schwimmausbildung zu werben. In allen Bereichen – der vorbeugenden Aufklärung wie der Absicherung von Gefahrenquellen – seien noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die DLRG habe sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der tödlichen Wasserunfälle bis zum Jahr 2020 zu halbieren.

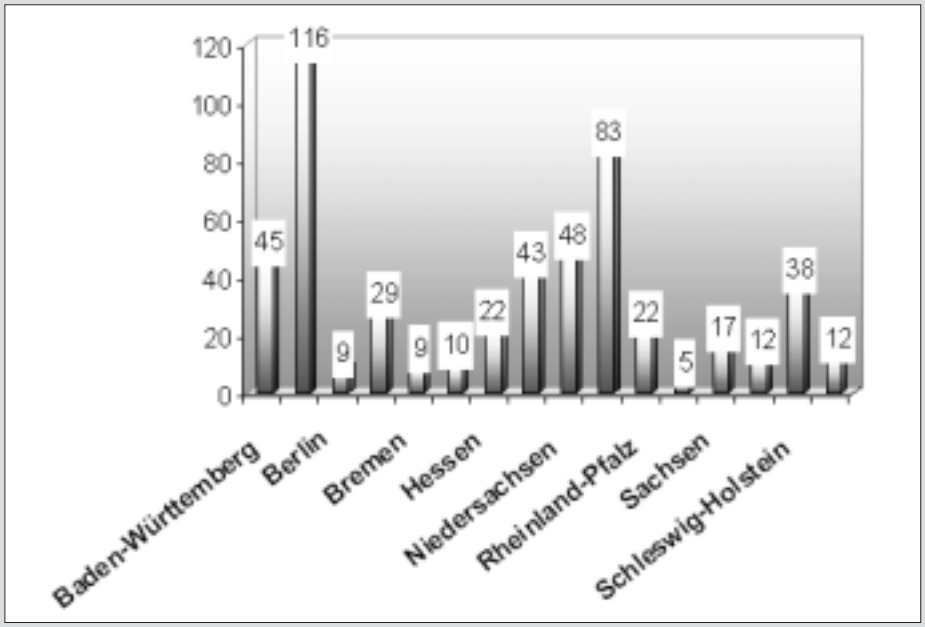


Jedes siebente Opfer war ein Kind im Alter bis zu zehn Jahren.

Die meisten Menschen seien im vergangenen Jahr erneut in Bayern ertrunken. 116 Menschen verloren in bayerischen Gewässern ihr Leben, das sind 22,3 Prozent aller registrierten Wasserunfälle. 83 Personen starben nach Angaben der DLRG in Nordrhein-Westfalen. In dem bevölkerungsreichsten Bundesland sei die Zahl der Ertrinkungsfälle gegenüber dem Jahr 2000 um 118 Prozent gestiegen. Auf Rang drei rangiere bei den absoluten Zahlen Niedersachsen mit 48 Opfern, gefolgt von Baden Württemberg (45) und Mecklenburg-Vorpommern mit 43 Ertrinkungstoten. Gemessen an den Einwohnerzahlen der Bundesländer (100000er Wert) ergibt sich für Bayern ein Wert von 0,95, für Nordrhein-Westfalen 0,46, für Niedersachsen 0,61, Baden-Württemberg 0,43 und Mecklenburg-Vorpommern, bei nur 1,8 Millionen Einwohnern, ein Wert von 2,39 und damit die schlechteste Bilanz. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 0,63.

Ertrinken nach Bundesländern.

(Graphiken: DLRG)



Positive Entwicklung in den ostdeutschen Ländern

Eine verhalten positive Entwicklung zeichne sich in den fünf neuen Bundesländern ab, wo 113 Personen ums Leben kamen. Der Anstieg in den neuen Ländern falle gegenüber 21,2 Prozent für die Bundesrepublik Deutschland niedriger aus. Es sei erfreulich, so der DLRG-Präsident, dass sich nicht zuletzt auf Grund der erfolgreichen Arbeit der Wasserrettungsorganisation, trotz nach wie vor schlechter Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern der Anteil der Ertrinkungsfälle von 23,1 auf 21,7 Prozent verringert habe. Allerdings warnte er angesichts der absoluten Zahlen vor allzu großer Euphorie. Wilkens: „Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung.“

Im Fokus der Feuerwehr: Aufklärung vor Brandgefahren

Rund 600 Menschen sterben in Deutschland jährlich bei Bränden. Seit Jahren engagiert sich der Deutsche Feuerwehrverband (DFV), wie viele seiner Mitgliedsverbände und Feuerwehren, in der Aufklärung der Bevölkerung vor Brandgefahren. Der DFV kooperiert auf diesem Feld unter anderem mit der Initiative „Rauchmelder retten Leben“ und dem Referat 12 der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Mit der vfdb lädt er die interessierte Fachöffentlichkeit am 8. und 9. November 2002 zum „Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung nach Hannover ein.“

DFV unterstützt „Brandschutz ist Lebensschutz“

Neu ist die Unterstützung des DFV für die Aktion „Brandschutz ist Lebensschutz“ des Deutschen Grünen Kreuzes. Für die Brandschutzerzieher in den Feuerwehren bietet „Brandschutz ist Lebensschutz“ eine breite Palette von Aufklärungsmaterial für die Arbeit vor Ort an. „Mit dem Deutschen Grünen Kreuz verbinden uns gemeinsame Interessen: Die Aufklärung der Bevölkerung, um Gefahren zu verringern und richtiges Verhalten für den Notfall aufzuzeigen. Aus diesem Grundverständnis seiner Arbeit heraus unterstützt der Deutsche Feuerwehrverband das Deutsche Grüne Kreuz“, sagt DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann, für die Brandschutzaufklärung verantwortliches Vorstandsmitglied.

Rauchmelder — wichtiger Helfer für mehr Sicherheit

Zentraler Punkt im Bereich der Brandschutzaufklärung bleibt das Werben für Rauchmelder in Privathaushalten. „Der DFV fordert schon seit Jahren, dass der Rauchmelder Pflicht wird. Wir sprechen uns gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft für die Einführung des Rauchmelders in allen Bauordnungen aus — zum Retten von Menschenleben, als Mittel der Früherkennung und der Schadensabwehr“, erklärte DFV-Präsident Gerald Schäuble erst Anfang des Jahres, als eine Reihe schwerer Wohnungsbrände zu zahlreichen Todesopfern führte. Der DFV nutzte das entsprechende Medienecho, um für mehr Akzeptanz von Rauchmeldern in der Bevölkerung zu werben. Durch die Initiative „Rauchmelder retten Leben“ und neu mit der Aktion „Brandschutz ist Lebensschutz“ kann er den Fachkräften in den Wehren dazu eine Reihe von Informationsmedien für verschiedene Zielgruppen vermitteln.

„Forum Brandschutzerziehung“ in Hannover

Darüber hinaus wird der ganzheitlichen Sicherheitserziehung von Kindern ein hoher Stellenwert zukommen. Dies ist eines der Anliegen des DFV-Partners Deutsches Grünes Kreuz, aber es wird auch eines der Themen beim „Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung“ Anfang November in Hannover sein.

Rund 300 Fachleute aus ganz Deutschland hatten im vergangenen Jahr an einem gemeinsamen Workshop von DFV und vfdb in Karlsruhe teilgenommen – deutlich mehr als erwartet. Mit dieser Resonanz in der Fachöffentlichkeit rechnen die Veranstalter auch in diesem Jahr. Partner sind der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen, die Feuerwehr Hannover und die Versicherungsgruppe Hannover VGH.

Dr. Volker Meyer (vfdb) koordiniert das Programm: „Die Brandschutzerziehung und -aufklärung lebt von vielen guten Ideen, die vor Ort entwickelt werden. Unser Symposium stellt ein Forum dieser Ideen dar, die dort vorgetragen und von den Teilnehmern umgesetzt werden können.“ In diesem Jahr sollen folgende Themengruppen ins Forum einfließen:

- Übersicht der Brandschutzerziehung in den einzelnen Regionen
- Ganzheitliche Sicherheitserziehung
- Einsatz des Puppenspieles bei der Sicherheitserziehung
- Brandschutzaufklärung bei Senioren
- Brandschutzaufklärung in Verbindung mit Rauchmeldern

Interessierte Referenten sind herzlich eingeladen, sich mit einem Beitrag für die Teilnahme zu bewerben. Kontakt:

Feuerwehr Hannover
Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung
Feuerwehrstraße 1
30169 Hannover

Feuerwehr-Solidarität gewürdigt

Mit Standing ovations haben sich die 200 Leiter der größten US-Feuerwehrenwährend einer Tagung in Honolulu in Honolulu für die bespiellose Solidarität der deutschen Feuerwehren nach den Anschlägen vom 11. September bedankt – für eine Million Euro der Aktion „Hilfe für Helfer“ sowie Erholungsreisen für Einsatzkräfte und Angehörige. „Diese Reaktion zu erleben war schon sehr bewegend. Außerdem ist es erfreulich, dass die Kontakte jetzt angenommen werden, die wir in den vergangenen Monaten geknüpft haben“, sagt Landesbranddirektor Albrecht Broemme, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), der auch eine neue Einladung aus München für US-Feuerwehr-Angehörige überbrachte.

Über diese menschliche Brücke hinaus nämlich läuft der fachliche Austausch auf Hochtouren: Landesbranddirektor Broemme nahm als Referent an der „2002 Metro Chiefs Conference“ auf Hawaii teil. Der Deutsche Feuerwehrverband war außerdem als einzige europäische Organisation zu einer Antiterror-Tagung Ende April in Reston/ Virginia eingeladen. Das US-Justizministerium und die Internationale Vereinigung der Feuerwehr-Chefs (IAFC) sprachen diese Einladung für eine Expertendelegation aus. Thema des Symposiums war die Vorbereitung auf mögliche künftige Terroranschläge.

Der DFV-Vizepräsident und Leiter der Berliner Feuerwehr tauschte in Honolulu mit Amtskollegen aus den USA und Asien Erfahrungen über die Zusammenarbeit zwischen Ost und West aus. Die Tagung stand unter dem Motto „East meets West“. Auf Einladung der Metro Chiefs Conference referierte Broemme dort über die Zusammenführung und Modernisierung der Berliner Feuerwehr nach der deutschen Wiedervereinigung. In seinem vielbeachteten Vortrag erläuterte der Landesbranddirektor die unterschiedlichen Strukturen der ehemals geteilten Feuerwehr, die Auswirkungen der prekären Haushaltslage der Stadt sowie die notwendige Sicherung von Qualität und Effektivität. Auch die Aktivitäten zur Aufklärung der Bevölkerung zum Selbstschutz durch Rauchmelder und schwer entflammbare Möbel stellte Broemme vor.

Darüber hinaus informierte der DFV-Vizepräsident über die „Feuerwehrbrücke Berlin-USA“. Mit dieser Aktion werden Sommerferien in Deutschland für 150 Kinder ermöglicht, deren Väter im Feuerwehreinsatz am World Trade Center ums Leben kamen. Broemme überbrachte außerdem eine Einladung des LFV Bayern, der im Oktober 100 Familienangehörige der New Yorker Feuerwehr einlädt. Diese Angehörigen der am 11. September getöteten Feuerwehrleute sind vom LFV Bayern zu einem Urlaub in das Feuerwehr-Erholungsheim Bayerisch Gmain bei Bad Reichenhall eingeladen. Ihre Gastgeber werden sie intensiv betreuen und erstellen derzeit ein breit gefächertes Programm.

DFV fordert Schutzkleid aus einem Guss

Feuerwehrhelme kommen auf den Prüfstand

Helme die Blasen schlagen, sich verformen, ihre Träger mit dem dadurch gestrafften Kinnriemen gar würgen: Zwischenfälle in Brandschutzübungsanlagen haben zu einer regen Diskussion über die Sicherheit der Einsatzkräfte geführt. Dabei geht es auch um grundsätzliche Aspekte: „Man muss unter diesem Gesichtspunkt auch die europäische Sicherheitsphilosophie infrage stellen. Für uns ist unverzichtbar, dass das gesamte ‚Schutzkleid’ des Feuerwehrmannes aufeinander abgestimmt sein muss – das bedeutet eine Sicherheitsphilosophie aus einem Guss“, sagt Michael Riggert, Vorsitzender des Fachausschusses Sozialwesen des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV).

In diesem Sinne fordert der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) Sicherheitsstandards für Kunststoffhelme, die mit den anderen Gegenständen der persönlichen Schutzausrüstung (zum Beispiel Anzug und Atemschutzmaske) vergleichbar sind. Dazu zählen eine circa 20-minütige Belastung bei 250 Grad Celsius mit einer anschließenden mechanischen Prüfung sowie die acht Sekunden dauernde Beflammung mit 950 Grad Celsius. Diese Bedingungen werden vom DFV-Vorstand als realistisch eingestuft und beruhen auf einem Vorschlag aus dem deutschen Fachnormausschuss Feuerwehrwesen des Deutschen Instituts für Normung (DIN).

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Unfallkassen (BUK) hat der DFV deshalb reagiert: In einem Spitzengespräch vereinbarten DFV-Vizepräsident Hans-Peter Kröger und BUK-Geschäftsführer Prof. Hartmut Weber-Falkensammer, die gebräuchlichsten auf dem deutschen Markt erhältlichen Helme bei der Deutschen Montan Technologie in Essen auf den Prüfstand zu stellen. Das Ergebnis werden DFV und Unfallkassen anschließend den Feuerwehren zur Verfügung stellen.

Die Kosten für dieses Projekt wird der BUK tragen. „Eine aktive Beteiligung an diesem für die Feuerwehren so wichtigen Thema und eine zügige Information der deut-

schen Feuerwehren liegt auch im Interesse unseres Verbandes“, sagt Dr. Heinz Weiß, Leiter der „Fachgruppe Feuerwehren-Hilfeleistung“ im BUK. (www.feuerwehrunfallkasse.de)

DFV führt Gespräche mit dem Auswärtigen Amt

Auslandshilfe: Feuerwehr wird besser eingebunden

Hilfseinsätze im Ausland und die Zusammenarbeit mit dortigen Feuerwehren bekommen für die deutschen Feuerwehren zunehmende Bedeutung: Afghanistan, Chile und Rumänien sind einige der aktuellen Arbeitsfelder. Außerdem werden die deutschen Feuerwehren enger als bisher mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeiten. Dabei geht es vor allem um den Einsatz von Experten und kleineren Einheiten von Spezialkräften.

Als ein Szenario denkbar wäre in diesem Sinne zum Beispiel der Einsatz von mehreren Erkundungsfahrzeugen und Fachleuten bei einem Chemieunglück, erläutert Albrecht Broemme, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). DFV-Vizepräsident Bernd Pawelke betont: „Die deutschen Feuerwehren werden seit langem auch im Ausland bei Schadensereignissen eingesetzt und leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur humanitären Hilfe.“ Die beiden DFV-Vizepräsidenten führen die Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt in Berlin und bewerten ein erstes Gespräch als Erfolg. Pawelke: „Einsatzsituationen im Ausland sind in aller Regel nicht mit Einsätzen in Deutschland vergleichbar. Daher sind besondere Anforderungen an die Hilfe leistenden Kräfte zu stellen. Ein abgestimmtes Handeln aller Beteiligten ist erforderlich.“

Für Einsätze innerhalb der Europäischen Union gibt es seit Ende Oktober vergangenen Jahres erstmals einschlägige Regeln. Für Anforderungen aus anderen Ländern ist das Auswärtige Amt zuständig. Pawelke: „Wir haben insbesondere Ablaufverfahren der Anforderung, die Strukturierung von Meldeköpfen bei der Feuerwehr und den gegebenenfalls notwendigen Entsendungsbedarf diskutiert. Die Vorbereitung auf Auslandseinsätze sowie das Anforderungsprofil für solche Einsatzkräfte waren weitere Gesprächspunkte.“

Auslandseinsätze deutscher Feuerwehren werden organisatorisch über die Leitung des Technischen Hilfswerkes (THW) abgewickelt. Dieses verfügt über die erforderlichen Kräfte und Mittel für die Logistik solcher Einsätze und stellt sie dafür bereit – etwa für Unterbringung und Verpflegung, Wasseraufbereitung, Kommunikation und Kartographie. Pawelke: „Der Einsatz der Feuerwehrkräfte im logistischen Gesamtkonzept des THW lässt erwarten, dass Fachberater, Sonderfahrzeuge und Geräte oder auch Mannschaften mit Fahrzeugen zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden können.“ DFV-Vizepräsident Broemme ergänzt: „Ebenso ist verabredet, dass ein Feuerwehr-Angehöriger alle THW-Auslandseinsätze begleitet, bei denen entsprechender Sachverstand gefragt ist.“

Wichtig für die Feuerwehren vor Ort: Die Absprachen zwischen dem DFV und dem Auswärtigen Amt beziehen sich nicht auf Hilfseinsätze, die in der grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe sowie im Rahmen von Städtepartnerschaften und ähnlichen Beziehungen in direkter Absprache und Finanzierung erfolgen. Pawelke: „Eine entsprechende gegenseitige Information ist aber auch bei solchen Einsätzen zwingend notwendig und sicher zu stellen!“

Blick auf den Hof der Hauptfeuerwache in Kabul. **(Foto: DFV)**

Akutelle Hilfe vor Ort gibt es beim Wiederaufbau der Gefahrenabwehr in Afghanistan. Brandrat Karl-Heinz Frank (35) von der Berufsfeuerwehr Frankfurt nahm an einer rund zweiwöchigen Aufklärungsmission des THW in Kabul teil. Er war für die deutschen Feuerwehren auch schon in UN-Missionen tätig gewesen. „Die Entsendung erfolgte auf unseren Vorschlag hin; Brandrat Franks Aufgaben waren die Kontakt- und Be-

DFV-Präsident Gerald Schäuble(l.) und Landesbranddirektor Ulrich Kortt (r.) mit einem Angehörigen der Feuerwehr Santiago de Chile in der Übungsleitstelle der LFS Bruchsal. (Foto: Günter Fenchel)

standsaufnahme, damit wir praktische Hilfe beim Aufbau eines Gefahrenabwehrsystems geben können – ähnlich wie beim Feuerwehrwesen im Kosovo“, sagt DFV-Vizepräsident Broemme. „Das afghanische Innenministerium hat uns Wünsche für die künftige Ausstattung übermittelt. Es wird jetzt nötig sein, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln und die Finanzierung sicher zu stellen. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang wird das freiwillige ehrenamtliche Engagement sein, auch wenn es Freiwillige Feuerwehren in Afghanistan wohl noch nicht gegeben hat. Auch die Integration des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes in die Feuerwehr halte ich für sinnvoll.“

Kontakte in Deutschland gab es mit Feuerwehr-Führungskräften aus Chile und Rumänien. Mit einer hochrangigen staatlichen Delegation aus Rumänien sprach DFV-Präsident Gerald Schäuble am Rande eines Werksbesuches bei Iveco Magirus in Ulm über den Aufbau von Freiwilligen Feuerwehren. Schäuble: „Die dortigen Stellen sind sehr daran interessiert, ein mit Deutschland vergleichbares Gefahrenabwehrsystem aufzubauen. Sie könnten sich vorstellen, den größten Teil unserer Strukturen zu übernehmen. Es wurde eine Einladung ausgesprochen, um die rumänischen Feuerwehren hier an Ort und Stelle beraten zu können. Der Kontakt soll damit weiter ausgebaut werden.“

Eine Delegation aus Chile erhielt Unterstützung beim Aufbau einer modernen Leitstelle für die Stadt Santiago de Chile und ließ sich intensiv an der Landesfeuerwehrschule Bruchsal (Baden-Württemberg) informieren. Der DFV-Präsident will bei der Beschaffung einer leistungsfähigen Telefonanlage behilflich sein. Erste praktische Hilfe durch die Feuerwehr Ulm ist in Aussicht gestellt.

Der direkte Draht zum Digitalfunk

Haben Sie Fragen zum Digitalfunk? In Berlin sitzen kompetente Gesprächspartner für die Führungskräfte der Feuerwehren: Zusätzlich zu Branddirektor Andreas Kattge als stellvertretendem Leiter ist nun auch Brandamtsrat Michael Holleck zur Zentralstelle Digitalfunk (ZED) beim Bundesministerium des Innern abgeordnet. Holleck fungiert dort als Ansprechpartner der Länderprojektgruppen.

Zuletzt war er als Fachdozent für Rettungsdienst an der Landesfeuerwehrschule Hamburg tätig, davor in der Katastrophenschutzabteilung der Hamburger Behörde für Inneres. Holleck ist für Feuerwehr-Führungskräfte unter der Telefonnummer (01888) 6811496 und E-Mail michael.holleck@bmi.bund.de für Informationen zum Digitalfunk erreichbar.

Einen weiteren Service bietet der Deutsche Feuerwehrverband im Internet: Auf seiner Homepage www.dfv.org werden die am häufigsten ge-

Ansprechpartner der Länderprojektgruppen bei der ZED: Michael Hollek. (Foto: DFV)

stellten Fragen zum Digitalfunk beantwortet. Diese so genannte FAQ-Liste entstand in enger Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Zentralstelle Digitalfunk. Die Liste soll sukzessive aktualisiert und erweitert werden. Zu finden ist sie unter der Rubrik „Fachthemen“, Unterpunkt „Information und Kommunikation“. *sö*

Das Komplexe Hilfeleistungssystem

Noch immer erörtern die Experten die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11.09.2001 auf die "zivilisierte Welt". Eine Unmenge von Workshops, Konferenzen, Besprechungen, Tagungen, Kongressen auf allen Ebenen befasst sich mit mindestens genauso vielen Detailfragen.

Diese vielfältigen Diskussionen, die eigentlich das Ziel haben, eine Neuausrichtung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland zu beginnen, sind inzwischen an einem Punkt angekommen, an dem die lokalen, regionalen und überregionalen Erfordernisse des Bevölkerungsschutzes und der Gefahrenabwehr eigentlich weitestgehend abgestimmt sein dürften und in konkrete konzeptionelle Überlegungen einfließen sollten.

Bemerkenswert ist schon einmal, dass sich die Vorbereiter politischer Entscheidungen grundlegend verständigen konnten, die Zivilschutzaufgaben des Bundes mit den Katastrophenschutzaufgaben der Länder enger zu verzahnen (Sondersitzung des Arbeitskreises V der Ständigen Konferenz der Innenminister am 25.03.2002 – Beschluss „Für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland").

Einem „integralen Hilfeleistungssystem", im Deutschen Roten Kreuz, als „komplexes Hilfeleistungssystem" bekannt, wurde damit der Weg bereitet und ist in greifbare Nähe gerückt.

Erinnert sei an den 9. Rettungskongress des Deutschen Roten Kreuzes im Mai 1998 in Münster. Sein Motto „Rettungsdienst 2000 – Integraler Bestandteil des komplexen Hilfeleistungssystems" und die erreichten Diskussionsergebnisse haben bereits damals eindrucksvoll verdeutlicht, dass der endgültige Vollzug eines Perspektivenwechsels – weg von der individuellen Betrachtung der einzelnen Hilfeleistungselemente hin zu einem komplexen System – notwendiger denn je ist.

„Ziel ist es ..." so Dr. Günther Döhler, seinerzeit Teamleiter im DRK-Generalsekretariat, „... vor dem Hintergrund der Zunahme von Gefahren- und Katastrophenpotentialen bei dem erreichten Komplexitäts- und Independenzgrad moderner Industriegesellschaften, Schadensereignisse in ihren Folgen sicher beherrschen zu können. Zeitgemäße Strategien erfordern deshalb Denkansätze, die nicht eine Angrenzung, sondern eine Integration aller Potentiale unter aktiver Mitwirkung der Bevölkerung sicherstellen. Ein solches System soll räumlich und in Bezug auf das jeweilige Schadensszenarium funktionell flexibel, aufwuchsfähig und in seinen Managementfunktionen dynamisch gestaltet werden. Es soll daher alle geeigneten Bereiche erfassen. Von den Selbstschutzmöglichkeiten der Bürger über Behörden, Rettungs- und Gesundheitsdienste, Brandschutz, technische Spezialdienste, Privatinitiativen, Unternehmen bis hin zum organisierten Zivil- und Katastrophenschutz."

Komplexes Hilfeleistungssystem beginnt im Kopf

Sicher besteht die Notwendigkeit, die alltäglichen Probleme bei den einzelnen Elementen des Hilfeleistungssystems möglichst schnell praktikablen Lösungen zuzuführen. Viele Details bedürfen dringender Regelungen oder Umsetzungen, sei es der Ersatz des „platzhaltenden" Bundesfahrzeuges in der Betreuungsgruppe A oder das Füllen der Datenbanken der Informationszentrale des Bundes; sei es die Konfliktlösung mit Behörde B zur Verwendungsnachweisung der Selbstbewirtschaftungsmittel der Sanitätseinheit C oder die fehlende Katastrophenplanung im Krankenhaus D. Die Liste ließe sich unendlich fortsetzen und es ist Aufgabe der Behörden, Organisationen und Institutionen vor Ort, sich dieser Einzelheiten anzunehmen. Zugegeben fehlt es dafür zum Teil an einheitlichen Standards.

Eines darf jedoch bei allen Beteiligten nicht mehr aus dem Auge verloren werden: Ein Umdenken ist erforderlich!

In erster Linie muss dringend und endlich bei allen politischen Verantwortungsträgern auf Bundes-, Länder und kommunaler Ebene (und zwar ressortübergreifend), bei den Führungs- und Einsatzkräften in den Organisationen und Verbänden, egal ob Rettungsassistent, Krankenschwester oder Feldkoch, und nicht zuletzt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern das Ziel, die Komplexität sowie Sinn und Zweck des deutschen Hilfeleistungssystems verstanden werden.

Das „komplexe Hilfeleistungssystem" beginnt im Kopf und es kann nur mit Leben erfüllt werden und wirklich schlagkräftige Wirkung entfalten, wenn jeder seine eigene Aufgabe immer im Zusammenhang mit der Komplexität des Systems sieht und sie

in dieses System wahrhaftig integriert. Persönliche oder institutionelle Einzelinteressen haben in dieser Diskussion keinen Platz.

Maßgeblich für den systemisch-integralen Aufbau der Hilfeleistung ist zunächst die Definition eines politischen Schutzziels, aus dem die Kriterien für die Gefahrenabwehrplanungen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene (Stufenmodell) abzuleiten sind. Die alles entscheidende Frage für den Aufbau eines „komplexen Hilfeleistungssystems" lautet also: Wie viel Schutz und Hilfeleistung kann und will sich die Bundesrepublik Deutschland, respektive auch Europa, leisten? Dabei sind gerade mit den Ereignissen des 11. September 2001 und danach vollkommen neue Erkenntnisse der Bedrohungs- und Risikolage erwachsen, die bei der Definition des Schutzziels Berücksichtigung finden müssen.

OffeneDarlegung der Risiken für die Bevölkerung

Welches wirklich ernsthafte und diesem Schutzziel zugrundeliegende Risiko für die Bevölkerung besteht, also wie verletzbar unsere Gesellschaft ist, sollte – ohne Panikmache betreiben zu wollen – transparent und offen dargelegt sein, um das grundlegende Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern einerseits für die Notwendigkeit der Vorhaltung eines so komplexen Hilfeleistungssystems zu erwecken und andererseits für die Mitwirkung der Bevölkerung in diesem System zu werben.

Das „komplexe Hilfeleistungssystem" ist ein Teil staatlicher Sozialpolitik. Insofern muss es in vielerlei Hinsicht, besonders auch im Rahmen der Bildung und Erziehung, zu einem Grundpfeiler gesellschaftlichen Denkens und Handelns zählen. Das kam in der Öffentlichkeit bisher viel zu kurz, da andere sozialpolitische Aufgaben, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die permanenten Finanzprobleme der Solidargemeinschaft (Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung) im Vordergrund stehen.

Gesamtgesellschaftlicher Auftrag

Die Kommunikation wenigstens der Eckpunkte staatlicher Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge sowie die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, zum Schutz der Gesellschaft einen eigenen sinnvollen Beitrag zu leisten, ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Es ist nicht damit abgetan, die Hilfsorganisationen damit zu beauftragen, Selbstschutz-Themen in die Erste-Hilfe-Ausbildung zu integrieren; auch nicht damit, den Einsatzkräften der Organisationen „zivilschutzrelevante" Ausbildungen angedeihen zu lassen. Die gesamte Bevölkerung muss informiert sein.

Spätestens in der Schulbildung muss damit begonnen werden, die Ziele und Inhalte des Hilfeleistungssystems in den Köpfen gerade auch der jungen Generation zu verankern. Hier werden gesellschaftliche Werte vermittelt, die in nur wenigen Jahren Früchte tragen könnten, beispielsweise hinsichtlich der Motivation junger Menschen, sich aktiv in Einsatzeinheiten zu beteiligen.

Das in Deutschland zwar vorhandene, aber ausbaufähige und zu modernisierende Hilfeleistungssystem, die engere horizontale und vertikale Verzahnung seiner Komponenten und der grundlegende Wandel zur Komplexität in Theorie und Praxis, ist eine der größten Herausforderungen der Zukunft und Basis für eine wahrhafte Neugestaltung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Es ist davor zu warnen, die Kraft und Aufbruchsstimmung, die – so bedauerlich es auch ist – (erst) mit dem 11. September 2001 erzeugt wurden, verflachen zu lassen und damit die bestehende Chance zur Veränderung nicht zu nutzen.

Politische Entscheidungsprozesse müssen zügiger stattfinden, das Zeitfenster für die Umsetzung von Entscheidungen so klein wie möglich gehalten werden. In diesen Prozessen müssen sich Behörden und Organisationen sowie auch die einzelnen Elemente des Hilfeleistungssystems auf ihre Kernaufgaben besinnen, diese mit transparenten Leistungsmerkmalen versehen, sie mit höchster Kompetenz wahrnehmen und die Schnittstellen zu den anderen Elementen klar definieren.

„Deutschland erneuern" (ein Motto der Bundesregierung) darf also gerade am System der Gefahrenabwehr, Daseinsvorsorge und Hilfeleistung nicht vorbeigehen. Jedes einzelne Mitglied dieser hochleistungsfähigen und modernen Gesellschaft sollte sich seines in diesem System zu leistenden persönlichen Beitrages bewusst werden, ohne diesen vordergründig zu betrachten.

Das „komplexe Hilfeleistungssystem" muss zu einem gesamtgesellschaftlichen Grundgedanken werden und nicht nur in den Köpfen einzelner Experten entwickelt sein. Es ist an der Zeit, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Dirk Reichert

Fünfzig Jahre alt und jung zugleich

Ein runder Geburtstag sollte gefeiert werden – zumal wenn es sich um ein halbes Jahrhundert handelt. Die Johanniter-Unfall-Hilfe feierte am 14. Januar ihr 50-jähriges Bestehen. Nicht irgendwo, sondern an historischem Ort, in Hannover, genau da, wo vor 50 Jahren der Johanniterorden beschloss, die JUH zu gründen. Rund 130 Johanniter aus allen Landesverbänden waren zur Feierstunde im Hotel „Luisenhof" gekommen.

Die 50-jährige Geschichte der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) ist mehr als der Aufbau, die Entwicklung und Konsolidierung einer Hilfsorganisation. Die JUH spiegelt auf besondere Art und Weise die christliche Überzeugung vom uneigennützigen Dienst am Nächsten vor dem Hintergrund der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen fünfzig Jahren wider. Von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart und vom Idealismus ihrer Gründer bis zum Engagement ihrer jüngsten ehrenamtlichen Helfer haben sich der JUH sowohl in den zeitbedingten Veränderungen ihrer inneren Struktur als auch in den Reaktionen auf gesellschaftliche oder politische Einflüsse von außen fünf wichtige Jahrzehnte deutscher Geschichte eingeschrieben.

Stetig wachsende Qualitätsansprüche, finanzielle Engpässe, veränderte Arbeitsbedingungen und die Wandlung von der rein ehrenamtlich strukturierten Hilfsorganisation zum marktfähigen sozialen Dienstleister haben die Geschichte der JUH geprägt. Die christlichen Werte und Überzeugungen der Johanniter sind bis heute Leitgedanke und Unternehmensphilosophie geblieben.

Diese Überzeugungen wurden vor über 900 Jahren vom Gründer des Johanniterordens formuliert, aus dem die JUH als Ordenswerk entstanden ist. Sie zeigen einerseits die Bindung der JUH an den Johanniterorden und andererseits, dass Bruder Gérard damals Befürchtungen, aber auch Hoffnungen ausdrückte, die bis heute gelten:

„Unsere Bruderschaft wird unvergänglich sein, weil der Boden, auf dem diese Pflanze wurzelt, das Elend der Welt ist und weil – so Gott es will – es immer Menschen geben wird, die daran arbeiten wollen, dieses Leid geringer, dieses Elend erträglicher zu machen."

Worte, die der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Manfred Kock, in seinem Grußwort aufnahm, um auf die gesellschaftliche und öffentliche Verantwortung hinzuweisen, die die JUH übernommen habe.

Worte auch, die in dem Grußwort des Herrenmeisters des Johanniterordens, Dr. Oskar Prinz v. Preußen, mitschwangen, der daran erinnerte, dass 1977, zum 25. Geburtstag, der JUH rundum attestiert worden war, dass sie aus „der BRD nicht mehr wegzudenken" sei. Mittlerweile aber müsse es angesichts der

Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Sigmar Gabriel, und JUH-Präsident Hans-Peter von Kirchbach (von links) vor dem Hotel „Luisenhof", dem Geburtsort der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Ereignisse am Rande des Festaktes: Eine gut besuchte Pressekonferenz, die von Peter Ellgaard moderiert wurde. (Fotos: JUH)

vielen Aufgaben, die von der Johanniter-Unfall-Hilfe jenseits der Grenzen der BRD wahrgenommen werden, heißen: „Die JUH ist aus dieser Welt nicht mehr wegzudenken."

Und er fügte hinzu: „Unser Dank geht an Millionen Helfer aus fünf Jahrzehnten. Der Dank geht zugleich weit darüber hinaus: Er richtet sich an unseren Herrn, unter dessen Gebot wir uns stellen und unter dessen achtspitzigem Kreuz wir auch in Zukunft unseren Dienst an den 'Herren Kranken' verrichten wollen."

Im Mittelpunkt des Festaktes in Hannover selbst stand die Rede des Ministerpräsidenten Niedersachsens, Sigmar Gabriel, der die JUH als ein großes, wirtschaftlich arbeitendes Dienstleistungsunternehmen bezeichnete, „das den Brückenschlag zwischen dem jahrhundertealten Leitgedanken der christlichen Nächstenliebe und den heutigen Anforderungen an einen Wirtschaftsbetrieb erfolgreich bewältigt." Auch er hob die Bedeutung des internationalen Engagements der JUH hervor: „Nur indem wir mit anderen Völkern auf partnerschaftlicher Basis zusammenarbeiten und uns gegenseitig respektieren, können wir dazu beitragen, Fremdenhass und Intoleranz abzubauen."

Auch Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, seit nunmehr 30 Jahren im Amt, fand nur lobende Worte: „Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist ein ganz wichtiger Bestandteil des Rettungsdienstes in unserer Stadt", hob er ausdrücklich hervor und gestand zugleich ein, dass er selbst als 14-jähriger Schüler zum ersten Mal in Kontakt mit der Johanniter-Unfall-Hilfe gekommen war, als er an einem Erste-Hilfe-Kurs teilnahm: „Ich fand das eine ganz wichtige Sache, weil man mithelfen muss, wenn irgend jemand in Not gerät." Seitdem frischte der Oberbürgermeister mehrmals seine Kenntnisse in erster Hilfe auf, „weil man das sehr leicht verlernt, wenn man nicht regelmäßig das Wissen erneuert."

Doch die Johanniter in Schmalstiegs Stadt sind nicht nur im Rathaus, sondern auch in der Bevölkerung bekannt. Dazu beigetragen haben immer wieder einige herausragende Neuentwicklungen:

So wurde in der Stadt Anfang der siebziger Jahre der erste Telemetrie-Rettungswagen in der Bundesrepublik vorgestellt, mit dem es möglich war, Patientendaten vom Fahrzeug aus direkt ins Krankenhaus zu übermitteln. 1974 entstand in Hannover auf maßgebliche Initiative der JUH die erste gemeinsame Rettungsleitstelle für Hilfsorganisationen in Deutschland. Die Johanniter in Hannover gehörten auch zu den Ersten, die einen Baby-Notarztwagen im Einsatz hatten, und bereits Ende der sechziger Jahre flogen sie auf einem Rettungshubschrauber mit.

Große Festveranstaltungen leben nicht nur von großen und hehren Worten. Oft werden sie am Rande von kleinen Preziosen begleitet, die nicht minder beredsam sind. So präsentierte Wolfgang Mülbrot, Mitglied der Johanniter in Hannover, die Geschichte des Johanniterordens und der Johanniter-Unfall-Hilfe auf sieben Schautafeln mit relativ kleinen Exponaten, Briefmarken nämlich, die er in zwanzig Ländern aufgespürt hatte. Die älteste von ihnen stammt aus dem Jahr 1842.

Da war der Orden schon gut 750 Jahre alt und niemand ahnte seinerzeit, dass es mal in 110 Jahren so etwas wie die Johanniter-Unfall-Hilfe geben würde.

Und wer kümmert sich um die Seele?

Kriseninterventionen und Einsatznachsorge vor dem Hintergrund der Terroranschläge in den USA

Die abscheulichen Ereignisse vom 11. September in den USA haben es überdeutlich werden lassen: Neben der notwendigen Gefahrenabwehr, einer schnell greifenden notfallmedizinischen Versorgung und einem funktionierenden Zivil- und Katastrophenschutz benötigen wir auch ein System zur psychosozialen Betreuung von Einsatzkräften, betroffenen Zivilpersonen und deren Angehörigen.

Wir Malteser stellen uns seit dem Jahr 1993 mit dem Projekt "Mensch im Mittelpunkt" dieser Thematik. Zunächst wurde unter dem Begriff "Mediatorenmodell" ein umfassendes System für die Einsatzkräfte entwickelt und in weiten Teilen umgesetzt. Parallel hierzu entwickelten sich lokale Initiativen, die sich in Form von Kriseninterventions- und Notfallseelsorgeteams der psychosozialen Betreuung von Verletzten und Angehörigen widmen. So konnten wir unmittelbar nach dem Terroranschlag über das Auswärtige Amt den infrage kommenden deutschen Firmen die psychosoziale Betreuung für die betroffenen Angehörigen in Deutschland und die Entsendung von Einsatznachsorgeteams in die USA anbieten.

Das Mediatorenmodell

Das Mediatorenmodell besteht aus drei Bestandteilen:

1. Einsatzkräftequalifizierung in den Themenbereichen Kommunikation, Stressbewältigung und Psychotraumatologie
2. Qualifizierung von Mediatoren und ihrer Implementierung in die Einsatzdienste
3. Strukturierte Einsatznachsorge (Critical Incident Stress Management) nach Mitchell

Mit den Mediatoren verfügen viele unserer Rettungswachen über speziell in psychosozialen Fragen geschulte Mitarbeiter. Diese stehen bei Problemen als Gesprächspartner zur Verfügung oder vermitteln bei Bedarf gezielt an psychosoziales und seelsorgerisches Fachpersonal.

Für die Einsatznachsorge nach besonders belastenden Situationen haben sich die Malteser von Anfang an für das amerikanische CISM-Modell (Critical Incident Stress Management) entschieden. Mit dieser Methode wurden in den letzten Jahren ausgesprochen positive Erfahrungen gemacht. Die Methode wurde an unsere Verhältnisse angepasst und auf Grund der umfangreichen Erfahrungen kontinuierlich optimiert.

Zur Zeit verfügen die Malteser über 90 qualifizierte Mediatoren für die Rettungswachen und Einsatzeinheiten. Es entstanden vier vollständige CISM-Teams in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Darüber hinaus gibt es Ansätze für weitere Teambildungen. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter verfolgen.

[Einsatznachsorge häufig gefragt

Der Flughafenbrand in Düsseldorf, die ICE-Katastrophe von Eschede und das Zugunglück von Brühl waren für uns jeweils Herausforderungen, die gemeistert werden konnten. Sie boten uns die Gelegenheit, zahlreichen Einsatzkräften verschiedener Organisationen beizustehen und unsere vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und zu festigen.

Häufig unbemerkt bleibt, dass es außer spektakulären Großeinsätzen auch viele kleinere "Katastrophen" gibt, bei denen unsere Mediatoren und Einsatznachsorgeteams erfolgreich tätig sind.

Notfallseelsorge und Kriseninterventionen

Dem Bereich der psychosozialen Betreuung von Verletzten und deren Angehörigen wollen wir in den nächsten Jahren mehr Aufmerksamkeit widmen. Es gilt, die bereits existierenden Initiativen zu bündeln, zu vernetzen und eine gemeinsame Grundlage für die Malteser zu entwickeln, um neben der psychosozialen Betreuung von Einsatzkräften auch die Unterstützung für Verletzte und deren Angehörige sicherstellen zu können. Hierzu laden wir interessierte Seelsorger, Vertreter der verschiedenen Malteserinitiativen und psychosoziale Fachleute aus unserer Organisation zu einem ersten Workshop am 30./31. Januar 2002 nach Ehreshoven in das Geistliche Zentrum ein. Diese Tagung soll einem ersten Erfahrungsaustausch und einer Standortbestimmung unserer Arbeit in diesem Bereich dienen.

Ausblick

Wir wünschen uns für die Zukunft einen Ausbau dieses

so aktuellen Aufgabenfeldes. Dabei wollen wir

1. die Mediatoren flächendeckend in unseren Einsatzeinheiten etablieren,
2. weitere CISM-Teams in Franken, Ostdeutschland und Baden-Württemberg aufbauen und
3. ein Gesamtkonzept für den Bereich der Krisenintervention und Notfallseelsorge entwickeln und umsetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass die intensive Zuwendung zu Menschen in seelischen Notsituationen voll und ganz unserem ureigenen Malteserauftrag entspricht.

Das Bundesinnenministerium wurde von uns aufgefordert, einerseits die Voraussetzungen zur psychosozialen Unterstützung unserer Einsatzkräfte im Zivilschutz zu schaffen und andererseits durch die Etablierung einer neuen Fachgruppe psychosoziale Betreuung in unseren Betreuungseinheiten die psychosoziale Versorgung unserer Bevölkerung in Krisenzeiten sicherzustellen.

Werner Müller/
Dr. Jürgen Langer

Mensch im Mittelpunkt

Psychosoziale Betreuung nach den Terroranschlägen

Die Bilder vom 11. September im Fernsehen, in Zeitungen und Nachrichten erschütterten und schockierten die ganze Welt. Selbst Personen, die kilometerweit vom Geschehen entfernt leben, konnten ihre Bestürzung nicht verbergen. Wie erging es dann erst den unmittelbar Betroffenen?

Denen, die direkt vor Ort waren, die ganz normal ihrer Arbeit nachgehen wollten und nun plötzlich unfreiwillig zur Zielscheibe der Terrorangriffe wurden. Denen, die durch herabfallende Trümmerteile verletzt wurden, denen Leichenteile vor die Füße fielen. Menschen, die bei der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit angegriffen wurden, deren Sicherheitsgefühl ins Wanken geriet, deren Weltbild zerstört wurde und die jetzt nicht mehr so leben können wie noch tags zuvor.

Am 18. September wurde ein achtköpfiges Team von Psychologen und besonders geschulten Fachkräften der Bundeswehr im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach New York entsandt, um sich dieser Menschen anzunehmen, vornehmlich der deutschen Mitarbeiter der Deutschen Bank, die sowohl im World Trade Center als auch im daneben liegenden Gebäude Büros unterhielt. Vor Ort stellte sich sehr schnell heraus, dass eine Abgrenzung zu den deutschsprachigen amerikanischen Mitarbeitern nicht möglich war. So wurden im Laufe der zweiwöchigen Tätigkeit Mitarbeiter und Familienangehörige gleich welcher Zuordnung betreut.

Es wurden Gespräche und besondere Betreuung nach dem Mitchell Modell "Critical Incident Stress Management" (CISM) angeboten, mit dem auch wir Malteser arbeiten. Klassische Reaktionen auf ein solches Ereignis, wie etwa wiederkehrende Bilder, Gerüche, Schlaflosigkeit oder Depressionen, wurden sehr schnell von Zukunftsängsten verstärkt, die in der ganzen Stadt allgegenwärtig waren und teilweise heute noch sind. Allein das Gefühl, mit seinen Ängsten und Empfindungen kein Einzelfall zu sein, hat den Betroffenen sehr geholfen. Im Gesamtzeitraum betreute das auf zwölf Personen verstärkte Team insgesamt 853 Menschen. Da zwei der Teammitglieder auch bei den Maltesern arbeiten, können wir uns ihre Erfahrungen zunutze machen.

Sören Petry

Suche nach den Angehörigen, die im World Trade Center vermisst werden. (Foto:MHD)

Der Autor ist Stabsfeldwebel im Luftwaffenführungskommando und war mit dem Kriseninterventionsteam in New York.

Er gehört, ebenso wie die Autoren des vorhergehenden Artikels, dem Leitungsteam „Mensch im Mittelpunkt“ an.

ARKAT-Bundesgeschäftsstelle und Schutzforum unter einem Dach

Seit dem 1. Mai 2002 befinden sich die Geschäftsstellen von **ARKAT** und **Schutzforum** unter einem Dach. Die neuen Anschriften lauten:

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V (ARKAT):
Bertha-von-Suttner-Straße 3
38124 Braunschweig
Postfach 4737
38037 Braunschweig
Tel. 0531/373901
Fax 0531/373901

Schutzforum e. V.:
Bertha-von-Suttner-Straße 3
38124 Braunschweig
Tel. 0531/3917603
Fax 0531/373901

Beide Verbände behalten ihren Sitz in Bonn.

Die ARKAT ist seit 1992 korporatives Mitglied in dem 1986 vom früheren Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb gegründeten Schutzforum.

Von ihm übernahm 1998 der Bundesvorsitzende der ARKAT, Klaus-Dieter Kühn, das Amt des Vorsitzenden/Präsidenten des Schutzforums. Im Oktober 2001 fusionierte dann die Deutsche Schutzbaugesellschaft durch Aufnahme (Verschmelzung) zu dem neuen Schutzforum mit dem um den Schutz von Bauten und Infrastrukturen erweiterten Aufgabenspektrum.

Während die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes seit der Gründung ihres ersten Landesverbandes 1974 in Stuttgart als verbandliche Heimat der nicht organisationsgebundenen Katastrophenschutzangehörigen der Kreise und kreisfreien Städte überwiegend an inhaltlichen, konzeptionellen und organisatorischen Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes mitwirken, widmen sich im Schutzforum namhafte Hochschullehrer und Wissenschaftler schwerpunktmäßig technisch-wissenschaftlichen Problemen des Bevölkerungsschutzes insgesamt.

Durch die gemeinsame Geschäftsstelle wird die breitgefächerte Zusammenarbeit beider Vereine auf den Gebieten des Schutzmanagements und der Entwicklung von innovativen Schutztechnologien damit auch institutionell hinterlegt und eine effiziente Plattform für die schon seit längerem praktizierte Kooperation in allen Grundfragen des Zivil- und Katastrophenschutzes geschaffen.

Beide Verbände sind Mitglied der Ständigen Konferenz für Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge(SKK) und arbeiten eng mit dem Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge(DKKV) und der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin(DGfK) zusammen.

Was wollen und was können ARKAT und das neu formierte Schutzforum praxisbegleitend und auf der Grundlage natur-/ingenieurwissenschaftlicher, politisch-rechtlicher, humanwissenschaftlicher und sozioökonomischer Erkenntnisse unter Berücksichtigung sich wandelnder Gefährdungsszenarien einbringen? Wie wollen sich beide Verbände künftig in den fachlichen Schwerpunkten ausrichten und inhaltlich mit ihren Kooperationspartnern auf Verbandsebene abstimmen? Mit diesen Fragen werden sich die Delegierten und Mitglieder der beiden Fachverbände anläßlich einer gemeinsamen Fachkonferenz im Juni befassen und die Leitlinien für die zukünftige Facharbeit bestimmen.

Viel von dem, was bereits zu Beginn der neunziger Jahre von ARKAT und Schutzforum publiziert und in die öffentliche Debatte eingebracht wurde ist heute wieder unstrittig und steht nach dem 11. September 2001 auf der aktuellen Tagesordnung von Politik und Medien.

So wurde die Forderung nach einem „Integrierten Hilfeleistungssystem“ bereits 1992 von der ARKAT zum strategischen Handlungziel erkoren und in die Projektarbeit der SKK eingebracht. Auf der operativen Ebene durch effizientere Formen des Managements, der Vernetzung, Kommunikation und Kooperation, sowie gemeinschaftlich zu lösender Aufgaben, beispielsweise in Fragen des Selbstschutzes, der Führung, Logistik, Information und Warnung, bis hin zu ressortübergreifender Forschung und Entwicklung. Wichtig wäre es, die bereits vorhandenen innovativen Ansätze, Konzepte und Modelle aller Akteure über Gesprächsrunden hinaus in geeigneter Weise zusammenzuführen und deren praktische Fortentwicklung auch wissenschaftlich zu begleiten.

Die ARKAT als eine der der gemeindlichen Ebene nahen Fachorganisationen will hier verstärkt insbesondere den Landkreisen und kreisfreien Städten eine verbesserte Informations- und Wissensbasis bieten und sich neben den Helferinnen und Helfern in den Einheiten und Einrichtungen der Katastrophenschutzbehörden auch den Angehörigen der Fachbehörden selbst als kompetenter Ansprechpartner empfehlen.

(Bernd Ebeling Bundesgeschäftsführer)

„Das THW zu einer der modernsten Hilfsorganisationen weltweit entwickeln“

Neuer THW-Präsident in sein Amt eingeführt

Am 5. März wurde der neue Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), Dr. Georg Thiel, von Bundesinnenminister Otto Schily in sein Amt eingeführt. Im Rahmen dieser festlichen Veranstaltung im Deutschen Museum Bonn wurde zudem der langjährige Direktor des THW, Gerd Jürgen Henkel, offiziell verabschiedet.

Schily blickte auf die über 15jährige Amtszeit Henkels als Direktor zurück. Wenigen Behördenleitern sei es vergönnt gewesen, über so viele Jahre kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit geleistet zu haben. Er erinnerte an die wiedererlangte Selbständigkeit des THW als eigene Behörde im November 1992, den Aufbau der Organisation in den neuen Bundesländern und an die große Anzahl von Auslandseinsätzen, die in die Amtszeit Henkels fielen. Für seine Verdienste um das Technische Hilfswerk verlieh Schily ihm das Ehrenzeichen in Gold, die höchste Auszeichnung im THW.

Dem neuen Präsidenten wünschte der Bundesinnenminister „viel Erfolg und eine glückliche Hand“ und sagte seine volle Unterstützung zu. „Ich knüpfe an die Person des Herrn Dr. Thiel die Erwartung, dass er den Erfolgsweg dieser außergewöhnlichen Behörde mit ihrer ehrenamtlichen personellen Basis fortschreibt“, so Schily.

Schily zur neuen Führungsstruktur beim THW: „Das THW mit seinen fast 70.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist eine wichtige und unverzichtbare Hilfsorganisation im deutschen Vorsorge- und Gefahrenabwehrsystem. Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Hilfesystem ist die gute und effektive Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Institutionen – wie THW, Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen. Das ist in Deutschland gewährleistet. Alle müssen sich auf eine neue Gefahrenlage einstellen. Bestehende Strukturen müssen überdacht und auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Einsatzpotenziale des Bundes, der Länder und der Kommunen müssen in Zukunft noch weiter vernetzt und gemeinsam zum Einsatz gebracht werden.“

Bundesinnenminister Otto Schily bei der Einführung des neuen Präsidenten im Deutschen Museum Bonn. (Foto: THW)

Der neue THW-Präsident rief denn auch nicht umsonst alle Angehörigen, Freunde und Förderer des THW dazu auf, „mit Kreativität und Fantasie, das THW gemeinsam mit mir weiter zu entwickeln – hin zu einer der modernsten und effizientesten Hilfsorganisationen weltweit.“ Als eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür sieht Thiel, dass Ehren- und Hauptamt diese Aufgabe gemeinsam angehen müssen. „So, als ob ein Zahnrad ins andere greift.“

Dr. Georg Thiel ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in Köln. Bevor er an die Spitze des THW wechselte, war Thiel zunächst im Bundesamt für Zivilschutz tätig, bis er 1990 ins Bundesinnenministerium berufen wurde. Dort war er für die Organisation und die Modernisierung der Verwaltung zuständig.

Nicht zuletzt deshalb gaben sich auch die anderen Redner anlässlich der Amtseinführung zuversichtlich, die bisherige Zusammenarbeit mit Direktor Henkel mit seinem Nachfolger ebenso erfolgreich fortführen zu können. *Florian Weber*

Bestimmungen für die Lagerung explosionsgefährlicher Stoffe verschärft

Die Bestimmungen für die Lagerung von Explosivstoffen und pyrotechnischen Stoffen und Gegenständen werden verschärft. Für Großfeuerwerk wird ein Qualitätssicherungsverfahren eingeführt und die Bestimmungen zur Verwendung von Explosivstoffen werden präzisiert. Das sieht u.a. das 2. Sprengstoff-Änderungsgesetz der Bundesregierung vor, das das Bundeskabinett am 06.02.2002 beschlossen hat.

Durch die Änderungen soll die Bevölkerung noch effektiver vor Unfällen durch falsche Lagerung dieser Stoffe und Gegenstände geschützt werden.

Die wichtigsten neuen Regelungen des Gesetztes (Artikelgesetz) sind:

Für Großfeuerwerk (der Klasse P IV), das nicht durch Privatpersonen abgebrannt werden darf und keiner staatlichen Zulassung unterliegt, wird ein Qualitätssicherungsverfahren verbindlich. Unfälle durch fehlerhafte, insbesondere nicht bestimmungsgemäß funktionierende Produkte sollen so vermieden werden.

Die Bestimmungen über die Lagergruppenzuordnung von explosionsgefährlichen Stoffen und Gegenständen werden verschärft, um Unfälle wie den im niederländischen Enschede vor zwei Jahren zu vermeiden. Für die Lagerung ist grundsätzlich eine sogenannte Lagergruppenzuordnung durch die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung erforderlich, aus der Lagermengen und Schutzabstände zu anderen bewohnten und nicht bewohnten Gebäuden abgeleitet wird. Damit wird das Risiko schwerer Unfälle wegen fehlerhafter Lagerung minimiert.

Die Verwendung von Explosivstoffen setzt neben einer Erlaubnis voraus, dass behördlich geprüfte Bestimmungen für eine sichere Verwendung vorhanden sind. Die mit dem Sprengstoffänderungsgesetz vom 23. Juni 1998 in Deutschland eingeführten Bestimmungen für die sichere Verwendung von Explosivstoffen mit Baumusterprüfung werden weiter an das Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union angepasst. *(BMI)*

ABC-ErkKW für Sachsen-Anhalt

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, hat am 7. März in der Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge (bei Magdeburg) 12 ABC-Erkundungskraftfahrzeuge an

Im Gespräch: Dr. Manfred Püchel (Innenminister von Sachsen-Anhalt, li.), Fritz Rudolf Körper (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, re.) und Dr. Jürgen Hensen (Präsident des BVA, mi.). (Foto: Stein)

den Innenminister Sachsen-Anhalts, Dr. Manfred Püchel, übergeben.

Sachsen-Anhalt erhält vom Bund insgesamt 344 Zivilschutzfahrzeuge, von denen einschließlich der heute übergebenen ABC-ErkKW bereits 305 im Land stationiert sind.

„Die Ausstattung der einzelnen Länder muss sich ganz konkret am regionalen Bedarf und dem dortigen Gefahrenpotenzial ausrichten. Daher werden Bund, Länder und Hilfsorganisationen intensive Abstimmungsgespräche über das zukünftige Beschaffungsprogramm im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes führen“, erläuterte Körper in Heyrothsberge. *(nps)*

1260 Menschen aus Seenot gerettet und aus Gefahr befreit.

Auf ein arbeitsreiches Jahr 2001 können die Besatzungen der Seenotkreuzer und Seenotrettungsboote der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) zurückblicken. Bei 2428 Einsatzfahrten in den deutschen Gebieten von Nord- und Ostsee wurden 207 Menschen aus Seenot gerettet, weitere 1053 wurden aus kritischen Gefahrensituationen befreit. Die Einsatzbilanz der Seenotretter präsentierte TV-Moderatorin Carmen Nebel als „Bootschafterin“ 2002 der DGzRS zusammen mit Vertretern der Gesellschaft am 28. Januar 2002 an Bord des Seenotkreuzers WILHELM KAISEN in der Nordsee vor Cuxhaven.

Außerordentliche Anforderungen an alle beteiligten Rettungskräfte stellte am 2. Weihnachtstag der Einsatz für ein in die Weser bei Bremerhaven abgestürztes Flugzeug. Der Besatzung des Seenotkreuzers HERMANN RUDOLF MEYER gelang es, einen Schwerverletzten zunächst zu reanimieren. Der Mann – wie auch der Pilot – verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus. Eine Frau überlebte das Unglück als einzige. Fünf Menschen gelten als vermisst.

Auch Fischer und Freizeitskipper, Passagiere auf Fahrgastschiffen und Seeleute aus der Berufsschifffahrt waren im vergangenen Jahr angewiesen auf die schnelle Hilfe durch die Seenotretter. Über die eigentlichen Einsätze hinaus wurden 484 Kranke oder Verletzte von Seeschiffen, Inseln oder Halligen zum Festland transportiert, 80 Schiffe oder Boote vor dem Totalverlust bewahrt, 833-mal Hilfeleistungen für Wasserfahrzeuge aller Art erbracht: Pumpenhilfe bei Wassereinbruch, Feuerlöscheinsätze, Freischleppen von festgekommenen Wasserfahrzeugen oder auch Reparaturen auf See.

Zur Zeit setzt die DGzRS zwischen Borkum im Westen und dem Stettiner Haff im Osten 60 Rettungseinheiten ein, auf denen rund 700 ehrenamtlich tätige sowie 185 fest angestellte Besatzungsmitglieder ihren Dienst versehen.

Allein die 21 Seenotkreuzer dieser Flotte legten im vergangenen Jahr 70 741 Seemeilen (cirka 131 000 Kilometer) auf Nord- und Ostsee zurück. Darüber hinaus ist die SEENOTLEITUNG BREMEN bei der DGzRS in 259 Seenotfällen außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs unterstützend oder initiativ tätig gewesen.

Das Spendenaufkommen der DGzRS erhöhte sich im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1,9 Prozent auf rund 32,7 Mio. Mark.

In ihrem Jahres-Rückblick hob die in Bremen ansässige Gesellschaft die Kiellegung eines neuen 46-Meter-Seenotkreuzers hervor, der im Laufe des Jahres 2003 auf dem Hochsee-Stützpunkt Helgoland in der Deutschen Bucht stationiert werden soll. Weitere Investitionen waren die Errichtung bzw. Modernisierung von Stationsgebäuden auf der Insel Borkum (Niedersachsen), Nordstrand (Schleswig-Holstein), Timmendorf/Poel und Prerow/Darß (Mecklenburg-Vorpommern).

Auf der Station Kühlungsborn (Mecklenburg-Vorpommern) wird in diesen Wochen das Boddenboot-Gespann (mit Zugmaschine und Trailer) von einem neuen 9,5-Meter-Seenotrettungsboot abgelöst, das im zur Saison 2002 fertiggestellten Hafen des Ostseebades seinen festen Liegeplatz erhalten und von der bewährten Besatzung gefahren und gewartet werden wird.

Ein weiteres Boot dieser Klasse – auch ein Neubau – hat in diesen Tagen auf der Nordseeinsel Langeoog (Niedersachsen) nach einer ausführlichen Einarbeitung der freiwilligen, ehrenamtlich tätigen Seenotretter den Betrieb aufgenommen. Der bislang hier stationierte Seenotkreuzer HANNES GLOGNER wird zunächst als Reserveschiff eingesetzt und kommt zum Einsatz, wenn Seenotkreuzer zu Wartungsarbeiten die DGzRS-Reparaturwerft in Bremen oder Werften an anderen Standorten anlaufen müssen. Somit kann auf der betreffenden Station eine durchgängige Dienstbereitschaft gewährleistet werden.

Ende 2001 wurde die DGzRS vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen in Berlin erneut mit dem „Spenden-Siegel“ als „Zeichen für Vertrauen“ ausgezeichnet. Wertvolle Unterstützung ihrer Arbeit fand die Gesellschaft durch die Zusammenarbeit mit ihren „Bootschaftern“ der Jahre 2000 und 2001, dem Sänger Reinhard Mey und „Wetterfrosch“ Jörg Kachelmann. Sie haben sich in ihrem Ehrenamt für die Seenotretter nachhaltig und erfolgreich eingesetzt.

Für alle Freunde der DGzRS wird in diesem Jahr der 6. Juli von besonderer Bedeutung sein: Nach dem großen Erfolg in den beiden vergangenen Jahren wiederholt die DGzRS auf vielen Stationen entlang der Küsten und auf den Inseln ihren „Tag der Seenotretter“. Im Mittelpunkt der Aktionen werden Übungseinsätze der Rettungsflotte und Informationsveranstaltungen stehen.

(DGzRS)

BVA ideeller Träger der FLORIAN 2002

Die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) des Bundesverwaltungsamtes hat in diesem Jahr die ideelle Trägerschaft für die FLORIAN 2002 übernommen. Die große Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz in Ostdeutschland findet vom 24. bis 28. Oktober 2002 in der Neuen Messe in Halle-Bruckdorf statt.

Der Bundesminister des Innern, Otto Schily, ist Schirmherr der Fachmesse. Schily begrüßt ausdrücklich die regionale Schwerpunktsetzung der FLORIAN, weil dadurch der wirtschaftlichen Förderung in den östlichen Bundesländern ein zusätzlicher Impuls verliehen wird. Der Minister erinnert daran, dass Einsatzkäfte nicht nur retten und schützen, sondern bei ihrer gefährlichen Arbeit auch selbst geschützt werden müssen. Die FLORIAN könne zu diesem Schutzziel maßgeblich beitragen.

Die ZfZ wird auf ihrem Messestand den neuen ABC-Erkundungskraftwagen den Messebesuchern präsentieren.

Nähere Informationen zur FLORIAN 2002 können unter www.messe-florian.de abgerufen werden. *(rs)*

Vorsorge beim Mobilfunk sinnvoll

Die am 11.März vorgestellte Studie des VDE zu Mobilfunk und Gesundheit bestätigt Ergebnisse des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Das BfS war bei einer aktuellen Literaturauswertung zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen wissenschaftlichen Nachweis für gesundheitliche Gefahren gibt, vor dem die Grenzwerte nicht schützen, wohl aber Hinweise auf mögliche Risiken und Fragen, die wissenschaftlich noch nicht bewertet bzw. beantwortet werden können.

Die möglichen Risiken, um die es hier geht, sind wahrscheinlich klein einzuschätzen. Es ist aber zu berücksichtigen, dass von diesen wahrscheinlich geringen Risiken Millionen von Menschen in Deutschland betroffen sein könnten. Deshalb ist es weder angebracht, Horrorszenarien zu entwerfen, noch kann die Notwendigkeit von Vorsorge ernsthaft bestritten werden. Es besteht im Strahlenschutz Handlungsbedarf im Sinne der Vorsorge. Deshalb hat das BfS ein Vorsorgepaket entwickelt, das im wesentlichen drei Bereiche umfasst: Möglichst geringe Exposition, Aufklärung und Information der Bevölkerung und Forschung.

Vorsorge ist auch eine öffentliche Aufgabe, allerdings können und müssen Handy-Hersteller, Mobilfunkbetreiber und Nutzer ebenfalls einen Beitrag zur Vorsorge leisten.

Jeder Nutzer kann durch geeignetes Verhalten dazu beitragen, dass die Intensität der Felder, der er ausgesetzt ist, gering bleibt. Das BfS hat aus diesem Grund Empfehlungen zum umsichtigen Gebrauch von Handys veröffentlicht. Ziel dieser Empfehlung ist es, die Expositionsdauer und die Intensität gering zu halten.

Handy-Hersteller müssen durch Entwicklung strahlungsarmer Geräte; Handykennzeichnung und Intensivierung der Forschung auch einen bedeutenden Beitrag zur Vorsorge leisten. Aufgabe der Mobilfunkbetreiber ist es, durch geeignete Standortwahl für eine Minimierung der Exposition zu sorgen.

Schwerpunkte des vom BfS koordinierten Forschungsprogramms sind u.a. Untersuchungen zu den Wirkungsmechanismen der elektromagnetischen Felder des Mobilfunks, sowie die Ermittlung der Belastung der Bevölkerung in der Nähe von Mobilfunkanlagen. *(BfS)*

16 Jahre nach Tschernobyl

Auch 16 Jahre nach der Reaktorkatastrophe vom 26. April 1986 sind die Auswirkungen in Deutschland noch zu beobachten. Landwirtschaftlich erzeugte Nahrungsmittel sind zwar insgesamt nur sehr gering radioaktiv belastet, Nahrungsmittel aus dem Wald, insbesondere Wild und bestimmte Pilzsorten, jedoch wesentlich höher.

Der Gehalt an Cs 137 ist bei Pilzen art- und standortspezifisch sehr unterschiedlich. Während Steinpilze je nach Standort zwischen 100 und 1.000 Bq/kg (in Deutschland ist es nicht erlaubt, Lebensmittel mit mehr als 600 Bq/kg in den Handel zu bringen) aufweisen, erschreckt die unterirdisch wachsende Hirschtrüffel im Bayerischen Wald, ein Pilz, der gezielt von Wildschweinen gesucht und gefressen wird, mit beachtlichen 26.000 Bq/kg.

Wahrscheinlich als Folge unterschiedlicher Ernährung ist auch die Belastung bei Wildbret artspezifisch; sie ist bei Wildschweinen im Durchschnitt mehr als 10 mal höher als bei Rehwild.

Zwar ist nach Einschätzung der BfS die zusätzliche Strahlenexposition vergleichsweise gering, wenn Wildbret, wild wachsende Speisepilze und Waldbeeren in üblichen Mengen verzehrt werden, aber durch Verzicht auf den Genuss der entsprechenden Nahrungsmittel durchaus vermeidbar. *(BfS)*

Rheinland-Pfalz-Ausstellung

Auch in diesem Jahr war die Zentralstelle für Zivilschutz mit einem eigenen Stand auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung vertreten.

Ein Schwerpunkt dabei war das Bemühen, in der Bevölkerung das Problembewusstsein hinsichtlich der beträchtlichen Gefahren von Wohnungsbränden zu wecken.

Mit dem Faltblatt „Alles schläft – einer wacht“ wurde das Interesse für Rauchmelder auch im privaten Bereich geweckt und durch Vorführungen am „Rauchhaus“ deren Wirkungsweise und Handhabung demonstriert. Auch Ministerpräsident Kurt Beck ließ es sich nicht nehmen, einer Vorführung beizuwohnen und zeigte sich beeindruckt.

Ministerpräsident Kurt Beck (l.) mit einem Mitarbeiter der Zentralstelle für Zivilschutz. (Foto: Pätzold)

Für Sie gelesen

Spritzige Feuerwehr

Von Wolfgang Willnat
Landbuch Verlag Hannover

Diesmal also hat sich der bekannte Cartoonist Wolfgang Willnat der Feuerwehrleute angenommen.

Dabei werden hinlänglich bekannte Klischees ins Absurde übersteigert, menschliche Schwächen augenzwinkernd karikiert und die überall lauernden Tücken des Einsatzes ebenso humorig beleuchtet wie das mitunter absurde Verhalten der Betroffenen; die Cartoons sind jedoch niemals wirklich bissig oder gar böse. Kurzum: eine amüsante Lektüre nicht nur für Feuerwehrangehörige *(nps)*

Gerätekunde Löschgerät

von Hans Kemper
in der Reihe
„Fachwissen Feuerwehr“
ecomed Veragsgesellschaft
86899 Landsberg/Lech

Feuerlöscher, Kübelspritzen, Patschen, Schläuche... zur Brandbekämpfung stehen viele verschiedene Geräte zur Verfügung. Ein sicherer und schneller Löscherfolg ist nur dann gewährleistet, wenn die Einsatzkräfte die jeweiligen Geräte, ihre Ausführungen und ihrer Funktionen genau kennen und darüber hinaus auch die zweckmäßige Anwendung der Geräte beherrschen. Deshalb wird in der neuen Broschüre „Gerätekunde Löschgerät“ die Technik der Geräte ebenso beschrieben wie ihre Handhabung laut Feuerwehr-Dienstvorschrift. Farbig unterlegte Hinweise und Merksätze sowie zahlreiche Abbildungen und Tabellen lockern den Text auf und erleichtern das Einprägen

der Materie. Diverse Testfragen sowie der sehr verständliche und eingängige Stil der Broschüre machen aus ihr zudem die ideale Grundlage zum Selbststudium. Das praktische Format ermöglicht eine bequeme Handhabung in der Praxis

KOPF-NUSS

So wird’s gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und
senden Sie diese bis zum *30.06.2002* (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: (01888-3585824) oder e-mail:
(redaktion.zfz@bva.bund.de)
zuzusenden

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder

4.-10. je ein Infopaket

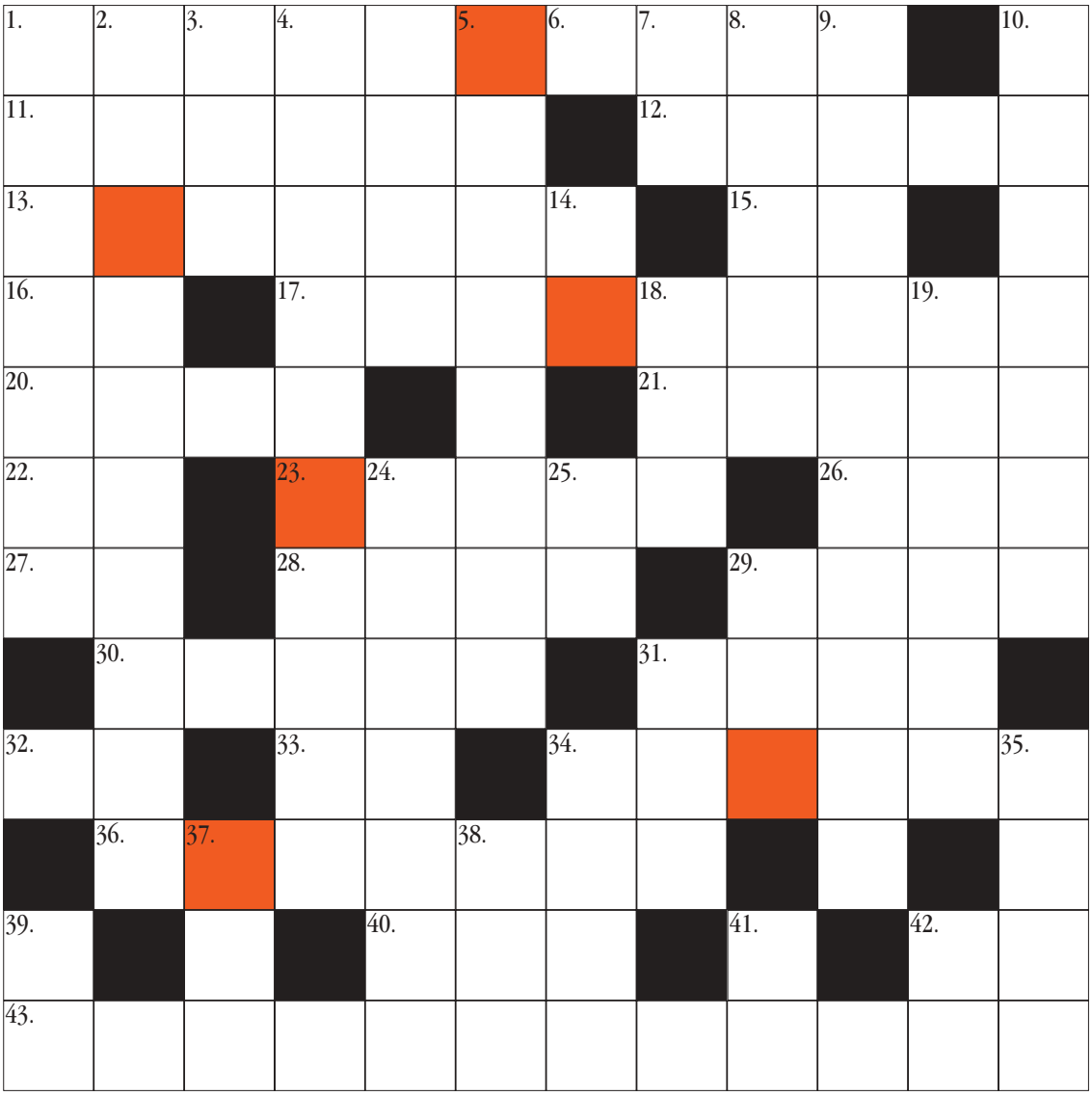
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 1/2002 lautete:

SCHLEUSE

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt

Kopfnuss



Waagerecht

1 Wenn der Chef ins Rotieren kommt
11 Braucht keinen Import
12 Auch in Salt Lake City zählten eigentlich nur sie
13 Stiefelland
15 Viel häufiger als BF
16 Mit Datum auf der Milchtüte, mit Dienst auf dem Ärmelabzeichen
17 Eder oder Oder haben sie
20 Herbstlicher Befehl an den Winzer
21 Kommt in Lagen vor
22 Mosander verhalf ihm ins System
23 Sichtbar der unsichtbare Dritte
26 Mit "Boi" könnt man meinen, im Wilden Westen zu sein
27 So ist Smetanas Moldau kurz vor der Mündung
28 Steht mit der Stoppuhr am Fließband
30 Lieber Großvater mit halber Bibel
31 Unangenehme Eigenschaft, die mit Sch mutig wird
32 Sender, der Scheibenwischer nicht möchte
33 Mit P und Pünktchen wird's politisch
34 Was der Eule das Gewölle, ist dies der Kuh
36 Bestimmt ist dies
40 Verkehrter Kassenbeleg
42 Die Brandenburgische LFS fuhr dies anfangs spazieren
43 Er hat sicher keinen Antrieb, das Rätsel zu lösen

Senkrecht

1 Deutscher Beitrag in DCX
2 Er unterschied deutlich Alpha, Beta und Gamma
3 Griechischer Buchstabe mit Bezug zu Spanien
4 Stopp"EG"Unterwasserhindernis
5 Alfred Tetzlaff im Gefängnis
6 Als Quadrat minus eins
7 Manche LF haben sie eingeschoben
8 Blind schadet er
9 Wenn der Stern nicht dort scheint, wo er steht
10 Gute Beleuchtungsstärke
14 Ein Tausendstel der millionstel Zeiteinheit
18 Elf davon lassen sich in Arial gut lesen
19 Land der Tutsi und Hutu
24 Gibt's an der Themse wie in Pennsylvania
25 Mit Cl gibt's Kochsalz
29 Ab 31.03.02 wieder mit S
31 Das web ist so eins
34 Kommt vor dem Butzemann
35 Gibt's solo, mit Gebiet und wenn man's hat, geht's einem schlecht
37 Solch eine Zustellung wünscht man sich oft
38 Kurz für das, was Vorzeichen ist
39 Zutritt nur für Grünkittel
41 Kreisumfang ohne d
42 Rund um Herzberg

Terminkalender

Termine 2002

23. bis 25. Mai 2002:
RETTmobil. 2. Fachausstellung für Rettung und Mobilität.
Ort: Fulda-Galerie-Gelände
Info: www.rettmobil.org

*

25. Mai bis 02. Juni 2002:
Südwest-Messe
Ort: Villingen-Schwenningen

Hinweis: Die Zentralstelle für Zivilschutz beteiligt sich an dieser Messe als Aussteller (Halle A, Stand 34)

*

27. Mai 2002:
Mitgliederversammlung des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e.V.
Ort: steht noch nicht fest

*

2. bis 5. Juni 2002:
Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderungdes Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb)
Ort: Dresden

*

7. bis 9. Juni 2002:
22. Bundeskongress Rettungsdienst
Ort: Köln Messe, Congress-Centrum Ost

*

8. Juni 2002:
Abnahme des Bundesleistungsabzeichens des DFV
Ort: Amberg
Info: www.dfv.org

*

13. Juni 2002:
Verleihung des Deutschen Wasserrettungspreises
Ort: Hamburg

*

6. Juli 2002: Tag der Seenotretter

*

12. bis14. Juli 2002:
50. DRK-Landeswettbewerb
Ort: Münster

14. September 2002: 3. Augsburger Wasserrettungssymposium
Ort: Universität Augsburg

*

22. bis 24. Oktober 2002:
Forum Feuerwehr
Ort: Köln-Hürth
Info: verlag moderne industrie Tel.: (08191) 125 433

*

24. bis 26. Oktober 2002:
FLORIAN 2002. Fachmesse
Ort: Halle

Hinweis: Das BVA-ZfZ- ist ideeller Träger dieser Messe

*

25. bis 27. Oktober 2002:
5. Mainzer Symposium „Notfälle im Kindesalter“
Info: Klinik für Anästhesiologie, Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität, Langenbeckstraße 1, 55131 Mainz, Dr. A. Brambrink

*

30. Oktober bis 2. November 2002:
Denkmalschutz 2002. Fachmesse
Ort: Leipzig
Das BVA-ZfZ- ist mit Informationen zum Kulturgutschutz vertreten

*

22.März 2003:
Fortbildungsveranstaltung für alle First Responder Einheiten und interessiertes medizinisches Fachpersonal
Ort: Unterschleißheim
Info: Kreisfeuerwehrverband München, KBM G. Absmeier,
Tel.: 089/37004759

*

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
Internet: http://www.bva.bund.de
E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

V.i.S.d.P.: Alexander Krapf
Telefon 01888-358-5327
Redaktion:
Nikolaus Stein Tel.:01888-358-5308
Rainer Schramm 01888-358-5323
Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50 zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Mehrzweckboot (MZB), THW-BZ

Den ehemaligen KatS-Bergungszügen (BZ 38, BGr) im Technischen Hilfswerk (THW) war laut STAN (Stärke- und Ausrüstungsnachweis) ein einfaches Mehrzweckboot (MZB) samt 0,5-Tonnen-Zweiradtrailer zugeordnet. Nach der neuen Konzeption des Katastrophenschutzes sowie gemäß „Konzept 2000“ des THW findet sich ein MZB nunmehr in der Fachgruppe-Ölschaden (Technischer Zug, 3. BGr, FGr Ö). Einige Daten zur „alten“ MZB-Version: Trailer mit Boot (Länge 6500 mm, Höhe 1600 mm, Breite 1800 mm, Spurweite 1500 mm).

Vorbild für die alte Trailer-/Boot-Version des THW (hier in angedecktem Zustand).

Das Modell

Als weitgehend geeignete Grundmodelle zum Nachbau der vorgenannten Trailer-/Boot-Einheit erweisen sich der Bootstrailer von Roco zum Beispiel aus dem „Anhänger-Set“ (BestNr. 1350) sowie die militärischen „Sturmboote“ von Roco (BestNr. 151). Der Umbau des Trailers ist einfach: der im vorgenannten Set ebenfalls befindliche Löschanhänger liefert runde Rad-Abdeckungen, die statt der eckigen Version am Trailer angebracht werden. Während die Abdeckungen und das Stützrad (matt) in Schwarz lackiert werden, erhält der gesamte Trailer das THW-Blau (RAL 5002; Rückleuchten und Blinker: rot/orange). Das MZB wird mit einem Außenbordmotor (Roco) ausgestattet und ebenfalls in THW-Blau lackiert (Planken matt-holzfarben. Die Beschriftung von Trailer und Boot erfolgt vorbildgerecht (THW-Emblem, Schriftzug, 8000er Kfz-Kennzeichen). Wer mag, kann das Boot mit entsprechendem Zubehör ausstatten: Schwimmwesten, Taue, Paddel, u.a. (Roco-Zubehör).

Schlichtes Modell in 1:87/HO – Roco liefert die Grundlagen zum Umbau.
(Fotos: Wolfgang Jendsch)

Bevölkerungsschutz
Werbedruck GmbH Horst Schreckhase
Dörnbach 22, 34286 Spangenberg
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, G 2766

Wie schon so oft verbreiteten auch in diesem Jahr einige Forstverwaltungen bereits gegen Ende des Winters Waldbrandwarnungen. Zwar spielen Waldbrände hier zu Lande nicht die Rolle wie beispielsweise in den Mittelmeerländern oder dem Westen Nordamerikas, aber auch hier kommt es in den Trockenperioden im Frühjahr und im Sommer immer wieder zu Bränden, die unter Umständen katastrophale Ausmaße annehmen können. Entscheidend ist es daher, Waldbrände von vornherein zu verhindern, was leider oftmals gar nicht möglich ist, oder zumindest frühzeitig zu erkennen und für die Bekämpfung gerüstet zu sein. Die Beiträge auf den Seiten 8, 10 und 24 widmen sich dieser Problematik. *nps*

(Titelfoto: dpa / Foto oben: H.-C. König)